

# **Die Behandlung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form an regionalen Pflichtexemplarbibliotheken in Deutschland**

**Bachelorarbeit**

im Studiengang  
Bibliotheks- und Informationsmanagement

vorgelegt von

**Pia Pfau**

am 16.05.2019

an der Hochschule der Medien Stuttgart

Erstprüferin:

Prof. Heidrun Wiesenmüller

Zweitprüfer:

Lars Jendral

## **Erklärung**

Hiermit versichere ich, Pia Pfau, ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit mit dem Titel: „Die Behandlung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form an regionalen Pflichtexemplarbibliotheken in Deutschland“ selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken entnommen wurden, sind in jedem Fall unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht. Die Arbeit ist noch nicht veröffentlicht oder in anderer Form als Prüfungsleistung vorgelegt worden.

Ich habe die Bedeutung der ehrenwörtlichen Versicherung und die prüfungsrechtlichen Folgen, § 24 Abs. 2 Bachelor-SPO, einer unrichtigen oder unvollständigen ehrenwörtlichen Versicherung zur Kenntnis genommen.

## Kurzfassung

*Gegenstand der vorliegenden Bachelorarbeit sind amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form. Es wird die Frage beantwortet, wie diese Publikationen an regionalen Pflichtexemplarbibliotheken in Deutschland behandelt werden. Die Arbeit basiert auf der Auswertung einschlägiger Fachliteratur und Internetressourcen sowie auf der von der Verfasserin durchgeführten Umfrage von ausgewählten Pflichtexemplarbibliotheken. Es gilt unter anderem folgende Fragen zu klären: Werden bereits in allen Bundesländern amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt? Wann begann die Sammlung amtlicher Veröffentlichungen in elektronischer Form? Wie wird bei der Sammlung vorgegangen? Welche Formate werden gespeichert und wo? Die Ergebnisse zeigen, dass bereits in fast allen Bundesländern amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt werden, die Vorgehensweise variiert jedoch von Bundesland zu Bundesland.*

**Schlagwörter:** *Pflichtexemplarbibliotheken, amtliche Veröffentlichungen, elektronisches Pflichtexemplarrecht, Umfrage*

## Abstract

*The subject of the present bachelor thesis are official publications in electronic form. In particular, the different practices of regional depository libraries are examined. The thesis is based on the analysis of relevant literature and internet resources as well as on the author's survey of selected depository libraries. Among other things, the following questions need to be answered: Are official publications already collected in electronic form in all federal states? When did the collection of official publications begin in electronic form? How does the collection work? Which formats are saved and where? The results show that official publications are already collected in electronic form in almost all federal states, but the procedure varies from state to state.*

**Keywords:** *State and regional libraries, deposit copy libraries, official publications, electronic deposit copy, electronic depositor rights, survey*

## Inhaltsverzeichnis

<b>Erklärung .....</b>	<b>2</b>
<b>Kurzfassung .....</b>	<b>3</b>
<b>Abstract .....</b>	<b>3</b>
<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>4</b>
<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>6</b>
<b>Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>6</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>7</b>
<b>1 Einleitung.....</b>	<b>8</b>
<b>2 Grundlagen .....</b>	<b>11</b>
2.1 Definition .....	11
2.2 Überregionale Pflichtexemplarbibliotheken in Deutschland .....	12
2.3 Regionale Pflichtexemplarbibliotheken und deren Rechtsgrundlage für die Sammlung von amtlichen Veröffentlichungen .....	15
2.3.1 Rechtliche Grundlagen für die Pflichtabgabe.....	16
2.3.2 Mustererlass für die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken .....	17
2.3.3 Die Situation in den Bundesländern.....	20
<b>3 Methodisches Vorgehen .....</b>	<b>31</b>
3.1 Wahl der Methode .....	31
3.2 Zu erhebende Daten .....	32
<b>4 Auswertung der Ergebnisse .....</b>	<b>35</b>
4.1 Vergleich .....	35
4.1.1 Frage 1: Sammlung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form.....	35
4.1.2 Frage 2: Beginn des elektronischen Sammelns.....	38
4.1.3 Frage 3: Nur elektronisch oder auch gedruckt .....	40
4.1.4 Frage 4: Sammelrichtlinien .....	41
4.1.5 Frage 5: Suffizienz rechtlicher Regelung .....	44
4.1.6 Frage 6: Erwerbungsverfahren elektronische ADS .....	45
4.1.7 Frage 7: Ablieferungsform .....	49
4.1.8 Frage 8: Speicherort und Format.....	51
4.1.9 Frage 9: Durchschnittliche jährliche Sammelmenge .....	52
4.1.10 Frage 10: Personalaufwand.....	54
4.2 Ergebnis .....	54

---

<b>5</b>	<b>Fazit.....</b>	<b>59</b>
	<b>Anhang A: .....</b>	<b>62</b>
A.1	Baden-Württemberg.....	62
A.2	Bayern .....	65
A.3	Berlin .....	68
A.4	Brandenburg .....	70
A.5	Bremen .....	72
A.6	Hamburg .....	74
A.7	Hessen .....	76
A.8	Mecklenburg-Vorpommern.....	77
A.9	Niedersachsen .....	78
A.10	Nordrhein-Westfalen .....	80
A.11	Rheinland-Pfalz.....	82
A.12	Saarland .....	84
A.13	Sachsen.....	86
A.14	Sachsen-Anhalt.....	88
A.15	Schleswig-Holstein.....	90
A.16	Thüringen.....	93
	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>95</b>
	<b>Eidesstattliche Versicherung .....</b>	<b>99</b>
	Auszug aus dem Strafgesetzbuch (StGB) .....	99

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Quote der Bibliotheken, die amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form sammeln .....	36
Abbildung 2: Zahl der elektronische ADS sammelnden Einrichtungen von 2004 bis 2017 .....	38
Abbildung 3: Notwendigkeit einer detaillierteren rechtlichen Regelung .....	45
Abbildung 4: Methoden der Erwerbung .....	46
Abbildung 5: Methoden der Ablieferung nach ihrer Häufigkeit .....	49

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Werden amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt? Antworten geordnet nach Bundesländern in alphabetischer Reihenfolge.....	36
Tabelle 2: Beginn des elektronischen Sammelns nach Einrichtung chronologisch geordnet.....	39
Tabelle 3: Abgabeform der Einrichtungen geordnet nach Kategorien .....	40
Tabelle 4: Sammelrichtlinien nach Bundesländern geordnet .....	41
Tabelle 5: Methoden der Erwerbung geordnet nach Bundesländern in alphabetischer Reihenfolge.....	47
Tabelle 6: Ablieferungsmethoden geordnet nach Bundesländern in alphabetischer Reihenfolge.....	49
Tabelle 7: Speicherort der amtlichen Veröffentlichungen geordnet nach Bundesländern .....	51
Tabelle 8: Gesammelte amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form nach Einrichtungen und Veröffentlichungsart.....	53

## Abkürzungsverzeichnis

ADS	Amtsdruckschrift
BLB	Badische Landesbibliothek
BOA	Baden-Württembergisches Online-Archiv
BSB	Bayerische Staatsbibliothek
DNB	Deutsche Nationalbibliothek
GWLB	Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek
HeBIS	Hessisches BibliotheksInformationsSystem
KMK	Kultusministerkonferenz
LBZ	Landesbibliothekszentrum
NOA	Niedersächsisches Online-Archiv
o.J.	ohne Jahresangabe
PfIAV	Pflichtablieferungsverordnung
SLB	Stadt- und Landesbibliothek Potsdam
SLUB Dresden	Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek
SRL	Sammelrichtlinien
SUB	Staats- und Universitätsbibliothek
SULB	Saarländische Universitäts- und Landesbibliothek
SuUB	Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
ThULB	Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek
UB	Universitätsbibliothek
ULB	Universitäts- und Landesbibliothek
WLB	Württembergische Landesbibliothek
VZÄ	Vollzeitäquivalente
ZLB	Zentral- und Landesbibliothek Berlin

# 1 Einleitung

Als Gedächtnisinstitutionen ist es eine der zentralen Aufgaben von Bibliotheken, Bücher und andere Medienwerke als Teil des kulturellen Erbes der Gesellschaft zu sammeln und dauerhaft aufzubewahren. Um dieses Sammeln praktikabel durchzuführen, wurde das Pflichtexemplarrecht geschaffen, das „bestimmten Bibliotheken einen gesetzlichen Anspruch auf kostenfreie Ablieferung von Veröffentlichungen, die in ihrem Zuständigkeitsbereich erscheinen“<sup>1</sup>, einräumt. Dieses Recht ist prägend für Landes- bzw. Nationalbibliotheken.

Die Ursprünge der Pflichtablieferung reichen bis in die Frühzeit des Buchdruckes zurück, in der sie teils, entsprechend dem noch nicht existenten Urheberrecht, vor unerlaubten Nachdrucken schützen sollten, aber wahrscheinlich in erster Linie zur Prüfung durch eine Zensurbehörde dienten.<sup>2</sup> In heutiger Zeit sind solche Gründe für die unentgeltliche Ablieferung eines solchen Pflichtstückes in demokratischen Rechtsstaaten überholt und es werden kulturpolitische Aspekte vorgebracht, nach denen es die Aufgabe von Bibliotheken ist, die literarischen Erzeugnisse einer Region für die Nachwelt zu sammeln und zu erhalten.<sup>3</sup> Seit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Juli 1981 ist das Pflichtexemplarrecht allgemein anerkannt.<sup>4</sup> Es unterliegt der Kulturhoheit der Länder und wird durch sechzehn unterschiedliche Pflichtexemplarbestimmungen geregelt.

Unter diesen „literarischen Denkmalschutz“ fallen auch amtliche Veröffentlichungen. Diese, häufig periodisch erscheinenden Medienwerke, haben keinen Verleger im klassischen Sinn und fänden sich, ohne gezieltes Sammeln, nur selten in Bibliotheken. Da durch Amtsdruckschriften (ADS) wie beispielsweise polizeiliche Unfallstatistiken oder Jahresberichte von öffentlichen Einrichtungen, staatliches Handeln dokumentiert wird und so Entwicklungen untersucht und bewertet werden können, sind diese durchaus erhaltenswert. Grundsätzlich sind die Sammlung und Zugänglichmachung Teil staatlicher Informationspflichten.

Die klassische Begründung für das Pflichtexemplarrecht lässt sich nicht so einfach auf amtliche Veröffentlichungen übertragen, daher ist es nur folgerichtig, dass dieser Sonderfall nicht in den Pflichtexemplargesetzen geregelt ist. Stattdessen finden sich

---

<sup>1</sup> Steinhauer (2015): Das Pflichtexemplarrecht, S. 959.

<sup>2</sup> Vgl. Beger (2000): Das Pflichtexemplarrecht – vom Schrifttum zum digitalen Werk, S. 36.

<sup>3</sup> Vgl. Pfeiffer (1913): Das materielle Recht der Pflichtexemplare in Deutschland, S. 36.

<sup>4</sup> Vgl. BVerfGE 58, 137.



die rechtlichen Grundlagen hierfür in ministerialen Erlassen und Verordnungen.<sup>5</sup> Der Grund ist, dass der Staat seine inneren Angelegenheiten üblicherweise nicht über Gesetze regelt, sondern durch Erlasse. Da diese aber grundsätzlich nur im Aufsichtsbereich der erlassenden Behörde gelten, gibt es eine Vielzahl von Regelungen für ADS. Empfangsberechtigt für die durch diese Regelung geschaffene Pflichtabgabe sind neben Regionalbibliotheken auch Parlamentsbibliotheken, Archive, die Deutsche Nationalbibliothek (DNB) und die Staatsbibliotheken in München und Berlin.<sup>6</sup>

Mit Aufkommen des digitalen Zeitalters hat sich die Situation weiter verändert. Auch wenn der Begriff „Amtsdruckschriften“ auf Printmedien schließen lässt, kann es sich dabei um Publikationen verschiedenster Form handeln, was auch Netzpublikationen einschließt.<sup>7</sup> Der Begriff der Druckschrift blieb dabei erhalten, auch wenn es so manche Veröffentlichung niemals in Papierform gab. Die Sprache schafft es häufig nur schwer, sich von etablierten Begriffen zu verabschieden, wenn sie technisch gesehen überholt sind. Die Vereinheitlichung und Verbreitung neuer, passenderer Begriffe benötigt viel Zeit und Amtsdruckschriften in elektronischer Form sind auf einer sprachlichen Zeitskala neu. Bis dato ist also häufig immer noch von Amtsdruckschriften die Rede. Der Mustererlass der Kultusministerkonferenz (KMK) von 2007<sup>8</sup> spricht jedoch bereits von amtlichen Veröffentlichungen, weshalb absehbar erscheint, dass sich diese Bezeichnung auf lange Sicht flächendeckend durchsetzen wird. Auch in den meisten Verordnungen der Bundesländer wird bereits die Bezeichnung amtliche Veröffentlichung bzw. Publikationen verwendet.

Es ist umstritten, ob alles, was auf der Website einer öffentlichen Einrichtung veröffentlicht wird, auch sammelwürdig ist. Bei Netzpublikationen, die bereits bekannten Publikationstypen aus der Druckwelt ähneln, ist die Bereitschaft, diese zu sammeln, relativ hoch. Die Archivierung von Websites wird dagegen kontrovers diskutiert, da sie nicht in traditionelle Schemata passen. Gegner der Sammlung führen insbesondere die schiere Menge und Schnelllebigkeit der Webangebote an, die eine hohe technische Herausforderung darstellen. Demgegenüber ist in den Augen der Befürworter, gerade wegen der Schnelllebigkeit sowie dem Fehlen eines gedruckten Pendants, den Websites besondere Aufmerksamkeit zu widmen. „Inhaltlich hochwertige landeskundliche Websites“ stellen für sie ein „klassisches Sammelgut einer Regionalbibliothek dar“.<sup>9</sup> Dieser Bereich ist noch nicht in allen Verordnungen

<sup>5</sup> Vgl. Booms (1977): Amtsdruckschriften – Sorgenkind der Bibliotheken und Archive, S. 104.

<sup>6</sup> Vgl. Steinhauer (2015): Das Pflichtexemplarrecht, S. 951.

<sup>7</sup> Vgl. Umlauf (2011): Amtsdrucksache. In Umlauf/Gradmann: Lexikon der Bibliotheks- und Informationswissenschaft, Band 1, S. 17.

<sup>8</sup> Vgl. Kultusministerkonferenz (2006): Bericht zur Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken.

<sup>9</sup> Jendral (2017): Sammlungen von Websites an deutschen Regionalbibliotheken. Einleitung, S. 476.

abschließend geregelt. So muss zum Teil durch die sammelnde Einrichtung eine gesonderte Genehmigung eingeholt werden.

Es zeigt sich, dass es notwendig ist, die Verordnungen und Sammelrichtlinien an die Gegebenheiten der heutigen Zeit anzupassen. Wie sich die aktuelle Situation in den regionalen Pflichtexemplarbibliotheken darstellt, soll in der vorliegenden Arbeit erläutert werden.

Dafür wurde die einschlägige Fachliteratur ermittelt und ausgewertet. Leider muss ein erheblicher Teil der Publikationen zu Amtsdruckschriften als veraltet betrachtet werden, da Fragen der Sammlung elektronischer Medien nicht oder nur rudimentär behandelt werden. Die Literatur des 21. Jahrhunderts befasst sich zwar sehr häufig mit digitalen Medien und deren Archivierung, aber die Kombination von beidem, wird meist nur als Randthema abgehandelt. Die unterschiedliche Handhabung in den einzelnen Bundesländern macht es noch schwieriger, sich ein Bild der Situation zu machen, woraus sich das Potential dieses Themas als Bachelorarbeit ableitet.

Ziel der Untersuchung ist es herauszufinden, wie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form an den unterschiedlichen Regionalbibliotheken in Deutschland behandelt werden. Dabei soll untersucht werden, ob bereits alle Regionalbibliotheken amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form sammeln, wie der Erwerbungsprozess abläuft und wie die Veröffentlichungen abgeliefert und gespeichert werden. Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurden Befragungen der regionalen Pflichtexemplarbibliotheken per Fragebogen durchgeführt. Anhand dieses Fragebogens wurden die jeweiligen Ansprechpartner nach der konkreten Vorgehensweise bei der Sammlung und Archivierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befragt.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in drei Teile (Kapitel 2-4). Kapitel 2 dient dazu, grundlegende Begrifflichkeiten zu klären und einen Überblick über die regionalen Pflichtexemplarbibliotheken und die rechtlichen Grundlagen für die Sammlung von amtlichen Veröffentlichungen zu geben. Kapitel 3 schildert das methodische Vorgehen der Untersuchung. Hier werden die gestellten Fragen kurz erörtert, die Durchführung der Untersuchung wird dargestellt und die verwendete Auswertungsmethode beschrieben, bevor in Kapitel 4 die Ergebnisse der Untersuchung analysiert und dargestellt werden.

Im anschließenden Fazit wird aus den gewonnenen Erkenntnissen, die Forschungsfrage beantwortet.

## 2 Grundlagen

### 2.1 Definition

Um sich dem Thema der amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form anzunähern, muss zunächst geklärt werden, was man unter Amtsdruckschriften beziehungsweise amtlichen Veröffentlichungen versteht.

In den Sammelrichtlinien der DNB vom 01. Mai 2014 heißt es unter Nr. 2.1.1.7:

„Amtsdrucksachen sind Medienwerke mit ausschließlich amtlichem Inhalt, die von Behörden und Dienststellen des Bundes, der Länder, der Kreise, der Gemeinden oder Gemeindeverbände herausgegeben (verlegt) werden oder in deren Auftrag erscheinen.“<sup>10</sup>

Die DNB definiert Amtsdrucksachen folglich durch den Status der herausgebenden Stelle. Diese sehr weite Definition wird durch den Zusatz „mit ausschließlich amtlichem Inhalt“ eingeschränkt.

Weitere Definitionen finden sich in verschiedenen Lexika und Handbüchern:

„Amtsdrucksachen bzw. amtliche Druckschriften sind alle gedruckten oder in einem ähnlichen Verfahren hergestellten Schriften, deren Urheber Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, also der Staat mit seinen verschiedenen Verwaltungsorganen bis herab zu den Gemeinden und Volksvertretungen (Gesetzblätter, Haushaltspläne, statistische Jahrbücher, auch einzelne Gesetze, Verordnungen, Entscheidungen u.ä.). Sie erscheinen in der Regel nicht im Buchhandel, sind aber als Quellen für die rechts- und staatswissenschaftliche Forschung von Bedeutung.“<sup>11</sup>

Bei dieser Definition aus dem Jahr 2007 ist auffallend, dass sie rein auf physische Medien abstellt.

„Amtsdrucksache (Amtliche Druckschrift): Publikation in verschiedenster Form (als Printmedium, Periodikum, aperiodische Publikation, Netzpublikation), die von einer Behörde oder einer Staatenverbindung hrsg. wird. Inhaltlich handelt es sich um

---

<sup>10</sup> DNB (2014): Sammelrichtlinien, S. 26 [elektronische Quelle].

<sup>11</sup> Strauch/Rehm (2007): Lexikon Buch, Bibliothek, Neue Medien, S. 11 f.

Rechtsnormen (Gesetz- und Verordnungsblatt), Haushaltspläne, aber auch Parlamentaria, Ausschreibungen, Informationsbroschüren.“<sup>12</sup>

Interessant bei dieser Definition ist, dass sie sich anders als die anderen Definitionsansätze, auch dem internationalen Bereich öffnet und damit insbesondere der stetig wachsenden Bedeutung von amtlichen Veröffentlichungen der Europäischen Union Rechnung trägt.

„Amtliche Veröffentlichungen: Hierunter versteht man Schriften, die von Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, also vom Staat und seinen Behörden sowie von Gemeinden und Volksvertretungen, publiziert werden.“<sup>13</sup>

Diese Definition entspricht der der DNB, jedoch ohne die Einschränkung auf Publikationen mit ausschließlich amtlichem Inhalt.

Seit einiger Zeit wird auch den zunehmend elektronischen Veröffentlichungen Rechnung getragen:

„Der Gegenstand der Ablieferungspflicht wird künftig nicht mehr als Druckwerk, sondern als Medienwerk bezeichnet. Dieser Terminus soll alle Darstellungen in Schrift, Bild und Ton auf Datenträgern (in körperlicher Form), aber auch in unkörperlicher Form subsumieren, die verbreitet bzw. der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Damit sind sowohl elektronische Dokumente auf Datenträgern als auch Netzpublikationen abgedeckt.“<sup>14</sup>

Darüber hinaus findet man noch zahlreiche weitere Definitionen, die sich jedoch nur geringfügig von den hier aufgelisteten unterscheiden. Grundsätzlich ist es gut, sich an der Definition der DNB zu orientieren, die jedoch noch sehr allgemein gehalten ist. Für die Praxis braucht es eine spezifischere Kategorisierung, welche Veröffentlichungen in den Kreis der zu sammelnden amtlichen Publikationen aufzunehmen sind. In jedem Fall sollten dazu Amtsblätter, amtliche Bekanntmachungen, Haushaltspläne, Verwaltungs-, Geschäfts- und Jahresberichte, Gebührenordnungen, Statistiken und Informationsschriften gehören.

## 2.2 Überregionale Pflichtexemplarbibliotheken in Deutschland

Entsprechend des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 17. März 2006 werden amtliche Drucksachen der Länder nicht nur von den jeweiligen

---

<sup>12</sup> Umlauf (2011): Amtsdrucksache. In: Umlauf/Gradmann (2011): Lexikon der Bibliotheks- und Informationswissenschaft, S. 17.

<sup>13</sup> Gantert (2016): Bibliothekarisches Grundwissen, S. 153.

<sup>14</sup> Dörr (2005): Das elektronische Pflichtexemplar, S. 114.

Landesbibliotheken, sondern derzeit auch von den großen überregionalen Bibliotheken gesammelt. Dies sind die Deutsche Nationalbibliothek, die Staatsbibliothek zu Berlin, die Bayerische Staatsbibliothek in München und die Bibliothek des Deutschen Bundestages in Berlin. In den Erlassen der Bundesländer ist geregelt, dass jeweils ein Exemplar an diese überregionalen Bibliotheken abzuliefern ist.

Die Staatsbibliothek in München übernimmt auch die regionalen Aufgaben in Bayern und wurde daher in der Umfrage berücksichtigt. Auch die Bibliothek des Deutschen Bundestages bezieht amtliche Veröffentlichungen über das Pflichtexemplarrecht. Da sie als Parlamentsbibliothek eine sehr spezielle Rolle einnimmt, wird hier nicht näher auf ihre Sammeltätigkeit eingegangen. Exemplarisch für überregionale Pflichtexemplarbibliotheken soll die Situation in der DNB und der Staatsbibliothek zu Berlin kurz erläutert werden.

#### *Deutsche Nationalbibliothek*

Die 1912 als Deutsche Bücherei gegründete Deutsche Nationalbibliothek (DNB) sammelt bereits seit 1913 alle in Deutschland erschienenen Drucke auf Grundlage des Pflichtexemplarrechts.<sup>15</sup> Im Juni 2006 wurde im „Gesetz über die Deutsche Nationalbibliothek“ der Sammelauftrag auf Medienwerke in unkörperlicher Form, sog. Netzpublikationen erweitert, die seitdem abzuliefern sind. Außerdem wurden die Ablieferungspflichtigen neu definiert, so dass nun die Inhaber der Verwertungsrechte, wenn deren Sitz oder Betriebsstätte in Deutschland liegen, ablieferungspflichtig sind. Die Pflichtablieferungsverordnung (PflAV) vom 17. Oktober 2008 präzisiert den Sammelauftrag. Nach § 4 Nr. 9 sind „Medienwerke, die Verschlussachen sind“ nicht zu sammeln, dazu gehören auch Medienwerke, die nur für den Dienstgebrauch bestimmt sind. Nach § 4 Nr. 10 sind „Medienwerke mit ausschließlich amtlichem Inhalt, die von Kreisen, Gemeinden und Gemeindeverbänden veröffentlicht werden“ nicht abzuliefern.

Die gesetzlichen Bestimmungen zum Sammelauftrag wurden durch die Sammelrichtlinie der DNB präzisiert. Die Konkretisierungen zu Amtsdrucksachen findet man unter 2.1.1.7. Nach dieser Sammelrichtlinie sind „Amtsdrucksachen, wenn sie nicht ausschließlich amtlichen Inhalt besitzen, sondern z.B. Kulturinformationen, geschichtliche oder fachliche Teile enthalten oder ganz aus ihnen bestehen (z.B. Geschichtsdarstellungen, Anthologien zu Stadtrundgängen, Biografien berühmter Persönlichkeiten der Stadt, Region u.a.)“ genauso zu sammeln, wie „Druckwerke mit

---

<sup>15</sup> Vgl. Gantert (2015): Wandel, Vielfalt und Kooperation – Aufgaben, Typen und Träger von Bibliotheken, S. 9.

ausschließlich amtlichem Inhalt des Bundes und der Länder, wenn sie keine Verschlussachen oder nicht für den Dienstgebrauch bestimmt sind“. Auch sog. Ausschreibungs- und Bauvorhabenzeitschriften des Bundes und der Länder sind ablieferungspflichtig, allerdings muss bei jährlichen Periodika das Einzelstück über 96 Seiten Umfang haben, bei häufiger erscheinenden Periodika über 24 Seiten. Auch „Sammelbände von Protokollen, die zur Verbreitung bestimmt sind, einzelne Protokolle des Bundes und der Länder, die zur Verbreitung bestimmt sind und Amtsdrucksachen, die Beilagen von (auch gezählten) Nicht-Amtsdrucksachen sind, werden als Teile sammelpflichtiger Werke gesammelt“.<sup>16</sup>

### *Staatsbibliothek zu Berlin*

Die Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz ist die größte wissenschaftliche Universalbibliothek Deutschlands. Sie bietet ihren Nutzern nicht nur die historischen Bestände Preußens, sondern auch hochspezielle wissenschaftliche Literatur und Information. Seit 1699 verfügt sie über das brandenburgisch-preußische Pflichtexemplarrecht.<sup>17</sup> Die Staatsbibliothek zu Berlin ist eine der vier nationalen Sammelstellen für deutsche Amtsdruckschriften, die amtliche Publikationen sammeln, archivieren und erschließen.<sup>18</sup> Die Bayerische Staatsbibliothek und die Staatsbibliothek zu Berlin stellen ihre Bestände überregional durch die Fernleihe zur Verfügung. Auch über die Landesgrenzen hinaus nimmt die Staatsbibliothek zu Berlin als deutsche Zentrale für den internationalen amtlichen Schriftentausch eine wichtige Rolle ein. Um den Zugang zu amtlichen Materialien des Auslandes zu erleichtern, wurde von der Generalkonferenz der UNESCO 1958 das Übereinkommen über den zwischenstaatlichen Austausch von amtlichen Dokumenten und Regierungsdokumenten verabschiedet, das 1969 von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde. Um dieser Aufgabe nachkommen zu können, sammelt die Staatsbibliothek zu Berlin Veröffentlichungen, die im Auftrag und auf Kosten einer innerstaatlichen Behörde herausgegeben werden und erstellt eine deutsche Tauschliste auf deren Grundlage die Auswahl der zu tauschenden amtlichen Veröffentlichungen erfolgt.<sup>19</sup> Rechtliche Grundlage für den Tausch sind bilaterale Abkommen. Im Mustererlass der Kultusministerkonferenz (KMK) ist in Nr. 1 c) geregelt, dass für Zwecke des Internationalen Amtlichen Schriftentauschs bis zu 5 unentgeltliche Exemplare an die Staatsbibliothek zu Berlin abzuliefern sind, diese Regelung ist in die Verordnungen der Länder übernommen worden.

<sup>16</sup> DNB (2014): Sammelrichtlinien, S. 26 [elektronische Quelle].

<sup>17</sup> Vgl. Lux (2000): Berlin und Brandenburg, S. 136.

<sup>18</sup> Vgl. Stanek (2006): Amtsdruckschriften in der Staatsbibliothek zu Berlin: Tradition und Zukunft, S. 20.

<sup>19</sup> Vgl. Staatsbibliothek zu Berlin (o.J.): Internationaler Amtlicher Schriftentausch [elektronische Quelle].

Die Staatsbibliothek zu Berlin definiert amtliche Veröffentlichungen als „Dokumente, die von einem öffentlich-rechtlichen Herausgeber veranlasst oder verlegt werden oder in dessen Auftrag erscheinen, z.B. von Behörden und Dienststellen des Bundes und der Länder, bundesunmittelbaren bzw. der Aufsicht eines Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, einschließlich der Landkreise und Gemeinden oder Gemeindeverbänden, Amtskirchen und anderen öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften. Dabei ist es hinsichtlich dieser Definition unerheblich, ob die betreffende Publikation von der herausgegebenen Stelle selbst vervielfältigt wird oder in einem kommerziellen Verlag erscheint. Amtliche Publikationen können ausschließlich amtlichen Inhalts sein, aber auch nicht-amtlichen Inhalt besitzen, z.B. Kulturinformationen, geschichtliche oder fachliche Teile enthalten oder ganz aus ihnen bestehen. Sie dokumentieren somit das breit gefächerte Spektrum staatlichen Handelns auf allen Gebieten des politisch-sozialen und kulturellen Lebens.“<sup>20</sup> Der Umfang der Sammeltätigkeit ergibt sich aus den geltenden Abgabeerlassen des Bundes und der Länder.

### **2.3 Regionale Pflichtexemplarbibliotheken und deren Rechtsgrundlage für die Sammlung von amtlichen Veröffentlichungen**

Amtliches Schrifttum mit bleibendem Wert ist in Deutschland häufig, entsprechend der Landesarchivgesetze, auch in Archivbeständen zu finden. Dadurch ergeben sich im Bereich der Sammlung von ADS Überschneidungen zwischen Pflichtexemplarbibliotheken und staatlichen Archiven. Die Vorgehensweise in Archiven unterscheidet sich besonders im Bereich des Zugangs von der in Bibliotheken, da sie amtliche Veröffentlichungen nicht erwerben. Die Behörden, Gerichte und sonstigen Stellen bieten dem Landesarchiv stattdessen nicht mehr benötigte Unterlagen an (vgl. § 3 Abs. 1 S. 1 Landesarchivgesetz Baden-Württemberg) und untersuchen diese auf einen historischen Wert (vgl. § 3 Abs. 2 S. 1 Landesarchivgesetz Baden-Württemberg). Aufgrund dieser grundlegenden Unterschiede wird auf die Sammeltätigkeit in Archiven hier nicht weiter eingegangen.

Im Rahmen dieser Arbeit wurden 26 regionale Pflichtexemplarbibliotheken kontaktiert und deren Umgang mit amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form erfragt. Diese Einrichtungen und deren Rechtsgrundlagen für die Sammlung amtlicher Veröffentlichungen in elektronischer Form werden im Folgenden vorgestellt.

---

<sup>20</sup> Vgl. Staatsbibliothek zu Berlin (o.J.): Amtliche Publikationen [elektronische Quelle].

In Deutschland gibt es zwei Gruppen von Regionalbibliotheken bzw. Bibliotheken mit regionalen Funktionen. Zum einen Bibliotheken, deren Hauptaufgabe die Wahrnehmung regionaler Aufgaben ist, diese werden wissenschaftliche Stadtbibliothek, Staatsbibliothek oder Landesbibliothek genannt. Nicht gemeint sind damit die öffentlichen Bibliotheken, die zum Teil ebenfalls als Stadtbibliothek bezeichnet werden. Zum anderen die Bibliotheken, deren Hauptaufgabe die Literaturversorgung einer Hochschule oder Universität ist, die aber zusätzlich regionale Aufgaben wahrnehmen. Diese Doppelfunktion kann man meist am Namen ablesen, sie werden bspw. Universitäts- und Landesbibliotheken genannt.<sup>21</sup> Je nach Bundesland gibt es eine oder mehrere Regionalbibliotheken, die Literatur aus und über eine Region sammeln. Dabei werden die Regionen unterschiedlich bestimmt. „Sie können sich territorial gliedern, sich aber auch auf bestehende oder ehemalige politische Grenzen beziehen oder sich auch nicht mit ihnen decken.“<sup>22</sup> Zentrale Aufgabe von Regionalbibliotheken ist die Sammlung, Archivierung, Erschließung und Bereitstellung der Literatur über die jeweilige Region.

### **2.3.1 Rechtliche Grundlagen für die Pflichtabgabe**

Die Einrichtungen benötigen rechtliche Regelungen für die entsprechenden Sammelaktivitäten. Hier lassen sich mehrere Regelungsebenen unterscheiden. Auf Gesetzesebene sind die Ablieferungspflicht selbst, sowie mögliche Entschädigungsansprüche, dafür geregelt. Dies ist zwingend, da nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eine solche Inhaltsbestimmung grundrechtlich geschützten Eigentums nur vom parlamentarischen Gesetzgeber vorgenommen werden kann.<sup>23</sup> Jedoch sind ADS in den meisten Fällen urheberrechtlich nicht geschützt (§ 5 UrhG) und Entschädigungsansprüche stehen staatlichen Stellen nicht zu. Darum ist für die Sammlung von ADS vor allem die nächste Ebene von Bedeutung, auf der die Exekutive entsprechende Rechtsverordnungen erlässt, welche die Einzelheiten des Ablieferungsverfahrens regelt. Da das zuständige Ministerium eine Rechtsverordnung relativ einfach ändern kann, gewinnt das Pflichtexemplarrecht so an Flexibilität. Auf Gesetzesebene wären Änderungen dagegen aufwendig und langwierig. Auf der dritten Ebene schafft die Sammeleinrichtung selbst Richtlinien für ihre Sammeltätigkeit, die rechtlich als Verwaltungsvorschrift zu qualifizieren sind.<sup>24</sup>

---

<sup>21</sup> Vgl. Syré (2000): Typ und Typologie von Regionalbibliotheken, S. 20.

<sup>22</sup> Sommer (2017): Landesbibliotheken heute – Chancen und Herausforderungen, S. 316.

<sup>23</sup> Vgl. Steinhauer (2015): Das Pflichtexemplarrecht, S. 949.

<sup>24</sup> Vgl. ebd., S. 949.



Da das Pflichtexemplarrecht teilweise unter das Presserecht fällt, unterliegt es der Kulturhoheit der Länder, daher gibt es in Deutschland 16 unterschiedliche Pflichtexemplarbestimmungen plus die Regelung der Deutschen Nationalbibliothek.<sup>25</sup> Da sich der Staat üblicherweise nicht selbst in Form von Gesetzen zu solchen Richtlinien verpflichtet, finden sich die entsprechenden Regelungen für Amtsdrukschriften meist in ministeriellen Erlassen. Solche Erlasse haben aber nur einen begrenzten Geltungsbereich, weshalb auf diesem Weg im Selbstverwaltungsbereich von Kommunen und Hochschulen keine unmittelbare Regelung entsteht. Um ein einheitliches Verfahren zu initiieren und einen „möglichst vollständigen überregionalen Zugriff auf den Gesamtbestand der amtlichen Veröffentlichungen der Länder“<sup>26</sup> zu gewährleisten, erließ die Kultusministerkonferenz bereits 1995 einen Mustererlass zur Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken. Darüber hinaus wurde seit 2002 von der AG Regionalbibliotheken ein Musterentwurf erarbeitet, der bei der Gesetzgebung auf Länderebene unterstützend wirken sollte.<sup>27</sup> Nachdem 2006 im Gesetz der DNB, der Sammelauftrag der Bibliothek technikneutral auf Medienwerke bezogen wurde, welche sowohl in körperlicher als auch in unkörperlicher Form abzuliefern sind, wurde 2007 auch der Mustererlass der KMK dahingehend erweitert, dass er ebenfalls Netzpublikationen der Behörden umfasst.<sup>28</sup> Für amtliche Veröffentlichungen, die sowohl in gedruckter als auch elektronischer Form erscheinen, sieht dieser Mustererlass vor, dass diese ausschließlich in elektronischer Form abgeliefert werden sollen. Zur Umsetzung dessen, müssten viele Bibliotheken noch in Infrastruktur und Mitarbeiterschulungen investieren, um den damit verbundenen technischen Herausforderungen gewachsen zu sein.<sup>29</sup>

### **2.3.2 Mustererlass für die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken**

Zur Regelung der Abgabe amtlicher Veröffentlichungen durch die jeweiligen Landesinstitutionen an die überregionalen Bibliotheken wurde am 05. Mai 1995 von der KMK ein Beschluss gefasst. Ziel war es, einen möglichst einheitlichen und vollständigen überregionalen Zugriff auf den Gesamtbestand der amtlichen Veröffentlichungen der Länder zu gewährleisten, wobei darauf geachtet werden sollte,

---

<sup>25</sup> Vgl. Steinhauer (2015): Das Pflichtexemplarrecht, S. 949.

<sup>26</sup> Kultusministerkonferenz (2006): Bericht zur Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken, Nr. 1.

<sup>27</sup> Vgl. Jendral/Dirx (2008): Der rheinland-pfälzische Archivserver edoweb, S. 969.

<sup>28</sup> Vgl. Steinhauer (2015): Das Pflichtexemplarrecht, S. 954.

<sup>29</sup> Vgl. Jendral/Dirx (2008): Der rheinland-pfälzische Archivserver edoweb, S. 970.

dass dies mit einem vertretbaren Aufwand erfolgt. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Modalitäten des Sammelns den neuen technischen Möglichkeiten anzupassen und den Sammelauftrag auf das notwendige Maß zu beschränken. Daher wurde am 17. März 2006 entschieden, den KMK-Beschluss zur Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken anzupassen, so dass der immer größer werdenden Anzahl an elektronischen Veröffentlichungen und Archivierungsmethoden Rechnung getragen wird.<sup>30</sup> Die Umsetzung dieses Beschlusses ist der Vorschlag für einen Mustererlass vom 05. Juli 2007, welcher im Folgenden vorgestellt wird.

Der Mustererlass regelt in Nr. 1, dass „alle Behörden, Dienststellen und Einrichtungen des Landes [...] von allen durch sie herausgegebenen oder in ihrem Auftrag einmalig oder laufend erscheinenden amtlichen Veröffentlichungen unentgeltlich je ein Exemplar unmittelbar nach ihrem Erscheinen unaufgefordert abzugeben“ haben und zwar a) an die jeweiligen Landesinstitutionen, b) an die Deutsche Nationalbibliothek, die Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, die Bayerische Staatsbibliothek in München und die Bibliothek des Deutschen Bundestages in Berlin und c) bis zu fünf unentgeltliche Exemplare auf Anforderung für Zwecke des Internationalen Amtlichen Schriftentausches an die Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz. Mit den genannten „Landesinstitutionen“ sind die Pflichtexemplarbibliotheken der jeweiligen Länder gemeint. Die Bibliothek des Deutschen Bundestages in Berlin war in der ersten Fassung des Musterentwurfs gestrichen worden, da mit der Staatsbibliothek zu Berlin „am gleichen Standort eine Empfängerbibliothek vorhanden ist, mit der nach damaliger Auffassung der Bedarf der Bibliothek des Deutschen Bundestages in Berlin im Tauschweg hätte gedeckt werden können.“<sup>31</sup> Die Bibliothek des Deutschen Bundestages in Berlin legte jedoch dar, „dass ein originärer, zwingender Bedarf an den amtlichen Veröffentlichungen besteht.“<sup>32</sup> Daher wurde sie doch wieder in den Katalog der Empfängerbibliotheken aufgenommen.

Nr. 2 sieht vor, dass die Abgabe, sofern die Veröffentlichung in elektronischer Form erscheint, in dieser Form entsprechend den Standards der Deutschen Nationalbibliothek erfolgt, wobei hier auch der unentgeltliche Zugriff auf Speichermedien möglich ist. Die Ablieferung, entsprechend den Standards der Deutschen Nationalbibliothek, trägt der Tatsache Rechnung, dass zurzeit Veröffentlichungen in elektronischer Form in unterschiedlichen Formaten erscheinen

---

<sup>30</sup> Vgl. Kultusministerkonferenz (2006): Bericht zur Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken, Nr. 1.

<sup>31</sup> Vgl. Kultusministerkonferenz (2006): Bericht zur Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken, Anlage, Nr. 1 b).

<sup>32</sup> Ebd.

und viele Bibliotheken aufgrund fehlender Infrastruktur nicht in der Lage sind alle Formate zu verarbeiten.<sup>33</sup>

Der Mustererlass regelt in Nr. 3, dass „mit der Abgabe der elektronischen Form [...] die abgebende Stelle der sammelnden Bibliothek das Recht“ einräumt, „die Daten zu speichern, zu vervielfältigen und zu verändern, soweit dies zur dauerhaften Archivierung notwendig ist. Ebenso wird das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung eingeräumt, sofern der Herausgeber dies nicht ausdrücklich einschränkt oder untersagt.“

Durch diese Regelung werden urheberrechtliche Nutzungsrechte übertragen, weshalb ein Blick in das Urheberrechtsgesetz notwendig ist. Nach § 5 Abs. 1 UrhG genießen Gesetze, Verordnungen, amtliche Erlasse und Bekanntmachungen sowie Entscheidungen und amtlich verfasste Leitsätze zu Entscheidungen keinen urheberrechtlichen Schutz. Ebenfalls ausgenommen vom Urheberrechtsschutz sind nach § 5 Abs. 2 UrhG amtliche Werke, die im amtlichen Interesse zur allgemeinen Kenntnisnahme veröffentlicht worden sind. „Ziel des § 5 ist es, eine freie Nutzbarkeit und damit eine größtmögliche Publizität für alle Äußerungen der Staatsgewalt zu schaffen, die für die Amtsausübung von Bedeutung sind. Ohne den freien Zugang zu den geltenden Rechtsnormen aller Art, zu den Entscheidungen der Gerichte und zu anderen amtlichen Äußerungen könnte der Bürger sich kaum rechtstreu verhalten oder politisch tätig werden; beides setzt deren Kenntnis voraus.“<sup>34</sup> Somit zeigt sich, dass ein urheberrechtlicher Schutz im Falle von ADS nicht gegeben ist.

Die Ausnahmen von der Abgabepflicht sind in Nr. 4 geregelt. Danach sind „Veröffentlichungen, die lediglich zur Information von Presse, Rundfunk und Fernsehen bestimmt sind“ und „Informationsmaterialien geringen Umfangs und von zeitlich begrenzter Geltungsdauer“ von der Abgabe ausgeschlossen. Zudem wird geregelt, dass die amtlichen Veröffentlichungen, die an die Staatsbibliothek zu Berlin für Zwecke des internationalen amtlichen Schriftentauschs abgegeben werden, von der Abgabepflicht ausgenommen sind, wenn „die Kosten des Einzelexemplars unverhältnismäßig hoch sind und deren Abgabe deshalb eine nicht vertretbare Etatbelastung verursachen würde.“ Ebenfalls von der Abgabepflicht ausgeschlossen sind wissenschaftliche Veröffentlichungen der oder aus den Hochschulen, die nicht als amtliche Veröffentlichungen gelten. Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass Verschlussachen, ausschließlich für den internen Dienstgebrauch bestimmte Drucksachen sowie Formblätter und Vordrucke keine Veröffentlichungen sind und

---

<sup>33</sup> Vgl. Kultusministerkonferenz (2006): Bericht zur Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken, Anlage, Nr. 2.

<sup>34</sup> Fromm/Nordemann (2018): Kommentar zum Urheberrecht, § 5, Rn 3.

daher keiner Regelung bedürfen. Von der Abgabepflicht ebenfalls ausgeschlossen sind amtliche Veröffentlichungen von gesetzgebenden Körperschaften. Zudem beschloss die Kultusministerkonferenz, dass die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen grundsätzlich nur noch in elektronischer Form erfolgen soll.

Nach Nr. 5 des Mustererlasses sollen die der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts auf Anfrage der Bibliothek amtliche Publikationen in elektronischer Form, nach Maßgabe des Erlasses, zur Verfügung stellen. Dass auch die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts explizit miteinbezogen werden, liegt daran, dass diese Einrichtungen auch Veröffentlichungen von hohem wissenschaftlichem Wert verfassen. „Um den Arbeits- und Materialaufwand gering zu halten, ist vorgesehen, dass die hier angesprochenen Institutionen die amtlichen Publikationen nur auf Anfrage der Empfängerbibliotheken abgeben und dies auch grundsätzlich nur in elektronischer Form.“<sup>35</sup>

### 2.3.3 Die Situation in den Bundesländern

Der KMK-Mustererlass bildet die Grundlage für die Verordnungen der meisten Bundesländer. Die betreffenden Einrichtungen sowie die konkrete Situation in den einzelnen Bundesländern werden im Folgenden erläutert. Anstatt die Verordnungen im Detail zu zeigen, werden nur die Abweichungen zum Mustererlass erläutert.

#### *Baden-Württemberg*

In Baden-Württemberg sammeln mit der Badischen Landesbibliothek (BLB) in Karlsruhe und der Württembergischen Landesbibliothek (WLB) in Stuttgart zwei der größten Landesbibliotheken in Deutschland Pflichtexemplare in gedruckter und elektronischer Form. Amtliche Netzpublikationen von Einrichtungen des Landes Baden-Württemberg werden von beiden Landesbibliotheken gesammelt, wobei die WLB die Publikationen aus den Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen und die BLB die Publikationen aus den Regierungsbezirken Karlsruhe und Freiburg sammelt.<sup>36</sup>

In Baden-Württemberg wurde 2007 das Pflichtexemplargesetz geändert, so dass auch die Abgabe digitaler Publikationen aus öffentlichen Netzen geregelt ist. Allerdings gilt dieses Gesetz explizit nicht für amtliche Publikationen. Dennoch besteht für die

---

<sup>35</sup> Vgl. Kultusministerkonferenz (2006): Bericht zur Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken, Anlage, Nr. 5.

<sup>36</sup> Vgl. Dannehl/Johannsen/Schütt-Hohenstein (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Baden-Württemberg, S. 597 f.; Sühl-Strohmer (2000): Baden-Württemberg, S. 347 f.

amtlichen Veröffentlichungen eine Ablieferungspflicht, deren Rechtsgrundlage die Anordnung der Landesregierung über die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken vom 09. Oktober 2006 ist, ergänzt durch den KMK-Mustererlass vom 05. Juli 2007.<sup>37</sup> Die Anordnung unterscheidet sich nicht vom Mustererlass.

### *Bayern*

Die Bayerische Staatsbibliothek (BSB) in München sammelt seit 1663 alle in Bayern erschienenen Veröffentlichungen, dazu gehören auch die Netzpublikationen von bayerischen Ministerien, Mittelbehörden, Landkreisen und kreisfreien Städten. Als zentrale Landes- und Archivbibliothek des Freistaates Bayern werden „v.a. Amtsblätter, Jahres- und Wirtschaftsberichte, Broschüren (ab fünf Seiten) sowie Websites“<sup>38</sup> gesammelt und archiviert.

Rechtsgrundlage ist der Erlass über die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken der bayerischen Staatsregierung vom 2. Dezember 2008. Der Erlass ist anders aufgebaut als der Mustererlass, unterscheidet sich jedoch inhaltlich nicht. In Bayern kann nach Nr. 2.5 die sammelnde Stelle entscheiden, ob die Veröffentlichungen in gedruckter oder elektronischer Form abgegeben werden sollen, wenn sie in beiden Formen vorliegt.

### *Berlin*

In Berlin sammelt die Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) alle Veröffentlichungen, die von Behörden, Dienststellen und Einrichtungen des Landes sowie von landesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts herausgegeben werden oder in deren Auftrag erscheinen. Die elektronischen Pflichtexemplare werden an die Senatsbibliothek Berlin, die seit 2005 Teil der ZLB ist, abgeliefert.<sup>39</sup>

Im Pflichtexemplargesetz des Landes Berlin ist die Abgabe elektronischer Pflichtexemplare nicht geregelt. Nach § 8 Nr. 2 PflExG wird die Ermächtigung erlassen, „Bestimmungen über Art und Anzahl der nach § 7 abzuliefernden Pflichtexemplare sowie über die begünstigten Bibliotheken“ durch Rechtsverordnung zu regeln. Daraufhin wurde am 16. März 2007 die Verordnung über die Ablieferung amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken erlassen. Die Verordnung unterscheidet sich kaum vom Mustererlass, wird allerdings etwas präziser bei der Definition von amtlichen

---

<sup>37</sup> Dannehl/Johannsen/Schütt-Hohenstein (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Baden-Württemberg, S. 597.

<sup>38</sup> Balz/Schoger (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Bayern, S. 605 f.

<sup>39</sup> Vgl. Droese (2013) Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Berlin, S. 609 f.

Veröffentlichungen wozu nicht nur die Druckschriften und sonstigen Veröffentlichungen, sondern auch Karten und Pläne der Behörden, Dienststellen und Einrichtungen des Landes Berlin gehören (§ 1 Abs. 1).

### *Brandenburg*

Die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam übernimmt die landesbibliothekarischen Aufgaben in Brandenburg gemäß dem Landespressegesetz. Ein besonderes Sammelgebiet sind die Brandenburgica, eine Sammlung landeskundlicher Medien, und auch die Sammlung der Pflichtexemplare und der amtlichen Druckschriften des Landes.<sup>40</sup> Der Schwerpunkt liegt hier auf den „druckbildähnlichen und archivierungsfähigen Netzpublikationen“.<sup>41</sup>

In Brandenburg regelt das Brandenburgische Pressegesetz, „dass elektronische Dateien, so diese der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, dann der Abgabepflicht unterliegen, wenn diese digitalen Ausgaben von Werken, Druckwerken gemäß § 7 gleichstehen“.<sup>42</sup> Dabei liegt „das Hauptaugenmerk auf den weitverbreiteten, druckbildähnlichen und archivierungsfähigen Netzpublikationen, den PDF-Dokumenten.“ Zurzeit gilt noch die Verordnung zur Abgabe amtlicher Veröffentlichungen aus dem Jahr 1997, die sich jedoch nicht wesentlich vom Mustererlass der KMK unterscheidet. Eine Abgabepflicht besteht nach Nr. 2.3 jedoch für Karten und Pläne amtlicher Stellen.

### *Bremen*

In Bremen sammelt die Staats- und Universitätsbibliothek gedruckte und elektronische Amtsdruckschriften von Behörden, Dienststellen und Landeseinrichtungen.

Das Pressegesetz in Bremen vom 16. März 1965 sieht zwar ein Pflichtexemplarrecht für jedes verlegte Druckwerk vor, allerdings wird die wissenschaftliche graue Literatur davon nicht erfasst.<sup>43</sup> Am 8. September 2009 erging jedoch für die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken ein Erlass, der sich am Mustererlass der KMK orientiert.

### *Hamburg*

Die Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky in Hamburg bzw. ihre Vorgängerinstitutionen archivieren seit 1696 das in Hamburg erscheinende Schrifttum.

---

<sup>40</sup> Vgl. Lux (2000): Berlin und Brandenburg, S. 154.

<sup>41</sup> Hübner (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Brandenburg, S. 611 f.

<sup>42</sup> Ebd., S. 614.

<sup>43</sup> Vgl. Ahlborn (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Bremen, S. 616.

Dazu zählen auch die elektronischen amtlichen Veröffentlichungen, deren Abgabe seit 2009 auch im Hamburger Pflichtexemplargesetz verankert ist.<sup>44</sup>

In Hamburg wurde 2009 das Pflichtexemplargesetz von 1988 dahingehend erweitert, dass digitale Publikationen in den Sammelauftrag einbezogen wurden. Daraufhin wurde auch eine neue Anordnung über die Abgabe amtlicher Druckschriften an öffentliche Bibliotheken erlassen, die sich an den Vorgaben des KMK-Mustererlasses anlehnt.<sup>45</sup>

### *Hessen*

In Hessen nehmen fünf Bibliotheken die Aufgaben und Funktionen einer Regionalbibliothek im engeren Sinne wahr: die Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt, die Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main, die Hochschul- und Landesbibliothek Fulda, die Universitätsbibliothek Kassel und die Hochschul- und Landesbibliothek RheinMain.<sup>46</sup> Diese fünf Pflichtexemplarbibliotheken sind rechtlich zwar zuständig für das Pflichtexemplarrecht, die Ablieferung unkörperlicher Medienwerke erfolgt jedoch „zentral für ganz Hessen an die Verbundzentrale in Frankfurt, die für die Speicherung und Langzeitarchivierung zuständig“<sup>47</sup> ist. Eine Amtsdruckschriftenverordnung existiert derzeit nicht.

In Hessen gibt es seit 2010 ein Bibliotheksgesetz, das in § 4a das Pflichtexemplarrecht regelt und „auch die Ablieferungspflicht von nicht gedruckten Veröffentlichungen und Netzpublikationen“ umfasst.<sup>48</sup> In § 4a Abs. 1 werden Medienwerke als „Darstellungen in Schrift, Bild und Ton, die in körperlicher Form verbreitet oder in unkörperlicher Form der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden“ definiert. In Satz 3 heißt es „Medienwerke in unkörperlicher Form sind alle Darstellungen in öffentlichen Netzen.“ Am 14. August 2017 wurde zur Durchführung der Pflichtablieferung nach § 4 a Abs. 6 S. 1 die Verordnung über die Pflichtablieferung von Medienwerken erlassen. Darin wird geregelt, dass die für die Wahrnehmung des Pflichtexemplarrechts zuständigen Bibliotheken „die Zentrale des Hessischen Bibliotheks-Informationssystem-Verbundes (HeBIS-Verbundzentrale) als Dienstleister mit der Entgegennahme der unkörperlichen Medienwerke zur Speicherung und Langzeitarchivierung“ beauftragen (§ 1 Abs. 2 S. 1). In § 2 wird die Ablieferung von Medienwerken festgelegt. Dort heißt es in Absatz 3: „Medienwerke auf elektronischen Datenträgern sind in einer zur Anfertigung von

---

<sup>44</sup> Vgl. Hagenah/Helm (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Hamburg, S. 619 f.; Fligge (2000): Schleswig-Holstein und Hamburg, S. 107 f.

<sup>45</sup> Vgl. Hagenah/Helm (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Hamburg, S. 619.

<sup>46</sup> Vgl. Haase (2000): Hessen, S. 247.

<sup>47</sup> Kratz-Lucas (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Hessen, S. 624.

<sup>48</sup> Ebd., S. 624.

Archivkopien geeigneten Form abzuliefern, technische Schutzmaßnahmen und Zugangsbeschränkungen an den abzuliefernden Ausfertigungen sind von den Ablieferungspflichtigen aufzuheben oder Mittel zu ihrer Aufhebung zugänglich zu machen.“ Nach § 2 Abs. 6 kann die zuständige Bibliothek „bei Medienwerken, die sowohl in körperlicher als auch in unkörperlicher Ausfertigung erscheinen“, entscheiden, „in welcher Form das Medienwerk abgeliefert werden soll.“ § 3 PflAV regelt die Ausnahmen von der Ablieferungspflicht. Danach unterliegen „Medienwerke, die nur den Zwecken des Gewerbes und Verkehrs, des häuslichen und geselligen Lebens dienen, wie Formulare, Preislisten, Werbedrucksachen, Familienanzeigen und dergleichen, sowie Stimmzettel für Wahlen, behördliche Medienwerke für den dienstlichen Gebrauch (beispielsweise amtliche Vordrucke) mit Ausnahme der Amtsblätter, Reproduktionen von Bildern ohne Text“ und „unkörperliche Medienwerken, die ihrem Charakter nach Veränderungen unterliegen können; dies sind insbesondere solche Medienwerken, die nicht den Charakter einer in sich abgeschlossenen eigenständigen Veröffentlichung haben oder nicht einem Druckwerk vergleichbar sind“ nicht der Ablieferungspflicht.

#### *Mecklenburg-Vorpommern*

Die Landesbibliothek in Mecklenburg-Vorpommern ist eine Abteilung des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege, zu dem auch das Landesarchiv gehört. Sie sammelt alle im Land und über das Land erscheinenden Druckwerke<sup>49</sup>, dazu zählen auch Amtsdrucksachen von Kreisen, Gemeinden und Gemeindeverbänden. Diese werden auch vom Landesarchiv gesammelt und archiviert.

Im Landespressegesetz von Mecklenburg-Vorpommern ist in § 11 die Ablieferungspflicht der Verleger und Drucker geregelt. In Absatz 1 heißt es: „Von jedem Druckwerk, das in Mecklenburg-Vorpommern verlegt wird oder das als Verlagsort einen Ort innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns neben einem anderen Ort nennt, hat der Verleger ein Stück binnen eines Monats nach dem Erscheinen kostenfrei an die von der Kultusministerin zu benennenden Stellen abzuliefern (Pflichtexemplare).“ Die am 14. Dezember 2009 erlassene Verwaltungsvorschrift zur unentgeltlichen Abgabe von amtlichen Veröffentlichungen an Bibliotheken überträgt diese Ablieferungspflicht auf amtliche Publikationen. Da diese Vorschrift jedoch am 31. Dezember 2014 außer Kraft getreten ist, existiert derzeit keine gültige Verordnung für die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen in Mecklenburg-Vorpommern (Nr. 6).

---

<sup>49</sup> Vgl. Wegener (2000): Mecklenburg-Vorpommern, S. 121.



### *Niedersachsen*

In Niedersachsen gibt es drei Landesbibliotheken, die regionales Schrifttum sammeln: die Landesbibliothek Oldenburg, die Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsischen Landesbibliothek und die Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel. Das Pflichtexemplar und die Erstellung der Niedersächsischen Bibliographie, werden jedoch nur von der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsischen Landesbibliothek in Hannover wahrgenommen.<sup>50</sup> Sie ist auch die Sammelstelle für die Ablieferung von Amtsdruckschriften in nichtkörperlicher Form.<sup>51</sup>

Die Ablieferungspflicht von Druckwerken ist in § 12 des Landespressegesetzes geregelt. Davon sind keine elektronischen Pflichtexemplare erfasst. Im Erlass zur Abgabe amtlicher Veröffentlichungen sowie Landkarten und Pläne an Bibliotheken vom 11. Dezember 2012 ist die Abgabe von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form jedoch festgelegt. Die Verordnung unterscheidet sich vom KMK-Mustererlass nur in wenigen Punkten. Nr. 2 regelt die Abgabe von elektronischen Veröffentlichungen, die „entsprechend den Vorgaben der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek und der Deutschen Nationalbibliothek“ stattfindet (Nr. 2 S. 1). „Die Abgabe erfolgt in elektronischer Form ohne technische Schutzmaßnahmen für alle unter Nummer 1 Buchstaben a und b genannten Bezugsberechtigten an die Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek.“ (Nr. 2 S. 3). Die Niedersächsische Landesbibliothek ermöglicht den anderen Bezugsberechtigten den Zugriff auf die elektronischen Dokumente (Nr. 2 S. 4). „Den sammelnden Bibliotheken steht es frei, bei Abgabe in elektronischer Form auf die Abgabe der parallel verbreiteten physischen Veröffentlichung zu verzichten.“ (Nr. 2 S. 5). Anders sieht es mit gedruckten Karten und Plänen amtlicher Stellen aus, für diese besteht stets eine Abgabepflicht. Amtliche Kartenwerke in elektronischer Form unterliegen nicht der Abgabepflicht.

### *Nordrhein-Westfalen*

In Nordrhein-Westfalen sammeln die Universitäts- und Landesbibliotheken Bonn, Düsseldorf und Münster Pflichtexemplare, die auch die amtlichen Veröffentlichungen miteinschließen.<sup>52</sup> Die drei Landesbibliotheken nehmen die landesbibliothekarischen Aufgaben für Nordrhein-Westfalen arbeitsteilig wahr und koordinieren ihre Pflichtsammlungen sowohl formal als auch inhaltlich. Sie vereinbarten, sich nicht nur „auf Publikationen mit rein amtlichem Inhalt wie Amtsblätter oder Haushaltspläne zu

---

<sup>50</sup> Vgl. Dittich (2000): Niedersachsen und Bremen, S. 163.

<sup>51</sup> Vgl. Marmein (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Niedersachsen, S. 628.

<sup>52</sup> Vgl. Feldmann (2000): Nordrhein-Westfalen, S. 219.

beschränken“, sondern auch Schriften zu sammeln, „mit denen amtliche Einrichtungen über ihre Aufgaben und Tätigkeiten informieren oder sich darstellen.“<sup>53</sup>

Rechtliche Grundlage der Pflichtexemplarsammlung in Nordrhein-Westfalen ist das Gesetz über die Ablieferung von Pflichtexemplaren in Nordrhein-Westfalen vom 29. Januar 2013 und der Erlass der Landesregierung über die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken vom 12. Juni 2008. Nach § 2 Pflichtexemplargesetz nehmen die Landesbibliotheken Bonn, Düsseldorf und Münster die Sammlung der Pflichtexemplare gemeinsam wahr. In beiden Vorschriften gibt es Regelungen zu Medienwerken in unkörperlicher Form. In § 5 Nr. 8 Pflichtexemplargesetz sind amtliche Veröffentlichungen von der Ablieferungspflicht des Pflichtexemplargesetzes ausgenommen. Deshalb ist für die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken der Erlass vom 12. Juni 2008 notwendig, der sich am KMK-Mustererlass orientiert, allerdings Karten und Pläne von Behörden, Dienststellen und Einrichtungen des Landes miteinbezieht.

### *Rheinland-Pfalz*

Das Pflichtexemplarrecht wird in Rheinland-Pfalz von vier Bibliotheken wahrgenommen: der Pfälzischen Landesbibliothek in Speyer, der Rheinischen Landesbibliothek in Koblenz und den beiden Stadtbibliotheken in Mainz und Trier. Die Pfälzische Landesbibliothek und die Rheinische Landesbibliothek sind seit 2004 Teil des Landesbibliothekszenentrums Rheinland-Pfalz. Die Pfälzische Landesbibliothek ist für das Gebiet des ehemaligen Regierungsbezirks Pfalz, die Rheinische Landesbibliothek für den ehemaligen Regierungsbezirk Koblenz zuständig, während die Stadtbibliothek Mainz die Aufgaben einer Regionalbibliothek für Mainz und den ehemaligen Regierungsbezirk Rheinhessen und die Stadtbibliothek Trier diese Aufgaben für das Gebiet des bis 1999 bestehenden Regierungsbezirks Trier übernimmt.<sup>54</sup> Die Ablieferung von Amtsdruckschriften erfolgt zentral an das Landesbibliothekszenentrum Rheinland-Pfalz, das den seit 2003 existierenden Archivserver für Elektronische Dokumente und Websites (edoweb) betreut.<sup>55</sup>

Rechtsgrundlage für die Abgabe des Pflichtexemplars ist in Rheinland-Pfalz das Landesbibliotheksgesetz von 2014. In § 4 sind die Amtsdruckschriften geregelt: „Das LBZ und die anderen beauftragten Bibliotheken und Archive sammeln und erschließen die amtlichen Veröffentlichungen in körperlicher und unkörperlicher Form des Landes

<sup>53</sup> Flachmann (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Nordrhein-Westfalen, S. 632.

<sup>54</sup> Vgl. Harthausen (2000): Rheinland-Pfalz, Saarland, S. 321 f.

<sup>55</sup> Vgl. Jendral (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Rheinland-Pfalz, S. 634.

sowie der unter der Rechtsaufsicht des Landes stehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts.“ Die Verwaltungsvorschrift über die Abgabe von Medienwerken des Landes an wissenschaftliche Bibliotheken und an die Landesarchive wurde 2004 auf elektronische Medienwerke ausgeweitet. Durch sie werden die Behörden und Dienststellen des Landes verpflichtet, „Medienwerke in unkörperlicher Form, die sie herausgeben, oder die von Dritten mit Mitteln oder mit Unterstützung des Landes herausgegeben werden, unmittelbar nach dem Erscheinen unaufgefordert und unentgeltlich abzugeben“ (Nr. 4). Die Abgabe von Medienwerken in unkörperlicher Form erfolgt nach Nr. 4.1 an das Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz, Rheinische Landesbibliothek, in Koblenz. „Die Medienwerke werden auf dem Server des Landesbibliothekscentrums Rheinland-Pfalz für elektronische Veröffentlichungen und Web-Sites gespeichert, erschlossen und dauerhaft der Öffentlichkeit online zur Verfügung gestellt.“ Die abgebenden Stellen sind nach Nr. 4.2 verpflichtet, „ihre elektronischen Publikationen in eine technische Form zu bringen, die den Maßgaben der Bibliothek und dem Archiv in Bezug auf Bereitstellung und Langzeitarchivierung genügt.“ Zudem wird in Nr. 4.3 geregelt, dass die Abgabe der druckbildähnlichen Publikationen im PDF-Format zu erfolgen hat.

#### *Saarland*

Im Saarland ist die Saarländische Universitäts- und Landesbibliothek (SULB) in Saarbrücken für die Sammlung und Archivierung der saarländischen Pflichtexemplare zuständig.

Das Saarländische Mediengesetz vom 27. Februar 2002, zuletzt geändert am 10. Dezember 2015, regelt in § 14 das Pflichtexemplar. Absatz 1 sieht vor, dass von jedem Medienwerk, das im Saarland verlegt wird, ein Stück an die SUB abzuliefern ist. Absatz 3 regelt das Pflichtexemplarrecht für Medienwerke in unkörperlicher Form. Diese „müssen unter Einhaltung der von der Deutschen Nationalbibliothek für Pflichtexemplare festgelegten technischen Standards und Verfahren abgeliefert werden.“ Durch die Ablieferung erhält die SUB das „Recht, das Werk zu speichern, zu vervielfältigen und zu verändern oder diese Handlungen in ihrem Auftrag vornehmen zu lassen, soweit dies notwendig ist, um das Medienwerk in die Sammlung aufnehmen, erschließen und für die Benutzung bereitstellen zu können sowie seine Erhaltung und Benutzbarkeit dauerhaft zu sichern.“ Auch die Benutzung ist geregelt. Die Bibliothek „erhält das Recht, das Werk in ihren Räumen zugänglich zu machen.“<sup>56</sup> Sie ist verpflichtet, ausreichende Vorkehrungen gegen eine unzulässige Vervielfältigung, Veränderung oder Verbreitung des Werks zu treffen.“ In der Verordnung zur Abgabe

---

<sup>56</sup> Nach § 60e Abs. 4 Urheberrechtsgesetz dürfen Bibliotheken ihren Nutzern für deren Forschung oder private Studien ein Werk aus ihrem Bestand an Terminals in ihren Räumen zugänglich machen.

amtlicher Drucksachen an öffentliche Bibliotheken vom 19. Dezember 1967 ist in § 2 geregelt, dass Verschlussachen, Sonderabdrucke sowie Formblätter und Vordrucke von der Ablieferungspflicht ausgenommen sind.

### *Sachsen*

Im Jahr 1996 vereinten sich die Sächsische Landes- mit der Universitätsbibliothek Dresden zur Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB). Aufgabe der Landesbibliothek ist unter anderem die Sammlung und Archivierung der in Sachsen erscheinenden, ablieferungspflichtigen Publikationen.<sup>57</sup>

Der SLUB wird durch das Gesetz über die Sächsische Landesbibliothek vom 17. Dezember 2013 das Pflichtexemplarrecht über „Literatur, Bild- und Tonträger über Sachsen sowie der in Sachsen erscheinenden ablieferungspflichtigen analogen und digitalen Publikationen“ (§ 2 Nr. 3) eingeräumt. Im Landespressegesetz vom 3. April 1992, letztmalig geändert am 26. April 2018, wird die Ablieferungspflicht analoger und digitaler Publikationen in § 11 geregelt. Absatz 1 sieht vor, dass „von jeder Publikation, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes verlegt, verbreitet oder auf sonstige Weise öffentlich zugänglich gemacht wird, der Ablieferungspflichtige binnen eines Monats seit dem Erscheinen ein Stück unentgeltlich und auf eigene Kosten an die Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden abzuliefern“ hat. Absatz 7 sieht die Abgabe digitaler Publikationen an die SLUB vor. Danach müssen digitale Publikationen unter Einhaltung der „für Pflichtexemplare festgelegten technischen Standards und Verfahren abgeliefert werden.“ Nach Absatz 8 können digitale Publikationen in unkörperlicher Form statt abgeliefert, auch „durch geeignete technische Verfahren zur Abholung bereitgestellt werden.“ Absatz 9 sieht vor, dass die SLUB das Recht hat, das Pflichtexemplar „zu speichern, zu vervielfältigen und zu verändern oder diese Handlungen in ihrem Auftrag vornehmen zu lassen, soweit dies notwendig ist, um die Publikation in ihren Bestand aufnehmen, erschließen und für die Benutzung bereitstellen zu können sowie ihre Erhaltung und Benutzbarkeit dauerhaft zu sichern.“ Die Benutzung ist in Absatz 10 geregelt; danach sollen die Publikationen in den Räumen der SLUB zugänglich gemacht werden, wobei sie zugleich verpflichtet ist, „ausreichende Vorkehrungen gegen eine unzulässige Vervielfältigung, Veränderung oder Verbreitung dieser Publikationen zu treffen.“

---

<sup>57</sup> Vgl. Eigenwill/Safert (2000): Sachsen, S. 303.

### *Sachsen-Anhalt*

Die Universitäts- und Landesbibliothek Halle (Saale) ist seit 1825 Pflichtexemplarbibliothek für ihre Region, allerdings erst seit 1948 Landesbibliothek.<sup>58</sup> Sie sammelt und verzeichnet alle in Sachsen-Anhalt erscheinenden Medienwerke in unkörperlicher Form und bewahrt so das digitale Kulturerbe.<sup>59</sup>

Auch in Sachsen-Anhalt wird das Pflichtexemplarrecht im Landespressegesetz vom 2. Mai 2013, letztmalig geändert am 29. März 2018, geregelt. § 11 Abs. 6 sieht vor, dass digitale Publikationen genau wie Druckwerke abzuliefern sind, allerdings nach Maßgabe der Verordnung nach Absatz 2, wonach eine Verordnung über das Verfahren der Ablieferung getroffen werden muss (§ 11 Abs. 2 Nr. 1). Die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen wird durch den Beschluss über die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an öffentliche Bibliotheken vom 18. Januar 2011 geregelt, der sich am KMK-Mustererlass orientiert. In der Verordnung über die Durchführung der Ablieferungspflicht von Druckwerken und digitalen Publikationen wird in § 2 der Umfang der Ablieferungspflicht bei Netzpublikationen festgelegt. Dazu zählen Veröffentlichungen von Kreisen, Gemeinden oder Gemeindeverbänden mit nicht ausschließlich amtlichem Inhalt, Veröffentlichungen von öffentlichem Interesse, die von Unternehmen und Institutionen herausgegeben werden und Online-Akzidenzen in Form von Darstellungen zur Geschichte von Institutionen oder öffentlichen Verbänden und Vereinen.

### *Schleswig-Holstein*

In Schleswig-Holstein nehmen die Universitätsbibliothek Kiel, die Bibliothek der Hansestadt Lübeck und die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek Kiel das Pflichtexemplarrecht wahr.<sup>60</sup> Stellvertretend für die drei Schleswig-Holsteinischen Pflichtbibliotheken sammelt die Universitätsbibliothek Kiel unkörperliche Medienwerke, die durch das Bibliotheksgesetz vom 30. September 2016 in die Ablieferungspflicht mit einbezogen wurden.

Das Gesetz für die Bibliotheken in Schleswig-Holstein vom 30. August 2016 regelt in § 6 Abs. 2 die Aufgaben der Landesbibliothek. Sie sammelt „Medienwerke sowie weiteres Kulturgut mit Bezug zu Geschichte und Landeskunde Schleswig-Holstein und seiner Nachbargebiete, insbesondere Dänemarks“. Abschnitt 3 ist den Pflichtexemplaren gewidmet. § 9 regelt die Anbietungspflicht und die Pflichtbibliotheken. Nach Abs. 3 Nr. 1 unterliegen „Veröffentlichungen, die

---

<sup>58</sup> Vgl. Schnelling (2000): Sachsen-Anhalt, S. 203.

<sup>59</sup> Schwarzer (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Sachsen-Anhalt, S. 651.

<sup>60</sup> Vgl. Fligge (2000): Schleswig-Holstein und Hamburg, S. 93 f.

ausschließlich amtliche Mitteilungen enthalten“ nicht der Anbietungspflicht. Die Landesverordnung zur Durchführung des Gesetzes für die Bibliotheken in Schleswig-Holstein über die Anbietung und Ablieferung von Pflichtexemplaren vom 19. Juni 2017 regelt in § 1 die Zuständigkeit für Medienwerke in unkörperlicher Form, die ausschließlich an die Universitätsbibliothek Kiel erfolgt. Für die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken wurde am 2. Dezember 1998 eine Verordnung erlassen, letztmalig geändert am 19. Juni 2013, die wie der Mustererlass aufgebaut ist, jedoch Karten und Pläne von Behörden in die Abgabepflicht miteinbezieht. Dieser Erlass war bis zum 31. Dezember 2018 gültig, wurde aber bisher nicht verlängert. Geplant ist die rückwirkende Verlängerung ab 01.01.2019.<sup>61</sup>

### *Thüringen*

In Thüringen sammelt die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena seit 1983 Pflichtexemplare. Sie wird dabei von den „territorialkundlichen Abteilungen der Stadt- und Regionalbibliotheken Erfurt, Gera und Suhl unterstützt.“<sup>62</sup>

In Thüringen erfolgt die Sammlung von Pflichtexemplaren nach dem Pressegesetz vom 31. Juli 1991, letztmalig geändert am 6. Juni 2018. Nach § 12 Abs.1 sind die Verleger verpflichtet „ein Stück (Pflichtexemplar) unentgeltlich und auf eigene Kosten an die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena abzugeben.“ Dies gilt nach Abs. 3 auch für digitale Publikationen, deren Ablieferung nach einer Rechtsverordnung erfolgt (Verordnung über die Ablieferung digitaler Publikationen an die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek vom 8. Februar 2011). Für die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen gilt der Erlass vom 19. November 2008, nach dem amtliche Veröffentlichungen an Bibliotheken und das Hauptstaatsarchiv abzugeben sind. Die Verordnung orientiert sich ebenfalls am KMK-Mustererlass.

Wie sich zeigt, gibt es durch den KMK-Mustererlass bereits zahlreiche ähnliche Verordnungen in den Bundesländern. Unterschiede gibt es im Bereich der Karten und Pläne amtlicher Stellen. Diese werden in den jeweiligen Verordnungen in Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ausdrücklich in die Sammlung miteinbezogen.

---

<sup>61</sup> Vgl. A.15 Fragebogen Schleswig-Holstein.

<sup>62</sup> Marwinski (2000): Thüringen, S. 279.

## 3 Methodisches Vorgehen

### 3.1 Wahl der Methode

Die Art der für diese Arbeit zu erhebenden Daten ist relativ komplex. Neben einfachen, quantitativen Fragen, sollten vor allem qualitative Informationen zur genauen, institutionellen Vorgehensweise eingeholt werden. Da diese Daten häufig auch nicht öffentlich zugänglich sind, wurde schnell klar, dass hier nur eine Umfrage unter vertretbarem Aufwand zum Ziel führt. Diese ist, in der empirischen Sozialforschung, die am häufigsten angewandte Methode der Datenerhebung.<sup>63</sup> Dabei wird zwischen schriftlichen Befragungen mittels Fragebögen und mündlichen Befragungen in Form von Interviews unterschieden. Da die einzelnen Einrichtungen über ganz Deutschland verteilt sind und darüber hinaus einige Fragen wahrscheinlich erst nach weitergehenden, internen Recherchen der Befragten zu beantworten sind, wurde die schriftliche Form gewählt.

Im Gegensatz zu anderen Methoden der Datenerhebung ist die schriftliche Befragung relativ kostengünstig und eignet sich für die Befragung großer, homogener Gruppen. Im Vorfeld erfordert diese Methode eine gute Strukturierung des Befragungsinhalts, da es schwierig ist, nachträglich Fragen zu konkretisieren.<sup>64</sup> Folglich liegt die Herausforderung darin, den Fragebogen so zu gestalten, dass die Fragen klar formuliert und eindeutige Antworten zu erwarten sind.

Ein großer Nachteil einer schriftlichen Befragung ist die schwer zu kontrollierende Erhebungssituation. Da es im vorliegenden Fall aber nicht darum ging, einem Probanden in einer bestimmten, kontrollierten Situation persönliche Fragen zu stellen, ist das hier ohne Bedeutung. Zur Klärung der gefragten Sachverhalte und zu testenden Hypothesen des Fragebogens war es teilweise notwendig, dass er von mehreren Personen in Rücksprache miteinander bearbeitet wird.

Weitere Nachteile der verwendeten Methode sind, dass die Ansprechpartner die Teilnahme verweigern können und so die Repräsentanz gefährden. Man hat daher wenig Einfluss auf den Rücklauf. Außerdem ist die Qualität der Ergebnisse von den Befragten abhängig und kann, alles in allem, sehr stark variieren.

Um die Probleme etwas zu entschärfen, wurde der Fragebogen per E-Mail verschickt und eine fünfwöchige Frist zur Bearbeitung eingeräumt. So konnten sich die Befragten,

---

<sup>63</sup> Vgl. Baur/Blasius (2019): Methoden der empirischen Sozialforschung – Ein Überblick, S. 6.

<sup>64</sup> Vgl. Benesch/Steiner (2018): Der Fragebogen, S. 49.

anders als bei einer persönlichen oder telefonischen Befragung, Zeit für die Bearbeitung des Fragebogens nehmen und gegebenenfalls der Antwort weiteres, erklärendes Material beifügen. Rückfragen per Mail oder Telefon waren natürlich möglich und auch eine Fristverlängerung konnte eingeräumt werden.

Bei der Auswertung war vor allem zwischen den quantitativen und qualitativen Daten zu unterscheiden. Während erstere statistisch ausgewertet und grafisch dargestellt werden können, müssen letztere zunächst in passende Kategorien unterteilt werden, um weiterverarbeitet werden zu können. Für diese Kategorisierung müssen Zusammenhänge und Unterschiede ermittelt und die Antworten entsprechend ihrer Gemeinsamkeiten zusammengefasst werden. So können die qualitativen Daten statistisch betrachtet sowie Stimmungen und Trends erfasst werden.

### **3.2 Zu erhebende Daten**

Das Ziel der Umfrage war es, herauszufinden, wie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form an den unterschiedlichen Regionalbibliotheken in Deutschland behandelt werden. Hierbei ist interessant, ob bereits alle Regionalbibliotheken amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form sammeln, wie der Erwerbungsprozess abläuft und wie die Veröffentlichungen abgeliefert und archiviert werden. Darüber hinaus sollten die Erfahrungen der zuständigen Stellen mit diesem Thema analysiert und die verschiedenen Vorgehensweisen verglichen werden.

Der Fragebogen bestand aus zehn Fragen, die im Folgenden aufgelistet und kurz erörtert werden.

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Mit dieser Frage sollte quantitativ ermittelt werden, welche Bibliotheken ihre Sammeltätigkeit bezüglich amtlicher Veröffentlichungen bereits um die elektronischen Medienwerke erweitert haben und wie sich deren Zahl entwickeln wird.

Frage 2: Seit wann sammeln Sie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form?

Hier sollte ein Bild davon geschaffen werden, wer bei diesem Thema eine Vorreiterrolle eingenommen hat und wo die größte Erfahrung damit zu erwarten ist. Darüber hinaus



lässt sich dadurch eruieren, ab welchem Jahr die amtlichen Veröffentlichungen im jeweiligen Verantwortungsbereich elektronisch einsehbar sind.

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Hier war interessant, ob die elektronische Sammeltätigkeit die Sammlung der Printmedien ersetzt oder nur ergänzt. Letzteres könnte bedeuten, dass hier noch Ressourcen für die gedruckte Form gebunden sind, die auch anderweitig genutzt werden können. Ebenso könnte das zusätzliche Sammeln in gedruckter Form auch bedeuten, dass noch nicht ausreichend Vertrauen in die Langzeitverfügbarkeit elektronischer Medien besteht.

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Um die Sammeltätigkeit in den einzelnen Einrichtungen zu vergleichen, benötigt man Einsicht in die jeweiligen Richtlinien. Hieraus werden sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede und Lücken in der Sammeltätigkeit erkennbar.

Frage 5: Sehen Sie die bestehenden rechtlichen Regelungen als hinreichend klare Grundlage für ihre Arbeit an oder besteht zusätzlicher Regelungsbedarf? Wenn ja, haben Sie Vorschläge für eine solche Regelung?

Diese Frage zielt darauf ab, ob die Sammelrichtlinien Rechtsfragen offen lassen bzw. ob gelegentlich Unsicherheit herrscht, wie mit bestimmten amtlichen Veröffentlichungen umzugehen ist. Durch die Verbesserungsvorschläge kann ermittelt werden, in welchen Fällen Regelungsbedarf besteht.

Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsverfahren für elektronische Amtsdruckschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Der Erwerbungsverfahren ist insofern interessant, als man den betriebenen Aufwand abschätzen kann und darüber hinaus ein Vergleich möglich wird, in welchen Einrichtungen proaktiv den amtlichen Veröffentlichungen nachgegangen wird bzw. inwieweit Behörden ihrer Pflicht selbständig nachkommen.

Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Diese Informationen eröffnen aufschlussreiche Vergleichsmöglichkeiten. Insbesondere lässt sich die Häufigkeit verschiedener Ablieferungsformen statistisch untersuchen.

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Die Frage nach der Speichertechnik soll klären, ob hier verschiedene Wege beschritten werden oder bereits einheitliche beziehungsweise ähnliche Systeme Verwendung finden.

Frage 9: Falls es schon statistische Daten gibt, wie viele amtliche Veröffentlichungen werden in elektronischer Form durchschnittlich pro Jahr gesammelt? Bitte unterscheiden Sie, falls möglich, nach Monografien, Zeitschriften, einzelnen Heften und evtl. Websites.

Anhand dieser statistischen Daten kann die Entwicklung der letzten Jahre grafisch dargestellt und möglicherweise auch eine Prognose zur zukünftigen Entwicklung gemacht werden.

Frage 10: Wie viele Mitarbeiter sind mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befasst? Bitte rechnen Sie den Personaleinsatz in Vollzeitäquivalente (VZÄ) um, d.h. bilden Sie die Summe der von allen damit befassten Mitarbeitern in diesem Bereich durchschnittlich geleisteten Wochenstunden und teilen Sie diese durch die übliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeitkraft.

Stellt man die statistischen Daten aus Frage 9, zusammen mit den zugehörigen Sammelrichtlinien und Erwerbungsmethoden, den in diesem Bereich geleisteten VZÄ gegenüber, ergeben sich Hinweise zur Effizienz der unterschiedlichen Methoden.

## **4 Auswertung der Ergebnisse**

### **4.1 Vergleich**

Nachfolgend werden die Ergebnisse der empirischen Umfrage dargestellt. Von 26 versandten Fragebögen wurden 24 beantwortet, die zur Auswertung herangezogen wurden. Die beantworteten Fragebögen befinden sich im Anhang dieser Arbeit.

Die Universitäts- und Landesbibliothek aus Darmstadt und die Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg aus Frankfurt am Main haben auf die Anschreiben nicht reagiert. Wie aus den Antworten der anderen hessischen Regionalbibliotheken hervorging, ist in diesem Bundesland die HeBIS-Verbundzentrale für die elektronische Sammlung zuständig, weshalb diese Einrichtungen im Verlauf der Arbeit nicht weiter berücksichtigt wurden.

Bei der Auswertung der Fragebögen wurde zunächst eine Grundauszählung der statistischen Daten angefertigt, welche zusammen mit den qualitativen Fragen im Anschluss auf Zusammenhänge und Unterschiede untersucht werden. Nachdem die Antworten Kategorien zugeordnet wurden, konnten diese wieder in statistische Daten umgewandelt werden. Mit den dadurch gewonnenen Erkenntnissen wurden die verschiedenen Bundesländer und Sammelstellen verglichen und es wurde versucht, eine optimale Handhabung der elektronischen amtlichen Veröffentlichungen zu ermitteln.

#### **4.1.1 Frage 1: Sammlung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form**

Die Eingangsfrage des Fragebogens wurde von sieben Einrichtungen verneint und von 17 bejaht (71 %), folglich gibt es für die restlichen Fragen maximal Antworten aus 17 Institutionen. Für einige Regionen besteht zwar eine entsprechende Sammelpflicht, jedoch wurde diese auf eine Landeseinrichtung beschränkt, die stellvertretend für die anderen Bibliotheken sammelt.

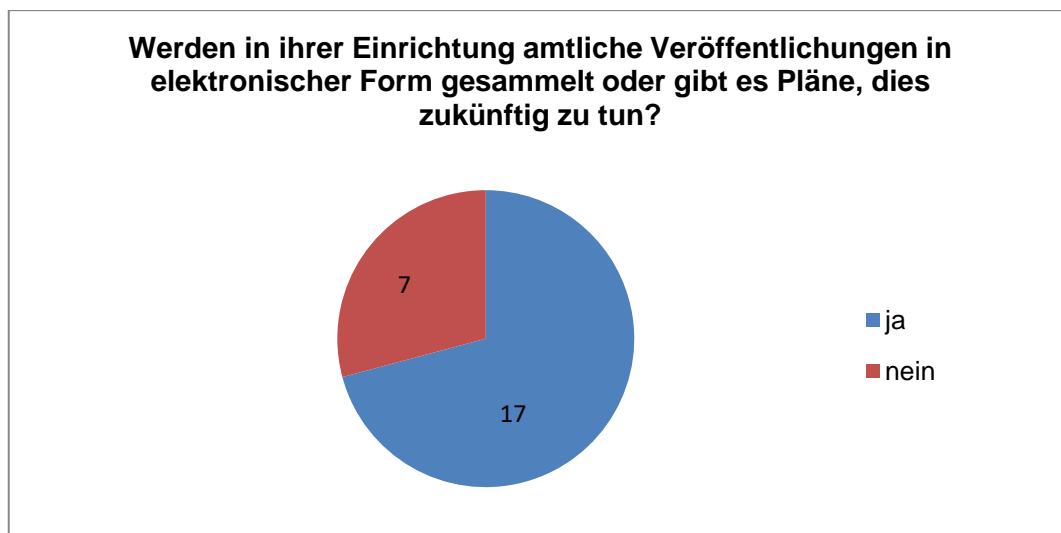


Abbildung 1: Quote der Bibliotheken, die amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form sammeln.

Bei den sieben Einrichtungen, die nicht sammeln, handelt es sich um drei Landesbibliotheken aus Hessen, wo die Sammlung amtlicher Veröffentlichungen in elektronischer Form in den Zuständigkeitsbereich der HeBIS-Verbundzentrale in Frankfurt fällt. Diese wurde ebenfalls befragt und obwohl noch nicht mit der Sammlung der elektronischen amtlichen Veröffentlichungen begonnen wurde, hat die HeBIS-Verbundzentrale vor, die Amtsblätter zukünftig im Rahmen des Pflichtexemplargesetzes zu sammeln.<sup>65</sup> Außer in Hessen wird nur in Mecklenburg-Vorpommern nicht von den regionalen Pflichtexemplarbibliotheken elektronisch gesammelt. In Mecklenburg-Vorpommern werden amtliche Veröffentlichungen nach der Verwaltungsvorschrift an das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege abgeliefert. Bisher sammelt die Landesbibliothek nur gedruckte amtliche Veröffentlichungen, genau wie das Landesarchiv, das zurzeit zwar das elektronische Landesarchiv aufbaut, aber amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form noch nicht berücksichtigt. Tabelle 1 zeigt die Antworten auf die erste Frage im Detail.

Tabelle 1: Werden amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt? Antworten geordnet nach Bundesländern in alphabetischer Reihenfolge.

Bundesland	Einrichtung	Antwort
<b>Baden-Württemberg</b>	Badische Landesbibliothek Karlsruhe	ja
	Württembergische Landesbibliothek Stuttgart	ja
<b>Bayern</b>	Bayerische Staatsbibliothek München	ja
<b>Berlin</b>	Zentral- und Landesbibliothek Berlin	ja

<sup>65</sup> Vgl. A.7 Fragebogen Hessen.

<b>Brandenburg</b>	Stadt- und Landesbibliothek Potsdam	ja
<b>Bremen</b>	Staats- und Universitätsbibliothek Bremen	ja
<b>Hamburg</b>	Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg	ja
<b>Hessen</b>	Hochschul- und Landesbibliothek Fulda	nein
	Universitätsbibliothek Kassel	nein
	Hochschul- und Landesbibliothek RheinMain	nein
	HeBIS-Verbundzentrale	nein
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Landesbibliothek Mecklenburg-Vorpommern	nein
	Landesarchiv Mecklenburg-Vorpommern	nein
<b>Niedersachsen</b>	Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek Hannover	ja
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Universitäts- und Landesbibliothek Bonn	ja
	Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf	ja
	Universitäts- und Landesbibliothek Münster	ja
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Landesbibliothekszentrum	ja
<b>Saarland</b>	Saarländische Universitäts- und Landesbibliothek	ja
<b>Sachsen</b>	Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek Dresden	ja
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Universitäts- und Landesbibliothek Halle (Saale)	ja
<b>Schleswig-Holstein</b>	Universitätsbibliothek Kiel	ja
	Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek Kiel	nein
<b>Thüringen</b>	Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena	ja

Ergänzend wurde für Brandenburg mitgeteilt, dass die Sammlung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form kein vorrangiger Sammlungsschwerpunkt ist.<sup>66</sup> In Bremen wird bisher nur das Amtsblatt inkl. Beiblatt sowie das Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen in elektronischer Form gesammelt.<sup>67</sup> In Schleswig-Holstein ist der Erlass zur Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken, in seiner

<sup>66</sup> Vgl. A.4 Fragebogen Brandenburg.

<sup>67</sup> Vgl. A.5 Fragebogen Bremen.

letzten Fassung gültig bis 31. Dezember 2018, bisher nicht verlängert worden. Eine Verlängerung bzw. Neufassung wird derzeit durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur von Schleswig-Holstein geprüft. Geplant ist die rückwirkende Verlängerung ab 01. Januar 2019. Die Universitätsbibliothek Kiel wird dann stellvertretend für die Schleswig-Holsteinischen Pflichtbibliotheken unkörperliche Medienwerke sammeln.<sup>68</sup>

#### 4.1.2 Frage 2: Beginn des elektronischen Sammelns

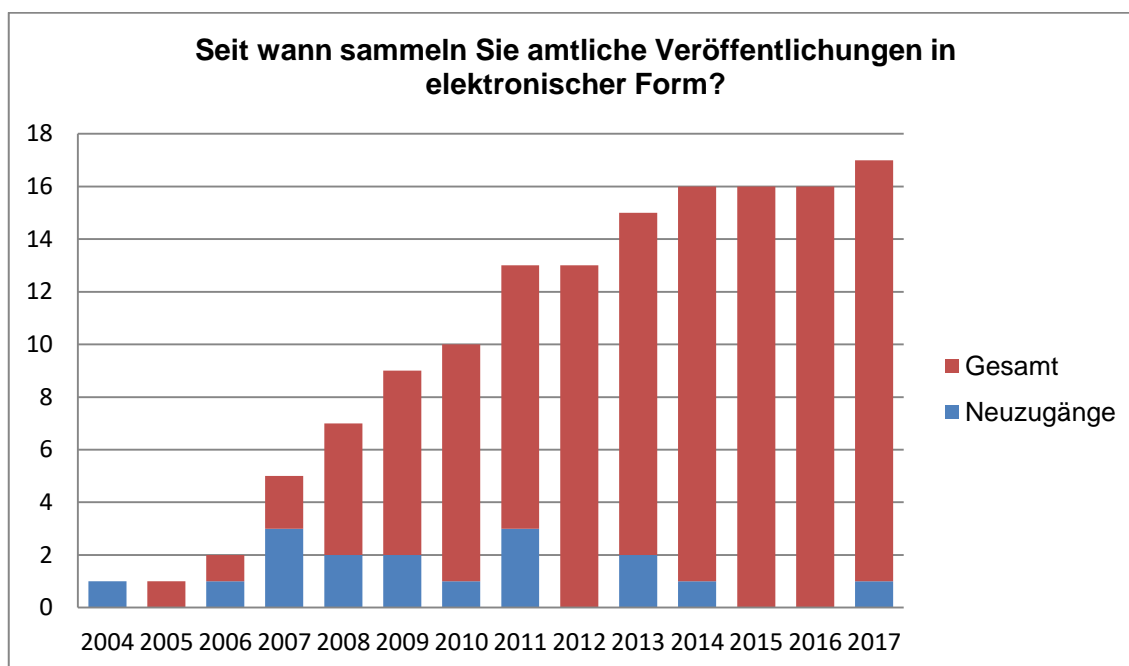


Abbildung 2: Zahl der elektronische ADS sammelnden Einrichtungen von 2004 bis 2017.

Die zeitliche Entwicklung der elektronischen Sammeltätigkeit in Bezug auf amtliche Veröffentlichungen wird in Abbildung 2 dargestellt. Hier sieht man auf einer Zeitachse seit 2004 nicht nur die Gesamtzahl der sammelnden Bibliotheken für jedes Jahr, sondern auch die im jeweiligen Jahr neu hinzugekommenen. Es wird erkennbar, dass nach den ersten Aktivitäten in Rheinland-Pfalz 2004, nur zögerlich weitere Anstrengungen unternommen wurden. Nachdem 2006 die Badische Landesbibliothek in Karlsruhe ebenfalls mit der Sammlung in elektronischer Form begann, stieg die Zahl der elektronische amtliche Veröffentlichungen sammelnden Einrichtungen relativ kontinuierlich an, bis 2014 eine Sättigung einsetzte. Das könnte daran liegen, dass viele Einrichtungen zunächst auf die Erfahrungen der Pioniere gewartet haben, bevor sie die Sammlung elektronischer amtlicher Veröffentlichungen selbst angegangen sind. Die Sättigung kann damit erklärt werden, dass mittlerweile in fast allen Bundesländern

<sup>68</sup> Vgl. A.15 Fragebogen Schleswig-Holstein.

in dieser Form gesammelt wird. Tabelle 2 stellt den Beginn des elektronischen Sammelns nach Einrichtung geordnet chronologisch dar.

Tabelle 2: Beginn des elektronischen Sammelns nach Einrichtung chronologisch geordnet.

2004	Landesbibliothekszenrum Rheinland-Pfalz
2006	Badische Landesbibliothek Karlsruhe
2007	Württembergische Landesbibliothek Stuttgart
2007	Zentral- und Landesbibliothek Berlin
2007	Stadt- und Landesbibliothek Potsdam
2008	Universitäts- und Landesbibliothek Halle (Saale)
2008	Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg
2009	Bayerische Staatsbibliothek München
2009	Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena
2010	Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
2010/11	Universitäts- und Landesbibliothek Bonn
2010/11	Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf
2010/11	Universitäts- und Landesbibliothek Münster
2013	Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek Hannover
2013	Saarländische Universitäts- und Landesbibliothek
2014	Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek Dresden
2017	Universitätsbibliothek Kiel

Ergänzend wurde von der Universitäts- und Landesbibliothek Halle (Saale) mitgeteilt, dass in Sachsen-Anhalt seit 2008 gesammelt wird, vorherige Jahrgänge jedoch zum Teil auf freiwilliger Basis der Verlage bzw. Herausgeber verzeichnet sind.<sup>69</sup> Zusätzliche Hinweise wurden auch von der Universitätsbibliothek Kiel gemacht. In Schleswig-Holstein wird derzeit in einem Projekt ein Verfahren entwickelt und schrittweise eingeführt, um die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form einzufordern und zu archivieren. Bisher gab es dafür noch keine technische Lösung. Dieses Projekt soll bis Ende 2019 abgeschlossen sein, anschließend sollen die Pflichtexemplare rückwirkend zum 28. Juli 2017 gesammelt werden.<sup>70</sup>

<sup>69</sup> Vgl. A.14 Fragebogen Sachsen-Anhalt.

<sup>70</sup> Vgl. A.15 Fragebogen Schleswig-Holstein.

### 4.1.3 Frage 3: Nur elektronisch oder auch gedruckt

Knapp die Hälfte der befragten Bibliotheken hat die Frage, ob zur elektronischen Abgabe auch die gedruckte Publikation verlangt wird, mit „ausschließlich elektronisch“ beantwortet, wobei vier Einrichtungen in seltenen Fällen auch die gedruckte Version verlangen, z.B. falls Passagen in der Online-Version geschwärzt sind oder wenn die gedruckte Ausgabe von der Online-Ausgabe abweicht. Die übrigen acht verlangen grundsätzlich auch die gedruckte Veröffentlichung, falls es eine gibt. Die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam sammelt Statistiken und reine Amtsblätter nur elektronisch, bei anderen Veröffentlichungen auch gedruckt.

Die Bayerische Staatsbibliothek sowie die Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek sammeln bisher sowohl die elektronische als auch die gedruckte Veröffentlichung, gaben jedoch an, dass sie sich in einer Übergangsphase befinden und in Zukunft nur noch elektronisch gesammelt werden soll. Hierdurch soll „beiden Seiten Zeit für die organisatorische und technische Umstellung auf die Verfahren der elektronischen Ablieferung einerseits und der Bearbeitung, Langzeitarchivierung und Bereitstellung andererseits“ gegeben werden.<sup>71</sup> Diese Aussagen und die zunehmende Verbreitung elektronischer Medien und der Aufbau von passender Infrastruktur zur Archivierung lassen vermuten, dass auf lange Sicht eine ausschließlich elektronische Sammlung angestrebt wird.

Tabelle 3 zeigt die Antworten nach Kategorien geordnet. Die Details sowie die Ausnahmen können den Fragebögen im Anhang entnommen werden.

Tabelle 3: Abgabeform der Einrichtungen geordnet nach Kategorien.

ausschließlich elektronisch	Badische Landesbibliothek Karlsruhe Universitäts- und Landesbibliothek Bonn Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf Universitäts- und Landesbibliothek Münster
ausschließlich elektronisch (mit Ausnahmen)	Württembergische Landesbibliothek Stuttgart Staats- und Universitätsbibliothek Bremen Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Saarländische Universitäts- und Landesbibliothek Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena

<sup>71</sup> Vgl. A.2 Fragebogen Bayern.



elektronisch und gedruckt	Zentral- und Landesbibliothek Berlin Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek Hannover Landesbibliothekszenrum Rheinland-Pfalz Universitäts- und Landesbibliothek Halle (Saale)
elektronisch und gedruckt (mit Ausnahmen)	Bayerische Staatsbibliothek München Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek Dresden Universitätsbibliothek Kiel Stadt- und Landesbibliothek Potsdam

#### 4.1.4 Frage 4: Sammelrichtlinien

Die Antworten auf die Frage nach den Sammelrichtlinien (SRL) lassen sich wie folgt zusammenfassen: Für einige Einrichtungen sind die Sammelkriterien in den Verordnungen ausreichend geregelt, andere orientieren sich an den von der UAG Pflicht erarbeiteten SRL. Die UAG Pflicht ist eine Unterarbeitsgruppe der Arbeitsgruppe Regionalbibliotheken, die Auswahlkriterien für das Sammeln von Netzpublikationen im Rahmen des elektronischen Pflichtexemplars erarbeitet hat. Eine Einrichtung wendet die SRL für gedruckte amtliche Veröffentlichung auch für elektronische an. Die meisten der befragten Bibliotheken haben eigene interne Sammelprofile oder institutionelle SRL erstellt. Nur in Bremen gibt es noch keine schriftlich dokumentierten SRL, es wurde jedoch ein Empfehlungskatalog für eine gesetzliche Regelung erarbeitet. Häufig dienen interne Sammelprofile zur Spezifizierung, so können bspw. neben den Kriterien in der Verordnung auch andere Richtlinien in einer Einrichtung Anwendung finden. Hierdurch war eine saubere Kategorisierung und grafische Darstellung nur schwer umsetzbar. Stattdessen können die Antworten nach Bundesländern aufgeschlüsselt der nachfolgenden Tabelle 4 entnommen werden. Im Anschluss finden sich noch einige Details dazu, was in einzelnen Ländern als sammelwürdig erachtet oder explizit ausgeschlossen wird, falls solche Angaben gemacht wurden.

Tabelle 4: Sammelrichtlinien nach Bundesländern geordnet.

Bundesland	Sammelrichtlinie
<b>Baden-Württemberg</b>	Kriterien in der Verordnung geregelt.

<b>Bayern</b>	<p>Für die Sammlung druckähnlicher elektronischer amtlicher Veröffentlichungen: Orientierung an den allgemeinen Sammelrichtlinien für (gedruckte) amtliche Veröffentlichungen.</p> <p>Bei den Websites der Behörden, Einrichtungen und Dienststellen des Freistaats Bayern: Orientierung am Staatshandbuch für Bayern.</p>
<b>Berlin</b>	Kriterien in der Verordnung geregelt.
<b>Brandenburg</b>	Grundlage zum Sammeln sind die gemeinsam in der UAG Pflicht erarbeiteten Sammelrichtlinien für Netzpublikationen sowie institutionell erarbeiteten Erwerbungs- und Sammelrichtlinien der SLB Potsdam.
<b>Bremen</b>	Bisher keine schriftlich dokumentierten Sammelrichtlinien, es existiert jedoch ein Entwurf für einen Empfehlungskatalog für die gesetzliche Regelung des Pflichtexemplarrechts.
<b>Hamburg</b>	Interne SRL, die sich an die der Deutschen Nationalbibliothek anlehnt, aber an etlichen Stellen eine tiefergehende Sammlung vorgibt bzw. Spielräume für Einzelfallentscheidungen vor allem unter landeskundlichem Aspekt ermöglicht.
<b>Niedersachsen</b>	Interne Sammelrichtlinie (formale Kriterien) und Ausnahmeregeln im Erlass.
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Internes Sammelprofil.
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Interne Sammelrichtlinien, die sich an denen aus NRW anlehnen.
<b>Saarland</b>	Kriterien im Saarländischen Mediengesetz geregelt. Websites werden nach einem internen Sammelprofil archiviert.
<b>Sachsen</b>	Internes Sammelprofil.
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Kriterien in der Verordnung geregelt.
<b>Schleswig-Holstein</b>	Allgemeine Sammelrichtlinie der UB Kiel für körperliche Medienformen wird derzeit auch für unkörperliche Medienformen und amtliche Veröffentlichungen

	angewendet.
<b>Thüringen</b>	Orientierung an der Sammelrichtlinie der DNB.

Einige Bibliotheken haben konkrete Angaben zu ihren Sammelrichtlinien gemacht, auf die hier noch etwas näher eingegangen werden soll.

In Baden-Württemberg sind die Amtsdruckschriften der Kommunen und ihrer Körperschaften von der Abgabepflicht ausgenommen.<sup>72</sup>

Für die SLB Potsdam dienen die SRL der UAG Pflicht in erster Linie als Orientierungshilfe. Ausschlaggebend für die Sammlung sind die institutionell erarbeiteten Erwerbs- und Sammelrichtlinien mit Sammelschwerpunkten der internen Pflichtabteilung, sowie eine sehr konkrete, gründliche erarbeitete Vorlage seitens der SLB zur überarbeiteten Pflichtexemplarverordnung.<sup>73</sup>

In Bremen gibt es bisher keine schriftlich dokumentierten Sammelrichtlinien, es existiert jedoch ein Entwurf für einen Empfehlungskatalog für die gesetzliche Regelung des Pflichtexemplarrechts. In diesem Entwurf finden sich Publikationen, die außerhalb des Buchhandels erscheinen (graue Literatur), Amtsdruckschriften und Netzpublikationen der Bremer Behörden und evtl. der Kommunen. Websites werden in absehbarer Zeit nicht gesammelt.<sup>74</sup> Bisher wird nur das Amtsblatt und das Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen gesammelt, ob zukünftig alle Veröffentlichungen von Landeseinrichtungen einbezogen werden, ist noch nicht abzusehen.

In Nordrhein-Westfalen orientieren sich die drei Universitäts- und Landesbibliotheken in Bonn, Düsseldorf und Münster an einem internen Sammelprofil. Danach werden sowohl amtliche Veröffentlichungen im engeren Sinne als auch sonstige Veröffentlichungen, die von Behörden und öffentlichen Einrichtungen aller Ebenen des Landes und der kommunalen Selbstverwaltung (Landschaftsverbände, Kreise, Kommunen) zur Erfüllung ihrer Aufgaben selbst verlegt werden, gesammelt. Zu den amtlichen Veröffentlichungen im engeren Sinn gehören Amtsblätter und amtliche Bekanntmachungen, Rechtssammlungen von Satzungen und Geschäftsordnungen sowie Haushaltspläne und Gebührenordnungen. Gesammelt werden i.d.R. periodische Schriften mit nicht ausschließlich amtlichem Inhalt, sondern zugleich kulturellen oder fachlichen Beiträgen. Zu den sonstigen Veröffentlichungen zählen Verwaltungs-, Geschäfts- und Jahresberichte, Informationsschriften, Öffentlichkeitsarbeitsschriften, Festschriften sowie Vorlesungsverzeichnisse der Hochschulen. Interne Berichte sowie

<sup>72</sup> Vgl. A.1 Fragebogen Baden-Württemberg.

<sup>73</sup> Vgl. A.4 Fragebogen Brandenburg.

<sup>74</sup> Vgl. A.5 Fragebogen Bremen.

Drucksachen für den inneren Dienstgebrauch und Verschlussachen werden nicht gesammelt.<sup>75</sup>

Die internen Sammelrichtlinien des LBZ in Rheinland-Pfalz lehnen sich an die aus Nordrhein-Westfalen an. Es werden ADS mit amtlichem Inhalt von Landesbehörden und –einrichtungen sowie ADS mit nicht ausschließlich amtlichem Inhalt, sofern sie Kulturinformationen, geschichtliche oder fachliche Teile enthalten oder ganz aus ihnen bestehen, gesammelt.<sup>76</sup> Das LBZ sammelt auch Websites, wobei der Sammelschwerpunkt auf den landeskundlich thematischen Websites und den Websites von Ministerien und Landeseinrichtungen liegt.<sup>77</sup>

Im Saarland werden amtliche Veröffentlichungen, wie beispielsweise Gemeindeblätter und Websites, gesammelt. Damit sind die SULB und das LBZ zwei der wenigen Einrichtungen, die teilweise auch kommunale amtliche Veröffentlichungen berücksichtigen. Websites werden seit 2008 archiviert, dabei wird ein selektiver Harvesting-Ansatz verfolgt. Im Fokus stehen Websites ausgewählter Institutionen (z.B. Landesbehörden, Interessenverbänden, Kultureinrichtungen etc.) sowie Websites zu bestimmten Ereignissen und zu bestimmten Themen.<sup>78</sup> Der Sammelschwerpunkt liegt jedoch eher auf der Archivierung von frei zugänglichen Online-Zeitschriften und Monographien.<sup>79</sup>

Nach der internen Sammelrichtlinie für körperliche Medienformen der UB Kiel werden alle Veröffentlichungen, ausgenommen Flyer und Poster von Landtag, Fraktionen des Landtages, Landesregierung, Landesministerien, Landesbehörden, oberen und obersten Gerichten und dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holsteins, gesammelt. Auch die Veröffentlichungen der kommunalen Landesverbände werden archiviert, genau wie die der kreisfreien Städte und Landkreise, diese jedoch nur unter der Einschränkung, dass der Umfang zehn Seiten übersteigt.<sup>80</sup>

#### **4.1.5 Frage 5: Suffizienz rechtlicher Regelung**

Die Frage, ob die bestehenden rechtlichen Regelungen eine hinreichend klare Grundlage für die Sammlung und Archivierung von amtlichen Veröffentlichungen in

---

<sup>75</sup> Vgl. A.10 Fragebogen Nordrhein-Westfalen.

<sup>76</sup> Vgl. A.11 Fragebogen Rheinland-Pfalz.

<sup>77</sup> Vgl. Jendral (2017): edoweb als Webarchiv des Landesbibliotheksentrums Rheinland-Pfalz, S. 520.

<sup>78</sup> Vgl. A.12 Fragebogen Saarland; Dupuis (2017): Webarchivierung an der Saarländischen Universitäts- und Landesbibliothek (SULB), S. 530.

<sup>79</sup> Vgl. Dupuis (2017): Webarchivierung an der Saarländischen Universitäts- und Landesbibliothek (SULB), S. 530.

<sup>80</sup> Vgl. A.15 Fragebogen Schleswig-Holstein.

elektronischer Form sind, wurde von 14 regionalen Bibliotheken bejaht, wie Abbildung 5 zeigt.

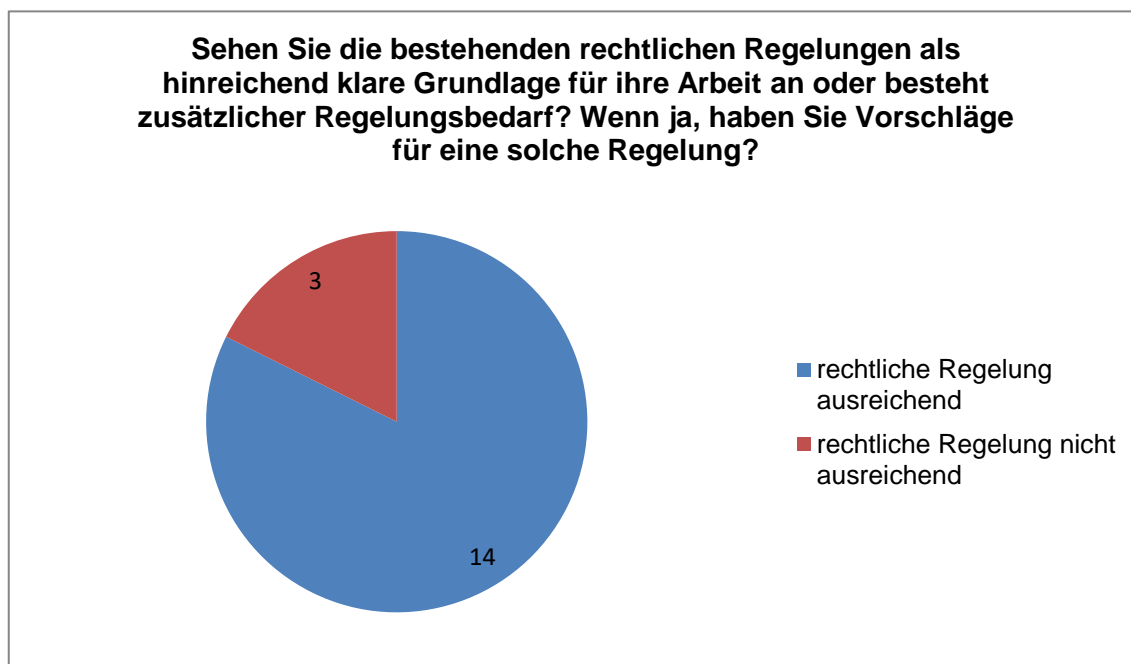


Abbildung 3: Notwendigkeit einer detaillierteren rechtlichen Regelung.

Nur drei Bibliotheken wünschen sich konkretere Regelungen. Die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek wünscht sich eine Konkretisierung wie bei der Nichtablieferung der Publikationen zu verfahren ist.<sup>81</sup> Regelungsbedarf besteht für die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam bei den Begrifflichkeiten und deren Abgrenzung und es wurde geäußert, dass „Empfehlungen/eindeutige Aussagen zur Umsetzung für das Einsammeln hilfreich“ wären.<sup>82</sup> Die Universitätsbibliothek Kiel (UB Kiel) gab an, dass der Erlass zur „Abgabe amtlicher Publikationen an Bibliotheken“ derzeit überarbeitet wird, wobei die UB Kiel auch Anmerkungen und Korrekturwünsche machen durfte. Sollten diese in die Endfassung aufgenommen werden, reicht die rechtliche Regelung für die Sammlung amtlicher Veröffentlichungen aus.<sup>83</sup> Dieser Zustand ist bisher jedoch noch nicht erreicht.

#### 4.1.6 Frage 6: Erwerbungsverfahren elektronische ADS

Um die Antworten auf die Frage nach dem organisatorischen und technischen Erwerbungsverfahren darstellen zu können, wurden Kategorien gebildet und so das

<sup>81</sup> Vgl. A.16 Fragebogen Thüringen.

<sup>82</sup> A.4 Fragebogen Brandenburg.

<sup>83</sup> Vgl. A.15 Fragebogen Schleswig-Holstein.

Ergebnis in Abbildung 6 graphisch dargestellt. Die meisten Einrichtungen verwenden mehrere Methoden.



Abbildung 4: Methoden der Erwerbung. Mehrfachnennungen möglich.

Am weitesten verbreitet ist die aktive Suche nach Veröffentlichungen. Die zweithäufigste Methode ist die regelmäßige Vollständigkeitskontrolle. Hier wird ein Wiedervorlageverfahren angewendet, in dem auch Mahnungen zum Einsatz kommen. Aber auch das selbständige Abliefern durch die Lieferanten spielt eine große Rolle. In Bayern hat sich bereits ein Verfahren zum selbständigen Hochladen der Metadaten und Objekte etabliert. Hier wird den Behörden ein Zugang zum webbasierten Ablieferungsverfahren „Deposit“ ermöglicht. Vier Bibliotheken fordern die Lieferanten zur Ablieferung der Veröffentlichung auf, dabei wird teilweise auch eine Einverständniserklärung für die Open Access Veröffentlichung eingeholt. Nur in einem Fall wird vom Lieferanten aktiv über Neuerscheinungen informiert, die dann von der Bibliothek eingesammelt werden. Tabelle 5 zeigt die Antworten geordnet nach Einrichtungen im Detail.

Tabelle 5: Methoden der Erwerbung geordnet nach Bundesländern in alphabetischer Reihenfolge.

Bundesland	Einrichtung	Kategorien
<b>Baden-Württemberg</b>	Badische Landesbibliothek Karlsruhe	k.A.
	Württembergische Landesbibliothek Stuttgart	<ul style="list-style-type: none"> <li>- aktive Suche nach Veröffentlichung</li> <li>- selbständiges Abliefern durch Lieferanten</li> </ul>
<b>Bayern</b>	Bayerische Staatsbibliothek München	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zugang zu Ablieferungsverfahren ermöglicht</li> <li>- Aufforderung zur Ablieferung der Veröffentlichung (z.T mit Einverständniserklärung)</li> <li>- regelmäßige Vollständigkeitskontrolle mit anschließendem Mahnverfahren</li> </ul>
<b>Berlin</b>	Zentral- und Landesbibliothek Berlin	<ul style="list-style-type: none"> <li>- aktive Suche nach Veröffentlichung</li> </ul>
<b>Brandenburg</b>	Stadt- und Landesbibliothek Potsdam	<ul style="list-style-type: none"> <li>- aktive Suche nach Veröffentlichung</li> <li>- Aufforderung zur Ablieferung der Veröffentlichung (z.T mit Einverständniserklärung)</li> </ul>
<b>Bremen</b>	Staats- und Universitätsbibliothek Bremen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Information durch Lieferanten über neue Veröffentlichung</li> </ul>
<b>Hamburg</b>	Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Aufforderung zur Ablieferung der Veröffentlichung (z.T mit Einverständniserklärung)</li> </ul>
<b>Niedersachsen</b>	Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek Hannover	<ul style="list-style-type: none"> <li>- selbständiges Abliefern durch Lieferanten</li> <li>- regelmäßige Vollständigkeitskontrolle mit anschließendem Mahnverfahren</li> </ul>
<b>Nordrhein-</b>	Universitäts- und	<ul style="list-style-type: none"> <li>- aktive Suche nach Veröffentlichung</li> </ul>

<b>Westfalen</b>	Landesbibliothek Bonn	- regelmäßige Vollständigkeitskontrolle mit anschließendem Mahnverfahren
	Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf	- aktive Suche nach Veröffentlichung - regelmäßige Vollständigkeitskontrolle mit anschließendem Mahnverfahren
	Universitäts- und Landesbibliothek Münster	- aktive Suche nach Veröffentlichung - regelmäßige Vollständigkeitskontrolle mit anschließendem Mahnverfahren
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Landesbibliothekszen- trum	- aktive Suche nach Veröffentlichung - selbständiges Abliefern durch Lieferanten
<b>Saarland</b>	Saarländische Universitäts- und Landesbibliothek	- regelmäßige Vollständigkeitskontrolle mit anschließendem Mahnverfahren
<b>Sachsen</b>	Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek Dresden	- Aufforderung zur Ablieferung der Veröffentlichung (z.T mit Einverständniserklärung)
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Universitäts- und Landesbibliothek Halle (Saale)	- aktive Suche nach Veröffentlichung - regelmäßige Vollständigkeitskontrolle mit anschließendem Mahnverfahren
<b>Schleswig-Holstein</b>	Universitätsbibliothek Kiel	- selbständiges Abliefern durch Lieferanten
<b>Thüringen</b>	Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena	- aktive Suche nach Veröffentlichung - selbständiges Abliefern durch Lieferanten



#### 4.1.7 Frage 7: Ablieferungsform

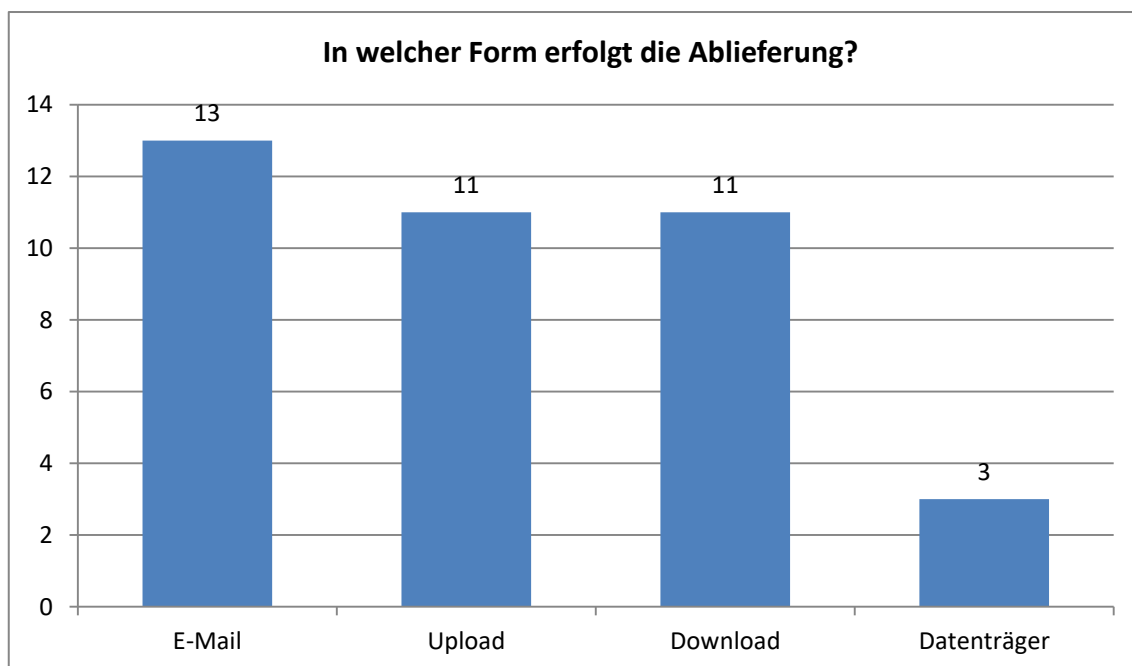


Abbildung 5: Methoden der Ablieferung nach ihrer Häufigkeit. Mehrfachnennungen möglich.

Nach der Form der Ablieferung befragt, gaben - wie Abbildung 5 zeigt - viele Bibliotheken mehrere Verfahren an. Am häufigsten genutzt wird die Ablieferung per E-Mail-Anhang. Danach folgt der Download von der Website des Ablieferers gleichauf mit der Möglichkeit des Uploads durch die Lieferanten. Die Ablieferung per Datenträger wird nur noch selten oder in Ausnahmefällen verwendet. Tabelle 6 zeigt die Antworten der einzelnen Einrichtungen.

Tabelle 6: Ablieferungsmethoden geordnet nach Bundesländern in alphabetischer Reihenfolge.

Bundesland	Einrichtung	Ablieferungsmethoden
<b>Baden-Württemberg</b>	Badische Landesbibliothek Karlsruhe	E-Mail, FTP-Upload, Download von Website
	Württembergische Landesbibliothek Stuttgart	E-Mail, Download von Website
<b>Bayern</b>	Bayerische Staatsbibliothek München	E-Mail, Deposit-Verfahren, Datenträger (in Ausnahmefällen)
<b>Berlin</b>	Zentral- und Landesbibliothek Berlin	Download von Website
<b>Brandenburg</b>	Stadt- und Landesbibliothek	E-Mail, Download von Website,

	Potsdam	Datenträger
<b>Bremen</b>	Staats- und Universitätsbibliothek Bremen	Download von Website
<b>Hamburg</b>	Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg	E-Mail, Upload auf FTP-Server, Abholung von fernen FTP-Servern durch die Stabi, CD-ROM
<b>Niedersachsen</b>	Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek Hannover	E-Mail, Upload durch Lieferanten (Objekt- und Metadaten)
<b>Nordrhein- Westfalen</b>	Universitäts- und Landesbibliothek Bonn	E-Mail, Upload durch Lieferanten im Pflichtportal, Download von Website
	Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf	E-Mail, Upload durch Lieferanten im Pflichtportal, Download von Website
	Universitäts- und Landesbibliothek Münster	E-Mail, Upload durch Lieferanten im Pflichtportal, Download von Website
<b>Rheinland- Pfalz</b>	Landesbibliothekszenrum	E-Mail, Datenträger, Upload-Formular in Vorbereitung, Download von Website
<b>Saarland</b>	Saarländische Universitäts- und Landesbibliothek	E-Mail, Download von Website
<b>Sachsen</b>	Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek Dresden	E-Mail, Webformular
<b>Sachsen- Anhalt</b>	Universitäts- und Landesbibliothek Halle (Saale)	E-Mail, Download von Website
<b>Schleswig- Holstein</b>	Universitätsbibliothek Kiel	Download von Website, E-Pflicht- Ablieferungsportal (zur Zeit nur für Monographien)
<b>Thüringen</b>	Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena	Upload über Web-Formular

#### 4.1.8 Frage 8: Speicherort und Format

Die achte Frage befasste sich mit dem Speicherort und der Form, in der die amtlichen Veröffentlichungen gespeichert werden. Die meisten Veröffentlichungen werden im PDF-Format gespeichert, manchmal auch als EPUB-Dateien. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein kann theoretisch jedes Format bzw. jedes gängige Format hochgeladen und gespeichert werden. Websites werden im WARC-Format<sup>84</sup> gespeichert. Der Speicherort ist durchaus unterschiedlich. Die nachfolgende Tabelle 7 zeigt, dass die Speicherung meist auf zentralen Dokumentenservern erfolgt, welche häufig mit OPUS betrieben werden.

Tabelle 7: Speicherort der amtlichen Veröffentlichungen geordnet nach Bundesländern.

Bundesland	Einrichtung	Speicherort
<b>Baden-Württemberg</b>	Badische Landesbibliothek Karlsruhe	OPUS-Server BSZ (BOA=Baden-Württembergisches Online-Archiv)
	Württembergische Landesbibliothek Stuttgart	OPUS-Server BSZ (BOA=Baden-Württembergisches Online-Archiv)
<b>Bayern</b>	Bayerische Staatsbibliothek München	Digital Asset Management bzw. Preservation-Systeme Rosetta und DigiTool
<b>Berlin</b>	Zentral- und Landesbibliothek Berlin	Digitale Landesbibliothek Berlin (Workflow und Präsentationsoberfläche Goobi)
<b>Brandenburg</b>	Stadt- und Landesbibliothek Potsdam	OPUS-Server VOBV Berlin
<b>Bremen</b>	Staats- und Universitätsbibliothek Bremen	Lieferungsordner im Pflichtverzeichnis
<b>Hamburg</b>	Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg	OPUS-Server, Langzeitarchivierungssystem Rosetta
<b>Niedersachsen</b>	Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek –	Repositorium basierend auf MyCoRe (NOA=Niedersächsisches Online

<sup>84</sup> Das WARC-Format ist ein ISO Standard und steht für Web Archive. Es ermöglicht, alle zu einer archivierten Website gehörenden Dateien, in einer Container-Datei zu speichern.

	Niedersächsische Landesbibliothek Hannover	Archiv)
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Universitäts- und Landesbibliothek Bonn	Digitales Archiv des Landes Nordrhein-Westfalen <sup>85</sup>
	Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf	Digitales Archiv des Landes Nordrhein-Westfalen
	Universitäts- und Landesbibliothek Münster	Digitales Archiv des Landes Nordrhein-Westfalen
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Landesbibliothekszenrum	Archivserver basierend auf FEDORA (edoweb)
<b>Saarland</b>	Saarländische Universitäts- und Landesbibliothek	Repositorium SaarDok (basiert auf der Software SWBcontent)
<b>Sachsen</b>	Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek Dresden	Sächsischer Dokumenten- und Publikationsserver (Qucosa)
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Universitäts- und Landesbibliothek Halle (Saale)	Server des Rechenzentrums der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: ULB Halle
<b>Schleswig-Holstein</b>	Universitätsbibliothek Kiel	Netzwerkspeicher des Rechenzentrums der Universität Kiel
<b>Thüringen</b>	Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena	Zeitschriftenserver (journals@urmel), Digitale Bibliothek Thüringen (DBT)

#### 4.1.9 Frage 9: Durchschnittliche jährliche Sammelmenge

Die Frage nach der durchschnittlichen jährlichen Sammelmenge wurde von acht Bibliotheken beantwortet, allerdings wurden auch von diesen nicht immer zu allen Veröffentlichungsarten Zahlen angegeben. Bei einigen Bibliotheken wird nicht zwischen amtlichen Veröffentlichungen und E-Pflicht unterschieden, in diesen Fällen wurden die Zahlen nicht in die Auswertung miteinbezogen. Die Universitätsbibliothek Kiel befindet sich noch in der Einführungsphase und konnte deshalb keine statistischen Daten liefern. Zu Monografien wurden von fünf Einrichtungen Angaben gemacht,

<sup>85</sup> Vgl. Flachmann (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Nordrhein-Westfalen, S. 631.

während sieben sich zu der Zahl der gesammelten laufenden Zeitschriften äußerten und vier zu den einzelnen Heften. In Tabelle 8 sieht man den Zugang von 2018.

Tabelle 8: Gesammelte amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form nach Einrichtungen und Veröffentlichungsart.

Einrichtung	Monografien	Zeitschriften	Hefte	Websites
Bayerische Staatsbibliothek	ca. 500	ca. 900	ca. 3.600	ca. 175, zweimal jährlich
Zentral- und Landesbibliothek Berlin	282	46		
Stadt- und Landesbibliothek Potsdam	142	237		
Staats- und Universitätsbibliothek Bremen		2	ca. 400 jährlich	
Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek	35	33	mehr als 150	
Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek	222	53		
Universitäts- und Landesbibliothek Halle (Saale)		350	2600	
Zahl der Antworten	5	7	4	1
<b>Gesamt</b>	<b>1181</b>	<b>1621</b>	<b>6750</b>	<b>175</b>
Durchschnittswert	236	232	1688	175

Zahlen zur durchschnittlichen jährlichen Sammelmenge von Websites konnten nur von der Bayerischen Staatsbibliothek zur Verfügung gestellt werden, die ca. 175 Websites zweimal jährlich sammelt. Websites werden jedoch auch in vier weiteren Bundesländern gesammelt. Begonnen hat die Webarchivierung in Rheinland-Pfalz. Dort werden seit 2004 Websites über Rheinland-Pfalz und Websites von

Landesinstitutionen gesammelt.<sup>86</sup> In Baden-Württemberg wird die Webarchivierung kooperativ von den Landesbibliotheken in Karlsruhe und Stuttgart und dem Landesarchiv wahrgenommen. Dabei sammeln die Landesbibliotheken vor allem einzelne Websites zu landeskundlichen Themen, während das Landesarchiv die laufende Archivierung der Websites von Behörden, Gerichten und Firmen, die mehrheitlich dem Land gehören, übernimmt.<sup>87</sup> An der Saarländischen Universitäts- und Landesbibliothek werden seit 2008 Websites archiviert, dafür wird das Repositorium SaarDok genutzt.<sup>88</sup> Im Jahr 2010 begann an der Bayerischen Staatsbibliothek die Sammlung und Archivierung landeskundlich und wissenschaftlich relevanter Websites. Dazu gehören Websites von Ministerien, Behörden und Dienststellen des Freistaates, die möglichst vollständig gesammelt werden.<sup>89</sup> Seit 2015 sammelt auch die Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Websites Hamburger Institutionen bzw. zu regional relevanten Themen.<sup>90</sup>

#### **4.1.10 Frage 10: Personalaufwand**

Die Frage nach den mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befassten Mitarbeitern wurde nur von sieben Bibliotheken beantwortet. Bei diesen werden durchschnittlich 0,5 VZÄ darauf verwendet, wobei der Personaleinsatz zwischen 0,05 und 1,6 VZÄ variiert. Der betriebene Personalaufwand schwankt damit recht stark.

## **4.2 Ergebnis**

In diesem Kapitel wird erörtert, inwiefern die ausgefüllten Fragebögen geholfen haben, die Forschungsfrage zu beantworten. Hierzu soll zu jeder Frage kurz erläutert werden, ob die gewünschten Informationen in ausreichendem Umfang übermittelt wurden, diese werden dann zusammengefasst und interpretiert. In den Fällen, in denen die Qualität der Antworten nicht den Erwartungen entsprach, könnte das daran gelegen haben, dass die Fragen zu unpräzise waren, die Beantwortung nicht mit ausreichender

<sup>86</sup> Vgl. Jendral (2017): edoweb als Webarchiv des Landesbibliotheksentrums Rheinland-Pfalz, S. 519.

<sup>87</sup> Vgl. Geisler/Dannehl/Kettel/Wolf (2017): Zum Stand der Webarchivierung in Baden-Württemberg, S. 482.

<sup>88</sup> Vgl. Dupuis (2017): Web-Archivierung an der Saarländischen Universitäts- und Landesbibliothek (SULB), S. 529.

<sup>89</sup> Vgl. Beinert (2017): Webarchivierung an der Bayerischen Staatsbibliothek, S. 492.

<sup>90</sup> Vgl. Hagenah (2017): Webarchivierung in der SUB Hamburg: kleine Schritte in der Region – Bausteine zu einem größeren Ganzen?, S. 500.

Sorgfalt durchgeführt wurde, oder die gewünschten Daten schlicht nicht verfügbar waren. Natürlich sind auch Kombinationen der Ursachen nicht auszuschließen.

Die erste Frage des Fragebogens (Sammlung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form) war vergleichsweise simpel, weshalb es nicht verwundert, dass die Antworten sehr eindeutig waren und im Grunde den Erwartungen entsprachen. Es hat sich gezeigt, dass mittlerweile in fast jedem Bundesland auch elektronisch gesammelt wird. Einzige Ausnahme ist Mecklenburg-Vorpommern, wo sich das elektronische Landesarchiv derzeit noch im Aufbau befindet und Hessen, wo die HeBIS-Verbundzentrale zukünftig ebenfalls amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form sammeln wird. Es ist daher davon auszugehen, dass die Sammlung schon bald flächendeckend erfolgen wird.

Bezieht man das Ergebnis der zweiten Frage (Beginn des elektronischen Sammelns) in diese Aussage mit ein, zeigt sich, dass von der ersten Aktivität in diesem Bereich bis zur vollständigen Verbreitung ca. 15 bis 20 Jahre vergangen sein werden. Diese lange Zeitspanne hat einerseits sicher mit dem Föderalismus in Deutschland zu tun und ist andererseits der Tatsache geschuldet, dass man den neuen Technologien zur elektronischen Langzeitarchivierung zunächst skeptisch gegenüberstand. Insbesondere dürfte das Risiko von irreparablen Datenverlusten aufgrund technischer Ausfälle für die Zurückhaltung der Verantwortlichen mit ursächlich sein. Da einzelne Einrichtungen versuchen auch noch rückwirkend zu sammeln, werden zukünftig amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form ab den 2010er Jahren umfänglich verfügbar sein.

Zweifel an der Zuverlässigkeit der Speichertechnologie spielen sicher auch bei Frage 3 (nur elektronisch oder auch gedruckt) eine Rolle. Diese könnten der Grund dafür sein, dass von den Einrichtungen teilweise auch noch die gedruckten Veröffentlichungen verlangt werden. Bisher wird die Sammlung der Printmedien nur in vier der befragten Bibliotheken vollständig durch die elektronische Sammeltätigkeit ersetzt. Falls auch eine gedruckte Version veröffentlicht ist, wird diese häufig zusätzlich angefordert. Grundsätzlich gibt es in den meisten Einrichtungen Ausnahmeregelungen, wenn die Online-Ausgabe nicht mit der gedruckten Version übereinstimmt. Durch mangelnde Priorisierung bei der Sammlung von gedruckten und elektronischen Formen könnte auch eine Konkurrenz um Ressourcen entstehen. Eine klare Entscheidung für die elektronische Sammlung könnte den Ressourcenverbrauch reduzieren, wobei zu beachten ist, dass die damit befassten Mitarbeiter entsprechend geschult werden müssen.

Bei der Frage nach den Sammelrichtlinien haben sich Probleme mit der Befragungsmethode gezeigt. Die Fragestellung ließ zu viel Spielraum bei der Beantwortung, wodurch Antworten in unterschiedlicher Form und Umfang gegeben wurden. Dies machte die Auswertung aufwendiger, da teilweise nur auf den Erlass mit den darin genannten Ausnahmen verwiesen wurde und nur wenige explizit benannt haben, welche Art amtlicher Publikationen sie tatsächlich elektronisch sammeln. Um die Angaben besser vergleichen zu können, wäre es notwendig gewesen, im Fragebogen eine Liste von Dokumenten zu erstellen und abzufragen, ob diese gesammelt werden.

Für viele Einrichtungen reichen die in den Verordnungen genannten Kriterien als Sammelrichtlinie aus. Manche geben sich interne, detaillierte Regelungen, die aber nicht alle vorgelegt wurden. Was nicht gesammelt werden soll, ist jedoch klar geregelt, da sich viele Verordnungen am KMK-Mustererlass orientieren. Es werden keine Veröffentlichungen, die zur Information von Presse, Rundfunk und Fernsehen bestimmt sind, gesammelt und auch Informationsmaterialien geringen Umfangs und von zeitlich begrenzter Geltungsdauer sind von der Abgabepflicht ausgenommen, genau wie die wissenschaftlichen Veröffentlichungen der oder aus den Hochschulen. In manchen Verordnungen sind entsprechend der Erklärung der KMK zum Mustererlass auch Verschlussachen, ausschließlich für den internen Dienstgebrauch bestimmte Drucksachen, Formblätter und Vordrucke von der Abgabe ausgenommen. Als größte Gemeinsamkeit hat sich somit, wenig verwunderlich, der Mustererlass der KMK gezeigt. Bezüglich der Sammlung von Websites war der Datenpool zu gering, um verlässliche Aussagen zu treffen.

Die Antworten zu Frage 5 (Suffizienz rechtlicher Regelung) waren dagegen sehr eindeutig. Außer drei der befragten Bibliotheken gaben alle an, dass die bestehenden rechtlichen Regelungen eine hinreichend klare Grundlage für die Arbeit mit amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form sind. In den Fällen, in denen die Regelung als nicht ausreichend beschrieben wurden, wurden Empfehlungen zur Umsetzung für das Sammeln, eine klarere Abgrenzung der Begrifflichkeiten sowie eine Handhabe bei Versäumnissen der Ablieferer gewünscht.

Viele Einrichtungen gehen mit einem relativ großen Aufwand aktiv auf die Suche nach amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form und richten, vor allem bei periodisch erscheinenden Schriften, oftmals eine regelmäßige Vollständigkeitskontrolle mit anschließendem Mahnverfahren ein. Es gibt aber auch Bundesländer, in denen nach erstmaliger Aufforderung eine selbständige Ablieferung stattfindet. Wie zuverlässig diese erfolgt, kann natürlich nur gesagt werden, wenn aktiv nach neuen



Veröffentlichungen gesucht wird. Teilweise wird von Seiten der Ablieferer über neue Veröffentlichungen informiert, was eine aufwändige Suche überflüssig macht.

Die Frage nach der Form der Ablieferung wurde eindeutig und entsprechend der Erwartungen beantwortet. So wird derzeit noch in den meisten Fällen als Anhang per E-Mail abgeliefert, aber auch der automatische Upload durch die Lieferanten wird häufig angeboten. Die Suche und der Download von Veröffentlichung durch Mitarbeiter sind ebenfalls weit verbreitet, wobei hier der Aufwand von Seiten der Bibliothek verhältnismäßig groß ist. Die Ablieferung von Datenträgern wird von wenigen Einrichtungen immer noch akzeptiert, sollte aber in den kommenden Jahren nicht mehr stattfinden.

Auch wenn die HeBIS-Verbundzentrale in Hessen in der Auswertung eigentlich nicht weiter berücksichtigt wurde, da sie bisher noch keine amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form sammelt, soll hier kurz auf das von ihnen verwendete Verfahren für die elektronischen Dokumente eingegangen werden. Neben einem Webformular bietet sie auch ein sog. Hotfolder-Verfahren an, bei dem die Ablieferer ein Datenpaket aus den jeweiligen Dokumenten sowie den zugehörigen Metadaten abliefern können. Hierdurch ist es möglich, große Mengen von Titeln auf einmal abzuliefern.<sup>91</sup>

Wie die Ablieferung erfolgt auch die Speicherung hauptsächlich im PDF-Format. Zwei Einrichtungen gaben bei der achten Frage an, dass jedes gängige Format akzeptiert wird. Websites werden im WARC-Format gespeichert. Der Speicherort der amtlichen Veröffentlichungen ist meist ein, mit OPUS betriebener, zentraler Dokumentenserver. Seltener wird Software wie FEDORA, MyCoRe oder Rosetta verwendet. Häufig teilen sich die Einrichtungen die Dokumentenserver mit den Hochschulen des Landes. Nur in einem Fall wird ein hausinterner Speicherort verwendet. Bei den für die Speicherung verwendeten Systemen herrscht zwar eine gewisse Diversität, das ist aber bei Nutzung von Open Source Software nicht ungewöhnlich und so kann unkompliziert auf die lokalen Bedürfnisse eingegangen werden.

Bei der vorletzten Frage, die sich mit der durchschnittlichen jährlichen Sammelmenge befasst, waren die Antworten spärlich. Dies lag zum einen daran, dass keine Daten verfügbar waren, weil beispielsweise nicht zwischen elektronischem Pflichtexemplar und amtlichen Veröffentlichungen unterschieden wurde. Zum anderen weil mancherorts die Sammlung noch nicht lange genug vollzogen wird, um nennenswerte Zahlen zu liefern. Aus den erhaltenen Daten ließ sich herauslesen, dass vor allem periodische Schriften gesammelt und archiviert werden, daneben auch Monographien

---

<sup>91</sup> Vgl. A.7 Fragebogen Hessen.

und Websites, wobei bei letzteren nur von einer Einrichtung Daten mitgeteilt wurden. Eine detaillierte Prognose war aufgrund der Antworten leider nicht möglich.

Auch bei der letzten Frage (Personalaufwand) fiel die Zahl der Antworten gering aus. Der Aufwand war für die Einrichtungen oft schwer zu evaluieren, da Mitarbeiter aus verschiedenen Bereichen mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung befasst sind und bei der Arbeitszeit der Mitarbeiter nicht klar zwischen elektronischem Pflichtexemplar und amtlichen Veröffentlichungen differenziert wird. Zusammen mit dem spärlichen Ergebnis von Frage 9 ließ sich keine Aussage über die Effizienz treffen. In Anbetracht der Tatsache, dass es sich um einen relativ neuen Bereich der Sammeltätigkeit in Bibliotheken handelt und der immer größeren Anzahl an amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form, wäre hier ein Wert zwischen mindestens 0,5 und 1 VZÄ sicherlich empfehlenswert.

Insgesamt hat das Ergebnis der Umfrage die Erwartungen nicht in allen Punkten erfüllt. Für die Erhebung mancher Daten wäre eine andere Befragungsform sicher hilfreich gewesen, wobei durch den zeitlichen Rahmen dieser Arbeit auch Grenzen gesetzt waren. Nichtsdestotrotz konnte ein guter Überblick über den aktuellen Stand der Aktivität im untersuchten Bereich gewonnen werden.

## 5 Fazit

Das digitale Zeitalter stellt Pflichtexemplarbibliotheken in besonderem Maße vor Herausforderungen. Zwar stagniert die Anzahl zu sammelnder Printmedien oder ist gar rückläufig, die Zahl der Netzpublikationen nimmt jedoch stetig zu. Die Sichtung und Archivierung dieser neuen Medien ist allerdings kaum mit der klassischen bibliothekarischen Arbeit zu vergleichen. Vor allem die unüberschaubare Informationsflut der digitalen Medien stellt die Einrichtungen vor neue Herausforderungen. In den Einrichtungen muss in großem Stil IT-Kompetenz geschaffen werden. Mitarbeiter müssen geschult, neue Fachkräfte eingestellt und eine geeignete IT-Infrastruktur aufgebaut werden. Trotz allem birgt die neue Technik großes Potential. So ermöglicht sie verbesserte Recherchemethoden, schnellen Datenzugriff und platzsparende Archivierung.

Das alles trifft auch auf den Bereich der amtlichen Veröffentlichungen zu, die immer häufiger ausschließlich elektronisch veröffentlicht werden. Als großes Problem stellt sich hierbei die Bewertung der Veröffentlichungen bezüglich ihrer Sammelwürdigkeit dar. Zwar ist in den entsprechenden Verordnungen in Grundzügen festgelegt, was zu sammeln ist, das konkrete Vorgehen muss aber in internen Richtlinien geregelt werden. Problematisch ist auch, dass sich die herkömmlichen, überwiegend formal bestimmten, Auswahlregeln auf die Sammlung von Netzpublikationen nicht ohne weiteres anwenden lassen. Viele Fälle sind umstritten. So wirkt die Empfehlung, nichts zu sammeln, dessen Umfang weniger als zehn Seiten beträgt, willkürlich und auch der Umstand, dass amtliche Publikationen der kommunalen Ebene häufig von der Sammlung ausgeschlossen sind, dient wohl eher der Aufwandsreduzierung, als dass es eine Bewertung dieser Veröffentlichungen wäre. Gleichwohl bleibt die Sammlung von Websites bis heute umstritten, wobei auch hier wahrscheinlich in erster Linie die schiere Menge und die Schnelllebigkeit der Publikationen das Problem sind. Bezüglich der Notwendigkeit, amtliche Veröffentlichungen für die Nachwelt zu erhalten, herrscht bei alledem Einigkeit. So wird in der *Lyon Declaration on Access to Information and Development* aus dem Jahr 2014 „die Bedeutung des Zugangs der Bürger zu den amtlichen Publikationen als wesentliche Voraussetzung für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung formuliert.“<sup>92</sup> Das erklärt auch, warum mittlerweile an fast allen Pflichtexemplarbibliotheken in Deutschland amtliche Veröffentlichungen in

---

<sup>92</sup> Vgl. hierzu das Statement der GIOPS (o.J.): Access to Government Information in the Post 2015 [elektronische Quelle].

elektronischer Form gesammelt werden. Hierbei ist es auch nicht verwunderlich, dass bisher Vieles von der Sammlung ausgeschlossen ist, da die notwendige Infrastruktur sowie die Fähigkeiten zu ihrer Nutzung nicht von heute auf Morgen aufzubauen sind. Mit den richtigen Investitionen können sich Pflichtexemplarbibliotheken jedoch als Kompetenzzentren für Medien und Informationsdienstleistungen behaupten und ihren Einfluss möglicherweise sogar vergrößern.

Die Forschungsfrage konnte im Rahmen dieser Arbeit grundsätzlich beantwortet werden. Die Erhebungsmethode per Fragebogen hat sich als geeignet erwiesen, um die gewünschten Informationen zu erheben. Es hätten jedoch auch einige Punkte verbessert werden können. Beispielsweise wäre in einigen Fragen eine Liste von Antworten vorzugeben gewesen, um vergleichbare und eindeutige Ergebnisse zu erhalten. Trotzdem hat die durchgeführte Umfrage geholfen, ein detailliertes Bild vom aktuellen Stand im Bereich der amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form zu bekommen. Zwar sind die Unterschiede bezüglich der Sammelaktivität zwischen den Einrichtungen noch recht groß, aber es hat sich gezeigt, dass das Thema überall auf der Agenda steht. So herrschte grundsätzlich großes Interesse an dem Ergebnis dieser Untersuchung und es gab fast durchweg positive Resonanz auf die Umfrage. Leider wurden zu wenige Daten übermittelt, um eine aussagekräftige Statistik zu den deutschlandweit elektronisch gesammelten amtlichen Veröffentlichungen auszuarbeiten. Es wäre sicher interessant eine solche Erhebung in einigen Jahren zu wiederholen und diese dann mit den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit zu vergleichen. Überraschend war, dass die meisten Einrichtungen die gesetzlichen Regelungen als ausreichend und praktikabel ansehen.

Um eine umfassende Erschließung zu sichern, sollte eine engere Zusammenarbeit mit anderen Institutionen des kulturellen Gedächtnisses, wie Museen und Archiven, angestrebt werden. Damit zum Beispiel Veröffentlichungen kommunaler Körperschaften auf lange Sicht nicht mehr außen vor bleiben, müsste der Sammelauftrag entsprechend angepasst und auf kommunale Archive ausweitert werden. Dies könnte jedoch kleine Kommunen vor Schwierigkeiten stellen, die zwar zur Archivierung verpflichtet, aber möglicherweise mit dem Aufbau einer Infrastruktur überfordert sind. Besonders hier wären die regionalen Pflichtexemplarbibliotheken mit ihrer Kompetenz und bestehenden Infrastruktur ein geeigneter Partner. Ein großer Vorteil der elektronischen Sammlung ist, dass die Arbeit leicht dezentralisiert werden kann. Falls Bibliotheken die neuen Aufgaben nicht leisten können und deshalb der Bereich des digitalen Gedächtnisses privaten Organisationen überlassen werden müsste, sollte über die Gründung einer speziellen Gedächtnisinstitution für die

---

Netzwelt nachgedacht werden. Die Entwicklung der nächsten Jahre wird sicher eine große Dynamik aufweisen.

## Anhang A:

### A.1 Baden-Württemberg

Fragebogen Badische Landesbibliothek

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: ja

Frage 2: Seit wann sammeln Sie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form?

Antwort: seit 2006

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Antwort: ausschließlich elektronisch

Kommentar: Dies ist in der Anordnung der Landesregierung über die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken in Baden-Württemberg so geregelt.

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: Sammelrichtlinien sind nur für das Pflichtexemplar relevant. Für die Amtsdruckschriften sind die Kriterien bereits in der Verordnung geregelt. Nicht zu sammeln sind: Veröffentlichungen, die lediglich zur Information von Presse, Rundfunk und Fernsehen bestimmt sind, Informationsmaterialien geringen Umfangs und von zeitlich begrenzter Geltungsdauer, sämtliche Amtsdruckschriften der Kommunen und ihrer Körperschaften und wissenschaftliche Veröffentlichungen der Hochschulen (letztere fallen unter das Pflichtexemplar).

Frage 5: Sehen Sie die bestehenden rechtlichen Regelungen als hinreichend klare Grundlage für ihre Arbeit an oder besteht zusätzlicher Regelungsbedarf? Wenn ja, haben Sie Vorschläge für eine solche Regelung?

Antwort: ja

Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsprozess für elektronische Amtsdruckschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Antwort: keine Angabe

Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Antwort: Als E-Mail-Anhang, FTP-Upload oder als Download vom Netz des Anbieters (jeweils in Absprache mit dem Ablieferer).

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Antwort: Auf einem OPUS-Server beim BSZ im pdf-Format.

Frage 9: Falls es schon statistische Daten gibt, wie viele amtliche Veröffentlichungen werden in elektronischer Form durchschnittlich pro Jahr gesammelt? Bitte unterscheiden Sie, falls möglich, nach Monografien, Zeitschriften, einzelnen Heften und evtl. Websites.

Antwort: Keine Angabe statistischer Zahlen. Es wird dokumentbasiert gesammelt, d.h. es werden im Rahmen der Anordnung der Landesregierung über die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken in Baden-Württemberg keine Websites gespeichert.

Frage 10: Wie viele Mitarbeiter sind mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befasst? Bitte rechnen Sie den Personaleinsatz in Vollzeitäquivalente (VZÄ) um, d.h. bilden Sie die Summe der von allen damit befassten Mitarbeitern in diesem Bereich durchschnittlich geleisteten Wochenstunden und teilen Sie diese durch die übliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeitkraft.

Antwort: keine Angabe

Fragebogen Württembergische Landesbibliothek

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: ja

Frage 2: Seit wann sammeln Sie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form?

Antwort: 2007

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Antwort: ausschließlich elektronisch – nur in ganz wenigen Ausnahmen wird die Print-Version zusätzlich zur Online-Version gesammelt

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: Entsprechend der Anordnung werden amtliche Publikationen von Landeseinrichtungen gesammelt. Amtliche Publikationen der kommunalen Ebene werden nicht gesammelt.

Nicht gesammelt werden: „Informationsmaterialien geringen Umfangs und von zeitlich begrenzter Geltungsdauer“: Flyer, Newsletter

Frage 5: Sehen Sie die bestehenden rechtlichen Regelungen als hinreichend klare Grundlage für ihre Arbeit an oder besteht zusätzlicher Regelungsbedarf? Wenn ja, haben Sie Vorschläge für eine solche Regelung?

Antwort: Bestehende rechtliche Regelung reicht aus.

Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsverfahren für elektronische Amtsdruckschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Antwort: Sowohl als auch.

Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Antwort: Teilweise E-Mail, größtenteils Download von Website der ablieferungspflichtigen Institution

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Antwort: Wo: OPUS-Installation (Baden-Württembergisches Online-Archiv), Format: PDF

Frage 9: Falls es schon statistische Daten gibt, wie viele amtliche Veröffentlichungen werden in elektronischer Form durchschnittlich pro Jahr gesammelt? Bitte unterscheiden Sie, falls möglich, nach Monografien, Zeitschriften, einzelnen Heften und evtl. Websites.

Antwort: Es werden keine amtlichen Websites gesammelt

Frage 10: Wie viele Mitarbeiter sind mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befasst? Bitte rechnen Sie den Personaleinsatz in Vollzeitäquivalente (VZÄ) um, d.h. bilden Sie die Summe der von allen damit befassten Mitarbeitern in diesem Bereich durchschnittlich geleisteten Wochenstunden und teilen Sie diese durch die übliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeitskraft.

Antwort:



## A.2 Bayern

Fragebogen Bayerische Staatsbibliothek

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: ja

Frage 2: Seit wann sammeln Sie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form?

Antwort: Seit Inkrafttreten des überarbeiteten Erlasses für die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken am 1.1.2009, vgl. [Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 2. Dezember 2008 \(Az.: B II 2-480-30\)](https://www.verkuendung-bayern.de/files/kwmbbl/2009/01/kwmbbl-2009-01.pdf#page=27) unter <https://www.verkuendung-bayern.de/files/kwmbbl/2009/01/kwmbbl-2009-01.pdf#page=27>

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Antwort: elektronisch und gedruckt - Die parallele Sammlung ist für eine Übergangszeit geplant, um beiden Seiten Zeit für die organisatorische und technische Umstellung auf die Verfahren der elektronischen Ablieferung einerseits und der Bearbeitung, Langzeitarchivierung und Bereitstellung andererseits zu geben.

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: Für die Sammlung druckähnlicher elektronischer amtlicher Veröffentlichungen (e-books, e-journals) orientieren wir uns an den allg. Sammelrichtlinien für (gedruckte) amtliche Veröffentlichungen.

Bei den Websites der Behörden, Einrichtungen und Dienststellen des Freistaats Bayern orientieren wir uns an dem Staatshandbuch für Bayern.

Frage 5: Sehen Sie die bestehenden rechtlichen Regelungen als hinreichend klare Grundlage für ihre Arbeit an oder besteht zusätzlicher Regelungsbedarf? Wenn ja, haben Sie Vorschläge für eine solche Regelung?

Antwort: Ja, die AD-Regelung als solche ist ausreichend, da die Pflichten und Rechte der nehmenden Bibliothek klar benannt sind. Vgl. §2.4, (3) 3 Mit der Abgabe in elektronischer Form räumt die abgebende Stelle der sammelnden Bibliothek das Recht ein, die Daten zu speichern, zu vervielfältigen und zu verändern, soweit dies zur dauerhaften Archivierung notwendig ist. 4 Ebenso wird das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung eingeräumt, sofern der Herausgeber dies nicht ausdrücklich einschränkt oder untersagt.

Problematisch ist allerdings nach wie vor das Urheberrecht, vor allem die Bildrechte, auf der Seite der Ablieferer.

Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsprozess für elektronische Amtsdrukschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Antwort: Die Behörden, Einrichtungen und Dienststellen des Freistaats Bayern werden mit einem Anschreiben zur regelmäßigen Ablieferung ihrer druckähnlichen amtlichen Veröffentlichungen aufgefordert bzw. sie werden über die beabsichtigte Websitearchivierung informiert, ihnen wird eine Frist für Widerspruch eingeräumt. Den Behörden wird ein Zugang zum webbasierten Ablieferungsverfahren „Deposit“ ermöglicht, über das sie selbstständig Metadaten und Objekte hochladen können, die dann in der Bibliothek geprüft, angenommen, katalogisiert, langzeitarchiviert und für Endnutzer bereitgestellt werden.

Für die Websites erfolgt eine Sammlung durch die Bibliothek mithilfe des WebCuratorTools / Heritrix.

Da Vollständigkeit angestrebt wird, erfolgt in regelmäßigen Abständen eine Vollständigkeitskontrolle, die in Erinnerungsschreiben an die Behörden mündet. Insgesamt erfolgt auch eine Kontrolle der abliefernden Stellen, insbesondere nach Regierungswechseln, Bildung neuer Ministerien, Behörden u.a. Einrichtungen. Zur Orientierung wird das Staatshandbuch Bayern herangezogen.

Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Antwort: für monografische Veröffentlichungen im Wesentlichen über das Deposit-Verfahren (s.o.). Für Zeitschriften wird von vielen Stellen auch der Email-Versand des PDFs (über einen Verteiler) genutzt, in Ausnahmefällen erreichen uns Datenträger. Für Websites erfolgt die Ablieferung über „Bereitstellung des unentgeltlichen Zugriffs auf Speichermedien“, d.h. die Bibliothek harvestet die Websites, eine aktive Ablieferung durch die Behörden ist hier nicht notwendig.

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Antwort: Die Speicherung druckähnlicher Veröffentlichungen erfolgt ausschließlich im PDF-Format, Websites im WARC-Format.

Die Langzeitarchivierung und Bereitstellung erfolgen über die Digital Asset Management bzw. Preservation-Systeme Rosetta und DigiTool.

Frage 9: Falls es schon statistische Daten gibt, wie viele amtliche Veröffentlichungen werden in elektronischer Form durchschnittlich pro Jahr gesammelt? Bitte unterscheiden Sie, falls möglich, nach Monografien, Zeitschriften, einzelnen Heften und evtl. Websites.

Antwort: ca. 500 Monografien, ca. 900 laufende Titel, ca. 3600 einzelne Hefte (grob geschätzt), ca. 175 Websites, zweimal jährlich

Frage 10: Wie viele Mitarbeiter sind mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befasst? Bitte rechnen Sie den Personaleinsatz in Vollzeitäquivalente (VZÄ) um, d.h. bilden Sie die Summe der von allen damit befassten Mitarbeitern in diesem Bereich durchschnittlich geleisteten Wochenstunden und teilen Sie diese durch die übliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeitkraft.

Antwort: Die Ermittlung von VZÄ ist leider nicht möglich. Unterschiedliche Rollen:

- 
- a.) bibliothekarische Aufgaben: Kontakte mit Ablieferern, Support bei der Ablieferung, Kontrolle, Erschließung, Langzeitarchivierung, Bereitstellung Webarchivierung und Qualitätskontrolle der Zeitschnitte, Erschließung, Langzeitarchivierung, Bereitstellung
  - b.) technische Aufgaben: Konfiguration, Wartung und Pflege der LZA-Systeme, Deposit, WebCuratorTool
  - c.) organisatorische Aufgaben: Konzeption der abteilungsübergreifenden Geschäftsgänge und Workflows

Anmerkung: Weitere Informationen finden Sie auch unter <https://www.babs-muenchen.de/index.html?c=netzpublikationen&scontent=allgemeines&l>

### A.3 Berlin

Fragebogen Zentral- und Landesbibliothek

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: ja

Frage 2: Seit wann sammeln Sie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form?

Antwort: 2007

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Antwort: elektronisch und gedruckt

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: VO, s. Scan

Frage 5: Sehen Sie die bestehenden rechtlichen Regelungen als hinreichend klare Grundlage für ihre Arbeit an oder besteht zusätzlicher Regelungsbedarf? Wenn ja, haben Sie Vorschläge für eine solche Regelung?

Antwort: klare Grundlage

Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsverfahren für elektronische Amtsdruckschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Antwort: aktive Internetrecherche durch Mitarbeiter\*in

Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Antwort: nach erfolgreicher Recherche Upload durch Mitarbeiter\*in

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Antwort: Digitale Landesbibliothek Berlin (Workflow- und Präsentationsoberfläche Goobi)

Frage 9: Falls es schon statistische Daten gibt, wie viele amtliche Veröffentlichungen werden in elektronischer Form durchschnittlich pro Jahr gesammelt? Bitte unterscheiden Sie, falls möglich, nach Monografien, Zeitschriften, einzelnen Heften und evtl. Websites.

Antwort: Monografien: 2016: 271, 2017: 496, 2018: 282

Zeitschriften: 2016: 36, 2017: 27, 2018: 46 (keine Trennung zwischen Zeitschriften und zeitschriftenartigen Reihen möglich)

Websites: keine

Frage 10: Wie viele Mitarbeiter sind mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befasst? Bitte rechnen Sie den Personaleinsatz in Vollzeitäquivalente (VZÄ) um, d.h. bilden Sie die Summe der von allen damit befassten Mitarbeitern in diesem Bereich durchschnittlich geleisteten Wochenstunden und teilen Sie diese durch die übliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeilkraft.

Antwort: 0,1 VZÄ

## A.4 Brandenburg

Fragebogen Stadt- und Landesbibliothek Potsdam

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: ja – Dies ist allerdings kein vordergründiger Sammlungsschwerpunkt; ohne Mahnaktivitäten; nur mittels jährlicher Anschreiben / Erinnerungen!

Für die Landeshauptstadt Potsdam läuft im Rahmen der Zusammenarbeit ein Projekt für eine beispielhafte Sammlung von amtlichen Veröffentlichungen einer Gemeinde.

Frage 2: Seit wann sammeln Sie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form?

Antwort: seit 2007 – immer nach Kapazität

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Antwort: Sowohl als auch! Ausschließlich elektronisch nur die Statistiken des Landesamtes für Statistik und reine Amtsblätter! Generell beansprucht die SLB Potsdam das Recht auf beide Ausgabeformen und die Entscheidung über die zu archivierende Ausgabeform.

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: Schriftliche Grundlage zum Sammeln bilden die gemeinsam in der UAG Pflicht erarbeiteten SRL für Netzpublikationen, allerdings mehr oder weniger als Orientierung hilfreich zur Hand. Wesentlich zum Sammeln sind die institutionell erarbeiteten Erwerbungs- und Sammelrichtlinien / Kriterien mit Sammelschwerpunkten (allgemein) der Pflicht in der SLB Potsdam; sowie die sehr konkrete, gründlich erarbeitete Vorlage seitens der SLBP zur überarbeiteten Pflichtexemplarverordnung.

Frage 5: Sehen Sie die bestehenden rechtlichen Regelungen als hinreichend klare Grundlage für ihre Arbeit an oder besteht zusätzlicher Regelungsbedarf? Wenn ja, haben Sie Vorschläge für eine solche Regelung?

Antwort: Diese sind nicht hinreichend. Es besteht unser Erachtens nach Regelungsbedarf bei Begrifflichkeiten – insbesondere deren klaren Abgrenzungen. Zudem wären Empfehlungen / eindeutige Aussagen zur Umsetzung für das Einsammeln hilfreich.

Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsverfahren für elektronische Amtsdruckschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Antwort: Körperschaft wird allgemein angeschrieben mit dem Hinweis zur gesetzlich geregelten Abgabepflicht; für Ämter (als Sonderfall) insbesondere mittels Abgabeerlass für amtliche Veröffentlichungen.

Je nach Kapazitäten wird, dann zumeist gezielt auch nach Benutzerbedürfnissen und Sammlungsschwerpunkten / Bedarf sowie Hinweisen von beteiligten Kolleginnen

eingesammelt, teils zielgerichtet danach gesucht, eingestellt, hochgeladen sowie freigegeben. Die Netzpublikationen werden im digitalen Repositorium der SLB Potsdam in einer institutionellen Instanz von OPUS beim KOBV Berlin eingebracht und für die Langzeitarchivierung vorgehalten. Angestrebt ist nach wie vor von Beginn an das Selbsteinstellen der Ablieferungspflichtigen. Die Kontrolle, Erschließung und Freigabe erfolgt über die SLB Potsdam mittels ihrer administrativen Rechte.

Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Antwort: Siehe Antwort unter 6. Erlaubt sind auch das Zusenden der Datei des Dokumentes per E-Mail Anhang und das Zusenden eines Datenträgers.

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Antwort: Es werden nur PDF-Dokumente archiviert. Das Hosting erfolgt über unseren Dienstleister dem KOBV Berlin. (institutionelle OPUS-Serverinstanz der Masterinstanz im Konrad Zuse Institut beim KOBV Berlin)

Frage 9: Falls es schon statistische Daten gibt, wie viele amtliche Veröffentlichungen werden in elektronischer Form durchschnittlich pro Jahr gesammelt? Bitte unterscheiden Sie, falls möglich, nach Monografien, Zeitschriften, einzelnen Heften und evtl. Websites.

Antwort: siehe Snipping Dateien beispielhaft von 2017 und 2018  
(Nochmaliger Hinweis: Die erweiterte Pflichtaufgabe ist personell nicht abgedeckt und das Einsammeln amtlicher Veröffentlichungen ist kein vordergründiger Sammlungsschwerpunkt.)

Frage 10: Wie viele Mitarbeiter sind mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befasst? Bitte rechnen Sie den Personaleinsatz in Vollzeitäquivalente (VZÄ) um, d.h. bilden Sie die Summe der von allen damit befassten Mitarbeitern in diesem Bereich durchschnittlich geleisteten Wochenstunden und teilen Sie diese durch die übliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeitkraft.

Antwort: 2 Vollzeitkräfte mit real 10 Prozent Arbeitskapazität für diese Aufgabe. Darüber hinaus nur mittels zeitlich abgeschlossener Projekte mittels außer - institutionellen Hilfen.

## A.5 Bremen

Fragebogen Staats- und Universitätsbibliothek

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: ja – Amtsblatt (inkl. Beiblatt) und Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen werden in elektronischer Form gesammelt

Frage 2: Seit wann sammeln Sie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form?

Antwort: 2010

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Antwort: ausschließlich elektronisch – vom Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen wird noch 1 Belegexemplar ausgedruckt (vom pdf der Online-Ausgabe), steht aber nicht für die Nutzung zur Verfügung

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: Es gibt keine schriftlich dokumentierten Sammelrichtlinien, jedoch existiert ein Entwurf für einen Empfehlungskatalog für die gesetzliche Regelung des Pflichtexemplarrechts. Die Empfehlungen lauten wie folgt. Allerdings handelt es sich hier um einen Entwurf, so dass hier ggf. noch Änderungen erfolgen.

1. Publikationen, die im Buchhandel erscheinen
2. Publikationen, die jenseits des Buchhandels erscheinen (graue Literatur)
3. Publikationen im Selbstverlag
4. print-on-demand Publikationen
5. Netzpublikationen (incl. Webseiten) der Bremer Behörden (evtl. Kommunen) –  
(Webseiten werden in absehbarer Zeit nicht gesammelt)
6. besprochene Tonträger (z.B. Hörspiele und -bücher)
7. Musiknoten und andere graphische Musikaufzeichnungen, Musiktonträger
8. Landkarten, Ortspläne und Atlanten
9. bildliche Darstellungen mit erläuterndem Text
10. Forschungsberichte von Bremer Instituten oder Unternehmen
11. Filmveröffentlichungen, jedoch keine Rundfunkmitschnitte (s. Kap. 1.5)
12. Amtsdruckschriften

Ausgeschlossen waren bisher auch Kalender und Spiele.

Frage 5: Sehen Sie die bestehenden rechtlichen Regelungen als hinreichend klare Grundlage für ihre Arbeit an oder besteht zusätzlicher Regelungsbedarf? Wenn ja, haben Sie Vorschläge für eine solche Regelung?

Antwort: Bezieht sich die Frage nur auf amtliche Veröffentlichungen? In diesem Fall ist die Regelung hinreichend (AMTSBLATT DER FREIEN HANSESTADT BREMEN Nr. 112/2009).



Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsverfahren für elektronische Amtsdruckschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Antwort: Die Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen informiert über einen E-Mail-Verteiler über neu erschienene Amts- und Gesetzblätter. Diese werden dann durch uns als pdf-Dateien von der Homepage heruntergeladen.

Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Antwort: Download durch SuUB von der Homepage (<https://amtsblatt.bremen.de> bzw. <https://gesetzblatt.bremen.de>)

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Antwort: In einem Lieferungsordner im Pflichtverzeichnis ; pdf-a ; siehe beigefügte pdf-Datei

Frage 9: Falls es schon statistische Daten gibt, wie viele amtliche Veröffentlichungen werden in elektronischer Form durchschnittlich pro Jahr gesammelt? Bitte unterscheiden Sie, falls möglich, nach Monografien, Zeitschriften, einzelnen Heften und evtl. Websites.

Antwort: Monografien: keine Statistik

Zeitschriften: 2 laufende

einzelne Hefte: ca. 400 jährlich

Websites: keine

Frage 10: Wie viele Mitarbeiter sind mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befasst? Bitte rechnen Sie den Personaleinsatz in Vollzeitäquivalente (VZÄ) um, d.h. bilden Sie die Summe der von allen damit befassten Mitarbeitern in diesem Bereich durchschnittlich geleisteten Wochenstunden und teilen Sie diese durch die übliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeitskraft.

Antwort: 1 Mitarbeiterin

## A.6 Hamburg

Fragebogen Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: ja

Frage 2: Seit wann sammeln Sie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form?

Antwort: 2008

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Antwort: ausschließlich elektronisch. Kommentar: In Einzelfällen wird die – gesetzlich nicht verlangte – zusätzliche Abgabe der Papierversion erbeten.

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: Es gibt eine Verfahrensordnung vom 1.12.2010 zur Durchführung des Gesetzes (trat rückwirkend zum 12.9.2009 in Kraft; vgl. Bibliotheksrechtliche Vorschriften. [...] / begr. von Ralph Lansky. Fortgef. von Carl Erich Kesper. 4., grundlegend überarb. Aufl., Nr. 553); zusätzlich gibt es eine Sammelrichtlinie zum internen Gebrauch, die sich an die der Deutschen Nationalbibliothek in der Form anlehnt, aber an etlichen Stellen eine tiefergehende Sammlung vorgibt bzw. Spielräume für Einzelfallentscheidungen vor allem unter landeskundlichem Aspekt ermöglicht.

Frage 5: Sehen Sie die bestehenden rechtlichen Regelungen als hinreichend klare Grundlage für ihre Arbeit an oder besteht zusätzlicher Regelungsbedarf? Wenn ja, haben Sie Vorschläge für eine solche Regelung?

Antwort: nein

Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsverfahren für elektronische Amtsdruckschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Antwort: Zur Anbahnung einer Ablieferung wird ein Schreiben mit dem Hinweis auf die Sammelgrundlage versendet und eine Rechteanfrage gestellt, mit der wir uns die Genehmigung zur Veröffentlichung einholen und die Erlaubnis für die Verbreitung der Schrift klären. (Drei Stufen sind möglich: weltweite oder campusweite Veröffentlichung oder nur Einzelplatzlizenz an einem Rechner in der SUB)

Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Antwort: Die Ablieferung kann auf verschiedenen Wegen erfolgen:

Dateianhang zu einer E-Mail an ein Funktionspostfach

Upload der Dateien auf den passwortgeschützten SUB-FTP-Server

Abholung von fernen FTP-Servern durch die Stabi

CD-ROM-Zusendung

Ein selbstständiger Upload auf unseren Server ist nicht vorgesehen

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Antwort: Auf einem Opus-Server; Repositoriums-Architektur derzeit in Überarbeitung.

Frage 9: Falls es schon statistische Daten gibt, wie viele amtliche Veröffentlichungen werden in elektronischer Form durchschnittlich pro Jahr gesammelt? Bitte unterscheiden Sie, falls möglich, nach Monografien, Zeitschriften, einzelnen Heften und evtl. Websites.

Antwort: Leider werden die ADR-Zugänge nicht getrennt erhoben. Gesamtzugang an E-Pflicht-Dokumenten in den letzten 5 Jahren: 2014: 10258; 2015: 11705; 2016: 12619; 2017:13262 und 2018 11819 (E-Pflicht, ADR, einschl. Zeitschriften, ohne Webseiten)

Frage 10: Wie viele Mitarbeiter sind mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befasst? Bitte rechnen Sie den Personaleinsatz in Vollzeitäquivalente (VZÄ) um, d.h. bilden Sie die Summe der von allen damit befassten Mitarbeitern in diesem Bereich durchschnittlich geleisteten Wochenstunden und teilen Sie diese durch die übliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeitkraft.

Antwort: Alle Mitarbeiter haben neben der E-Pflichtbearbeitung weitere Aufgaben: Bei Monographien: gD ca. 40% VZÄ; mD 40 % VZÄ Stellenanteilen mit der E-Pflicht-Bearbeitung gesamt beschäftigt. Bei Zeitschriften: gD ges. ca. 30%VZG

## A.7 Hessen

Fragebogen HeBIS-Verbundzentrale Frankfurt

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: nein

Kommentar: Zurzeit sammeln wir noch keine Amtsdruckschriften in elektronischer Form, zukünftig wird dies aber im Rahmen des Pflichtexemplargesetzes geschehen.

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Antwort: Die Entscheidung liegt bei den 5 Pflichtbibliotheken, die sich entweder für die elektronische oder die gedruckte Version entscheiden kann.

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: grundsätzlich in § 3 der Verordnung geregelt

Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsprozess für elektronische Amtsdruckschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Antwort: Die Pflichtbibliotheken entscheiden über die Vorgehensweise.

Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Antwort: Für die Abgabe von Dokumenten in elektronischer Form im Rahmen der Pflichtabgabe bieten wir folgende Möglichkeiten an:

Ein Webformular, welches vom Ablieferer mit den Metadaten zum Dokument ausgefüllt wird und über das das jeweilige Dokument dann hochgeladen werden kann (pro Dokument muss ein Formular ausgefüllt werden).

Ein sog. Hotfolder-Verfahren: hier kann der Ablieferer ein Datenpaket abliefern, welches aus den jeweiligen Dokumenten sowie den zugehörigen Metadaten besteht. Hier können mit einer Lieferung größere Mengen von elektronischen Dokumenten abgeliefert werden (dies nutzt in Frankfurt beispielsweise der Fischer-Verlag, der damit auf einen Rutsch letztens 1500 Titel abgeliefert hatte).

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Antwort: bisher bieten wir die Möglichkeit an, Dokumente als pdf oder als epub abzuliefern. Gespeichert werden diese zur Zeit in Visual Library, einem Programm von Semantics.

## **A.8 Mecklenburg-Vorpommern**

Fragebogen Landesbibliothek Mecklenburg-Vorpommern

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: nein - Die LBMV würde diese Veröffentlichungen gern in elektronischer Form sammeln, ist rechtlich dazu aber nicht befugt (kein E-Pflicht-Gesetz). Verschiedene Initiativen dazu im Landtag MV von verschiedenen Fraktionen blieben ergebnislos. Ein Projektantrag von 2017 beim Unterhaltsträger (Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur) die elektronischen Dokumente auf freiwilliger Basis zu sammeln und zur Schaffung der dafür nötigen technischen Infrastruktur wurde aus formalen Gründen abgelehnt. Seither ruht das Projekt.

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: Ja, Dokument anbei.

## A.9 Niedersachsen

Fragebogen Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: ja

Frage 2: Seit wann sammeln Sie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form?

Antwort: 01.01.2013

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Antwort: elektronisch und gedruckt

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: Sammelrichtlinien nur für den internen Dienstgebrauch (formale Kriterien) und Ausnahmeregeln im Erlass.

Frage 5: Sehen Sie die bestehenden rechtlichen Regelungen als hinreichend klare Grundlage für ihre Arbeit an oder besteht zusätzlicher Regelungsbedarf? Wenn ja, haben Sie Vorschläge für eine solche Regelung?

Antwort: Rechtliche Regelungen sind ausreichend.

Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsverfahren für elektronische Amtsdruckschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Antwort: Es wird nicht aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht. Wenn etwas bekannt, aber nicht abgeliefert wird, wird angefordert. Die Ablieferung ist insgesamt eher mäßig; einige Institutionen liefern jedoch sehr regelmäßig.

Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Antwort: I. d. R. Upload durch Lieferanten (Objekt- und Metadaten), vereinzelt auch E-Mail-Anhang.

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Antwort: Niedersächsisches Online-Archiv (NOA), ein auf MyCoRe basierendes Repositorium. Alle gängigen Dateiformate möglich, derzeit hauptsächlich PDF, vereinzelt auch EPUB.

Frage 9: Falls es schon statistische Daten gibt, wie viele amtliche Veröffentlichungen werden in elektronischer Form durchschnittlich pro Jahr gesammelt? Bitte

unterscheiden Sie, falls möglich, nach Monografien, Zeitschriften, einzelnen Heften und evtl. Websites.

Antwort:

Monografien: ca. 35

Zeitschriften: 33 laufende Zeitschriften

einzelne Hefte: mehr als 150

Websites: 0

Frage 10: Wie viele Mitarbeiter sind mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befasst? Bitte rechnen Sie den Personaleinsatz in Vollzeitäquivalente (VZÄ) um, d.h. bilden Sie die Summe der von allen damit befassten Mitarbeitern in diesem Bereich durchschnittlich geleisteten Wochenstunden und teilen Sie diese durch die übliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeitkraft.

Antwort: ca. 0,05 VZÄ

## A.10 Nordrhein-Westfalen

Fragebogen Universitäts- und Landesbibliotheken Bonn, Düsseldorf und Münster

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: ja

Frage 2: Seit wann sammeln Sie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form?

Antwort: Die NRW-Universitäts- und Landesbibliotheken (ULBB) haben die Sammlung unkörperlicher amtlicher Veröffentlichungen (AVÖ) 2010/11 aufgenommen.

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Antwort: ausschließlich elektronisch

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: Die ULBB orientieren sich an einem internen Sammelprofil. Gesammelt werden danach sowohl amtliche Publikationen im engeren Sinne als auch sonstige Publikationen, die von Behörden und öffentlichen Einrichtungen aller Ebenen des Landes und der kommunalen Selbstverwaltung (Landschaftsverbände, Kreise, Kommunen) zur Erfüllung ihrer Aufgaben selbst verlegt werden.

Zu ersteren gehören Amtsblätter und amtliche Bekanntmachungen, Rechtssammlungen von Satzungen, Statuten und Geschäftsordnungen sowie Haushaltspläne und Gebührenordnungen. Gesammelt werden auch i.d.R. periodische Schriften mit nicht ausschließlich amtlichem Inhalt, sondern zugleich kulturellen oder fachlichen Beiträgen.

Zu den sonstigen Publikationen zählen veröffentlichte Verwaltungs-, Geschäfts- und Jahresberichte, Informationsschriften, Öffentlichkeitsarbeitsschriften, Festschriften sowie Vorlesungsverzeichnisse der Hochschulen.

Nicht gesammelt werden interne Berichte sowie Drucksachen für den inneren Dienstgebrauch oder Verschlussachen.

Frage 5: Sehen Sie die bestehenden rechtlichen Regelungen als hinreichend klare Grundlage für ihre Arbeit an oder besteht zusätzlicher Regelungsbedarf? Wenn ja, haben Sie Vorschläge für eine solche Regelung?

Antwort: Der Erlass zur Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken vom 22.07.2008 ist hinreichend bestimmt.

Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsverfahren für elektronische Amtsdruckschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Antwort: Die Regel ist die aktive Recherche. Für periodisches Schrifttum wie Amtsblätter oder Jahresberichte werden dann über die Erwerbungsverfahren automatische Erwerbsroutinen per automatische Reklamation eingerichtet.



Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Antwort: Der Zugang erfolgt über Upload der Lieferanten mit dem Ablieferungswerkzeug im Pflichtportal der jeweiligen ULB, per E-Mail-Abgabe oder durch Abholung aufgrund Vereinbarung durch die Pflichtstelle der ULB.

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Antwort: Gesammelt werden PDF-Dokumente, die auch in diesem Format gespeichert werden.

Frage 9: Falls es schon statistische Daten gibt, wie viele amtliche Veröffentlichungen werden in elektronischer Form durchschnittlich pro Jahr gesammelt? Bitte unterscheiden Sie, falls möglich, nach Monografien, Zeitschriften, einzelnen Heften und evtl. Websites.

Antwort: Der Zugang im Netz publizierter AVÖ und allgemeiner Pflichtexemplare wird nicht unterschieden. Für einzelne Schriftenklassen können Fallproben über die E-Pflichtportale der ULBB gemacht werden:

ULB Bonn: <https://e-pflicht.ub.uni-duesseldorf.de/>

ULB Düsseldorf: <https://e-pflicht.ub.uni-duesseldorf.de/>

ULB Münster: <https://epflicht.ulb.uni-muenster.de/>

Für Amtsblätter und Statistiken gibt es in der Systematik auf der Startseite der Portale eine eigene Hauptsachgruppe. In der folgenden, tiefer gegliederten Hauptsachgruppe Staat, Politik und Verwaltung finden sich ebenfalls zahlreiche AVÖ.

Frage 10: Wie viele Mitarbeiter sind mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befasst? Bitte rechnen Sie den Personaleinsatz in Vollzeitäquivalente (VZÄ) um, d.h. bilden Sie die Summe der von allen damit befassten Mitarbeitern in diesem Bereich durchschnittlich geleisteten Wochenstunden und teilen Sie diese durch die übliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeitkraft.

Antwort: Wegen der Nichtunterscheidung der AVÖ von allgemeiner Pflichtliteratur können wir hier keine Angaben machen.

## A.11 Rheinland-Pfalz

Fragebogen Landesbibliothekszenrum Rheinland-Pfalz

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: ja - Sammlung erfolgt aufgrund des Landesbibliotheksgesetzes (LBibG) § 4 in Verbindung mit der Verwaltungsvorschrift (VV) über die Abgabe von Medienwerken des Landes an wissenschaftliche Bibliotheken und an die Landesarchive von 2004 (mehrmals verlängert, nun bis 2021)

Frage 2: Seit wann sammeln Sie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form?

Antwort: seit 2004

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Antwort: elektronisch und gedruckt – Die Sammlung läuft mit Ausnahme lt. VV weitgehend parallel

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: Es handelt sich um interne Sammelrichtlinien, die sich an denen aus NRW anlehnen. Sie werden derzeit überarbeitet (aktuell gültige Fassung anbei).

Frage 5: Sehen Sie die bestehenden rechtlichen Regelungen als hinreichend klare Grundlage für ihre Arbeit an oder besteht zusätzlicher Regelungsbedarf? Wenn ja, haben Sie Vorschläge für eine solche Regelung?

Antwort: Als Ersatz für die bestehende VV entsteht derzeit eine Durchführungsverordnung zum § 4 LBibG, die es der sammelnden Bibliothek erlaubt, sich fachlich zugunsten der Sammlung von Druck / Online zu entscheiden oder weiterhin in bestimmten Fällen parallel zu sammeln.

Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsverfahren für elektronische Amtsdruckschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Antwort: Beide Varianten kommen zum Einsatz (s. auch 7).

Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Antwort: Alle Formen werden genutzt, das Upload-Formular ist in Vorbereitung. Vorrangig werden gezielt Inhalte von den Websites der abliefernden Stellen gegathert und in das Archiv eingestellt.

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Antwort: Im edoweb, dem vom HBZ betriebenen, FEDORA-basierten Archivserver des Landes Rheinland-Pfalz – in der Regel als PDF/A oder WARC-Dateien.

Frage 9: Falls es schon statistische Daten gibt, wie viele amtliche Veröffentlichungen werden in elektronischer Form durchschnittlich pro Jahr gesammelt? Bitte unterscheiden Sie, falls möglich, nach Monografien, Zeitschriften, einzelnen Heften und evtl. Websites.

Antwort: Wir können Zahlen zum jährlichen Zugang liefern, allerdings läßt er sich leider nicht auf Amtsdruckschriften eingrenzen.

Frage 10: Wie viele Mitarbeiter sind mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befasst? Bitte rechnen Sie den Personaleinsatz in Vollzeitäquivalente (VZÄ) um, d.h. bilden Sie die Summe der von allen damit befassten Mitarbeitern in diesem Bereich durchschnittlich geleisteten Wochenstunden und teilen Sie diese durch die übliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeitskraft.

Antwort: Die Sammlung elektronischer Amtsdruckschriften ist an den Standorten in Koblenz und Speyer vollständig und in hohem Maße arbeitsteilig in den normalen Geschäftsgang integriert. Daher lassen sich keine konkreten Zahlen von beteiligten VZE benennen.

## A.12 Saarland

Fragebogen Saarländische Universitäts- und Landesbibliothek

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: ja

Frage 2: Seit wann sammeln Sie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form?

Antwort: ca. 2013

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Antwort: ausschließlich elektronisch – Falls in der elektronischen Form Passagen geschwärzt sind, wird auch die gedruckte Form verlangt

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: s. <https://www.sulb.uni-saarland.de/suchen/sbo/lit/>

Frage 5: Sehen Sie die bestehenden rechtlichen Regelungen als hinreichend klare Grundlage für ihre Arbeit an oder besteht zusätzlicher Regelungsbedarf? Wenn ja, haben Sie Vorschläge für eine solche Regelung?

Antwort: Bestehende rechtliche Regelung genügt

Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsverfahren für elektronische Amtsdruckschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Antwort:

- a) Amtsdruckschrift = Amtsblatt des Saarlandes: wird nicht elektronisch (nur die Printausgabe) archiviert
- b) Amtsschriften (Gemeindeblätter u.ä.) nach Durchsicht von Medien (print und online) und/oder regelmäßige Wiedervorlagen.

Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Antwort: Email oder Brief nach Aufforderung: Attachment zu Mail oder Link auf Webseite

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Antwort: in dem Repositorium SaarDok (<https://saardok.sulb.uni-saarland.de/home?start>)

Frage 9: Falls es schon statistische Daten gibt, wie viele amtliche Veröffentlichungen werden in elektronischer Form durchschnittlich pro Jahr gesammelt? Bitte

unterscheiden Sie, falls möglich, nach Monografien, Zeitschriften, einzelnen Heften und evtl. Websites.

Antwort: wir können nur die Statistik über alle elektronischen Veröffentlichungen liefern, nicht speziell zu Amts- bzw. Amtsdruckschriften.

Frage 10: Wie viele Mitarbeiter sind mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befasst? Bitte rechnen Sie den Personaleinsatz in Vollzeitäquivalente (VZÄ) um, d.h. bilden Sie die Summe der von allen damit befassten Mitarbeitern in diesem Bereich durchschnittlich geleisteten Wochenstunden und teilen Sie diese durch die übliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeitkraft.

Antwort: 1,6 VZÄ

### A.13 Sachsen

Fragebogen Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: ja

Frage 2: Seit wann sammeln Sie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form?

Antwort: 2014

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Antwort: elektronisch und gedruckt - da unser Repository noch nicht an das SLUB-Langzeitarchiv abgebunden ist, werden derzeit print + e-Veröffentlichung gesammelt. Geplant ist es, nur die elektronische Form zu sammeln.

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: Informationen dazu finden sie hier:

<https://www.slub-dresden.de/service/pflichtmedien-abliefern/>

Frage 5: Sehen Sie die bestehenden rechtlichen Regelungen als hinreichend klare Grundlage für ihre Arbeit an oder besteht zusätzlicher Regelungsbedarf? Wenn ja, haben Sie Vorschläge für eine solche Regelung?

Antwort: ja, die Regelung reicht z.Zt. aus

Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsprozess für elektronische Amtsdrukschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Antwort: aktive suche nach Veröffentlichungen, Kontaktaufnahme zum Ablieferer, Anfrage ob Open Access veröffentlicht werden kann, dazu wird eine Einverständniserklärung beigefügt, nach Lieferung des Dokumentes (meist per Webformular) erfolgt eine Prüfung auf LZA-fähiges Dateiformat (evtl. Kundenberatung zur Validierung, bzw. wir Validieren selbst), einstellen auf Qucosa (bei OA), Katalogisierung (SWB,ZDB), Inventarisierung

Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Antwort: per e-mail, per Webformular

[https://www.slub-dresden.de/index.php?id=7402&tx\\_slubforms\\_sf\[form\]=epflicht](https://www.slub-dresden.de/index.php?id=7402&tx_slubforms_sf[form]=epflicht)

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Antwort: sächsischer Dokumenten- und Publikationsserver Qucosa  
Speicherung im PDF/Format, frei in Netz verfügbar

Frage 9: Falls es schon statistische Daten gibt, wie viele amtliche Veröffentlichungen werden in elektronischer Form durchschnittlich pro Jahr gesammelt? Bitte unterscheiden Sie, falls möglich, nach Monografien, Zeitschriften, einzelnen Heften und evtl. Websites.

Antwort:

Monografien: 222 (vom Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Dresden)

Zeitschriften: 53 (Amtsblätter, Schriftenreihen)

von 2016-2018 stagnierte das Einwerben von Amtsblättern aus datenschutzrechtlichen Gründen, seit 2019 werben wir wieder ein. Wir durften in diesem Zeitraum Amtsblätter nicht mehr OA-Veröffentlichen. Ab 2019 haben wir eine Lösung für Nutzungseinschränkungen in den Räumen der Bibliothek gefunden.

Frage 10: Wie viele Mitarbeiter sind mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befasst? Bitte rechnen Sie den Personaleinsatz in Vollzeitäquivalente (VZÄ) um, d.h. bilden Sie die Summe der von allen damit befassten Mitarbeitern in diesem Bereich durchschnittlich geleisteten Wochenstunden und teilen Sie diese durch die übliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeitkraft.

Antwort: k.A.

## A.14 Sachsen-Anhalt

Fragebogen Universitäts- und Landesbibliothek Halle

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: ja

Frage 2: Seit wann sammeln Sie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form?

Antwort: ab 2008 ; vorherige Jahrgänge auf freiwilliger Basis der Verlage/Herausgeber

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Antwort: elektronisch und gedruckt

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: ja, siehe § 2 Umfang der Ablieferungspflicht bei Netzpublikationen in der Verordnung über die Durchführung der Ablieferungspflicht von Druckwerken und digitalen Publikationen (siehe: <https://bibliothek.uni-halle.de/dbib/digital/pflicht/>)  
Beschluss der Landesregierung über die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an öffentliche Bibliotheken (MBL LSA Nr. 3/2011 vom 7.2.2011)  
- amtliche Druckschriften mit ausschließlich amtlichen Inhalt werden auf freiwilliger Basis/Ablieferung der Verlage und Herausgeber gesammelt

Frage 5: Sehen Sie die bestehenden rechtlichen Regelungen als hinreichend klare Grundlage für ihre Arbeit an oder besteht zusätzlicher Regelungsbedarf? Wenn ja, haben Sie Vorschläge für eine solche Regelung?

Antwort: Regelungen sind ausreichend

Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsverfahren für elektronische Amtsdruckschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Antwort: aktive Recherche nach neuen Veröffentlichung sowie Rücksprache mit der Zeitschriftenstelle der ULB und Abgleich mit den gedruckten amtlichen Veröffentlichungen

Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Antwort: E-Mail nach Aufforderung sowie manueller Download der Netzpublikationen

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Antwort: PDF-Format auf den Servern des Rechenzentrums der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg



Frage 9: Falls es schon statistische Daten gibt, wie viele amtliche Veröffentlichungen werden in elektronischer Form durchschnittlich pro Jahr gesammelt? Bitte unterscheiden Sie, falls möglich, nach Monografien, Zeitschriften, einzelnen Heften und evtl. Websites.

Antwort:

Monografien: keine statistischen Daten vorhanden

Zeitschriften: ca. 350 laufende ZS

einzelne Hefte: ca. 2600 pro Jahr

Websites: nicht gesammelt

Frage 10: Wie viele Mitarbeiter sind mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befasst? Bitte rechnen Sie den Personaleinsatz in Vollzeitäquivalente (VZÄ) um, d.h. bilden Sie die Summe der von allen damit befassten Mitarbeitern in diesem Bereich durchschnittlich geleisteten Wochenstunden und teilen Sie diese durch die übliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeitskraft.

Antwort: ca. 0,3 VZÄ

## A.15 Schleswig-Holstein

Fragebogen Universitätsbibliothek Kiel

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: ja - Die Abgabe amtlicher Veröffentlichungen wurde bisher durch den Erlass zur „**Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken**“ vom **02.12.1998** geregelt. Dieser war in seiner letzten Fassung bis **31.12.2018** gültig, wurde aber bis jetzt nicht verlängert. Eine Verlängerung bzw. Neufassung wird derzeit durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur von Schleswig-Holstein geprüft. Die rückwirkende Verlängerung ab 01. Januar 2019 ist geplant.

Frage 2: Seit wann sammeln Sie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form?

Antwort: Amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form sind entsprechend der Regelungen des oben genannten Erlasses an die Schleswig-Holsteinischen Pflichtbibliotheken und das Landesarchiv Schleswig-Holstein abzuliefern. Von den Schleswig-Holsteinischen Pflichtbibliotheken wurde dies aufgrund mangelnder technischer Lösungen jedoch nicht eingefordert.

2016 wurde ein neues Bibliotheksgesetz für Schleswig-Holstein verabschiedet, welches die zuvor geltenden Pflichtexemplarregelungen erstmals auch auf unkörperliche Medienwerke (nichtamtlicher Veröffentlichungen) ausweitet, wobei die UB Kiel stellvertretend für die drei Schleswig-Holsteinischen Pflichtbibliotheken unkörperliche Medienwerke sammelt. Hierfür werden in einem Projekt eine entsprechende technische Lösung und zugehörige Verfahren erstellt und schrittweise eingeführt (z.B. ist die Unterstützung für Periodika noch nicht fertiggestellt). Dies soll spätestens Ende 2019 erledigt sein. Anschließend sollen Pflichtexemplare Rückwirkend zum Stichtag 28. Juli 2017 gesammelt werden.

In diesem Zuge werden die eingeführten Verfahren auch für amtliche Veröffentlichungen genutzt.

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Antwort: elektronisch und gedruckt - Die UB Kiel ist bestrebt, beide Publikationsformen zu sammeln. Ob dies in der Neufassung des oben genannten Erlasses so geregelt wird, ist aber noch unklar.

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: Es gibt eine allgemeine Sammelrichtlinie der UB Kiel, die bisher für körperliche Medienformen galt und derzeit auch für unkörperliche Medienformen angewendet wird. Allerdings werden zukünftig Änderungen notwendig sein, da die UB Kiel unkörperliche Medienwerke für die Landesbibliothek Kiel und die Bibliothek der Hansestadt Lübeck mit sammelt. Die Sammelrichtlinie wird auch für amtliche Veröffentlichungen angewendet.

Auszug:

- Gesammelt werden alle Veröffentlichungen, ausgenommen Flyer und Poster von:
  - Landtag
  - Fraktionen des Landtages
  - Landesregierungen und Landesministerien
  - Landesbehörden
  - Oberen und Obersten Gerichten
  - IQSH (Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein)
- alle Veröffentlichungen der kreisfreien Städte und Landkreise mit einem Umfang von mindestens 10 Seiten
- alle Veröffentlichungen der kommunalen Landesverbände

Frage 5: Sehen Sie die bestehenden rechtlichen Regelungen als hinreichend klare Grundlage für ihre Arbeit an oder besteht zusätzlicher Regelungsbedarf? Wenn ja, haben Sie Vorschläge für eine solche Regelung?

Antwort: Der Erlass zur „Abgabe amtlicher Publikationen an Bibliotheken“ wird derzeit überarbeitet, wobei die UB Kiel auch Anmerkungen und Korrekturwünsche machen durften. Wenn diese in die Endfassung aufgenommen werden, können wir mit den rechtlichen Regelungen gut arbeiten.

Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsverfahren für elektronische Amtsdrukschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Antwort: In der Vergangenheit gab es Vereinbarungen mit diversen Einrichtungen über die unaufgeforderte Ablieferung von gedruckten Amtsdrukschriften. Dies konnte aber nicht immer auf Vollständigkeit geprüft werden (die Pflichtstelle war zeitweise unzureichend oder gar nicht besetzt). Mit der Ausweitung der Pflichtexemplarregelungen auf unkörperliche Medienwerke wurde auch die Personalkapazität der Pflichtstelle erweitert, so dass die Kommunikation mit den ablieferungspflichtigen Einrichtungen nun gewährleistet ist.

Ziel ist es, dass die relevanten Einrichtungen ihre amtlichen Veröffentlichungen vollständig (im Rahmen unserer Sammelkriterien) abliefern. Dies soll auch geprüft werden. Weiterhin soll die Sammelrichtlinie regelmäßig aktualisiert werden.

Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Antwort: Entsprechend der Regelungen aus dem Bibliotheksgesetz erfolgt die Ablieferung von unkörperlichen Medienwerken „unter Einhaltung der von der Deutschen Nationalbibliothek für Pflichtexemplare festgelegten technischen Standards und Verfahren“.

Konkret umfasst dies die manuelle Ablieferung über eine Webseite, das Hochladen von sogenannten Transferpaketen in einen SFTP- oder WebDAV-basierten Hotfolder oder die Bereitstellung über eine OAI-PMH-Schnittstelle. In jedem Fall umfasst die Ablieferung neben dem eigentlichen unkörperlichen Medienwerk auch zugehörige Metadaten.

Das E-Pflicht-Ablieferungsportal wird von der UB Kiel stellvertretend für die drei Schleswig-Holsteinischen Pflichtbibliotheken betrieben und ist unter <https://epflicht.ub.uni-kiel.de/www/> zu erreichen.

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Antwort: Das E-Pflicht-Ablieferungsportal gibt keine Formate vor; die unkörperlichen Medienwerke werden in dem Format gespeichert, in dem sie abgeliefert wurden. Die Speicherung erfolgt auf dem Speicherplatz der virtuellen Maschine, auf der das Kernsystem des E-Pflicht-Ablieferungsportals läuft. Diese befindet sich im zentralen Netzwerkspeicher des Rechenzentrums der Uni Kiel. Ein Backup der gesamten virtuellen Maschine wird ebenfalls im Rechenzentrum des Uni Kiel gespeichert, wobei der Speicherort räumlich getrennt ist und eine andere Speichertechnologie verwendet wird. Bis Ende 2019 soll zudem eine Langzeitarchivierung der unkörperlichen Medienwerke sichergestellt werden, wobei dies nach aktueller Planung von der TIB Hannover als Dienstleistung übernommen werden soll.

Frage 9: Falls es schon statistische Daten gibt, wie viele amtliche Veröffentlichungen werden in elektronischer Form durchschnittlich pro Jahr gesammelt? Bitte unterscheiden Sie, falls möglich, nach Monografien, Zeitschriften, einzelnen Heften und evtl. Websites.

Antwort: Da wir in der Einführungsphase sind, gibt es noch keine statistischen Daten.

Frage 10: Wie viele Mitarbeiter sind mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befasst? Bitte rechnen Sie den Personaleinsatz in Vollzeitäquivalente (VZÄ) um, d.h. bilden Sie die Summe der von allen damit befassten Mitarbeitern in diesem Bereich durchschnittlich geleisteten Wochenstunden und teilen Sie diese durch die übliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeitkraft.

Antwort: Das lässt sich nicht abschätzen. Abgesehen von der Pflichtstelle, wo die Erwerbung stattfindet, durchlaufen die Publikationen die normalen Geschäftsgänge durch die einzelnen Fachabteilungen der UB Kiel. Da die Ablieferung erst anläuft, gibt es noch keine Erfahrungswerte. Die Pflichtstelle ist mit einer Vollzeitstelle besetzt, die je zur Hälfte für körperliche und unkörperliche Medienformen zuständig ist. Amtliche Veröffentlichungen in unkörperlicher Form nehmen derzeit nur einen geringen Teil der Arbeitszeit ein.

## A.16 Thüringen

Fragebogen Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek

Frage 1: Werden in ihrer Einrichtung amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form gesammelt oder gibt es Pläne, dies zukünftig zu tun?

Antwort: ja

Frage 2: Seit wann sammeln Sie amtliche Veröffentlichungen in elektronischer Form?

Antwort: seit 2009 (gesetzliche Grundlage ab Mitte 2008: <https://www.thulb.uni-jena.de/pflichtexemplar.html>)

Frage 3: Falls die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch elektronisch vorliegt, ist die elektronische Veröffentlichung ausreichend oder wird auch die gedruckte Version verlangt?

Antwort: ausschließlich elektronisch - In sehr seltenen Fällen, bei denen der Inhalt der elektronischen Veröffentlichung von dem der gedruckten Ausgabe abweicht, werden beide Ausgaben parallel gesammelt.

Frage 4: Gibt es bei Ihnen schriftlich dokumentierte Sammelrichtlinien? Falls ja, können Sie mir diese Richtlinien zu Verfügung stellen? Falls nein, erklären Sie bitte kurz, welche Dokumente Sie sammeln und welche außen vor bleiben.

Antwort: Wir orientieren uns bei der Auswahl an den Sammelrichtlinien der DNB. Eine grobe Zusammenstellung finden Sie dazu auch auf unsere Homepage: <https://www.thulb.uni-jena.de/pflichtexemplar.html>

Frage 5: Sehen Sie die bestehenden rechtlichen Regelungen als hinreichend klare Grundlage für ihre Arbeit an oder besteht zusätzlicher Regelungsbedarf? Wenn ja, haben Sie Vorschläge für eine solche Regelung?

Antwort: Eine Konkretisierung, wie bei Nichtablieferung der Publikationen zu verfahren ist, wäre wünschenswert.

Frage 6: Wie läuft der Erwerbungsverfahren für elektronische Amtsdruckschriften organisatorisch und technisch ab? (Wird aktiv nach neuen Veröffentlichungen gesucht oder verlässt man sich auf die Ablieferung durch die Lieferanten?) Bitte kurz erläutern.

Antwort: Die Lieferanten liefern uns im Normalfall die Dokumente selbständig und regelmäßig ab. Aber gerade bei unregelmäßig erscheinenden Publikation oder auch nach neue Publikationen suchen wir aktiv und schreiben dann die Lieferanten an.

Frage 7: In welcher Form erfolgt die Ablieferung? (E-Mail nach Aufforderung, Zusenden von Datenträgern, Uploadmöglichkeiten für Lieferanten)

Antwort: Die Lieferanten laden uns die Dokumente über unser WebFormular hoch: <https://pflicht.thulb.uni-jena.de>

Frage 8: Wo und in welchem Format werden die amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form gespeichert?

Antwort: Zeitschriften(hefte) auf dem Zeitschriften Server Journals@Urmel (<https://zs.thulb.uni-jena.de/content/below/index.xml>) ; Monografien, mehrbändige Werke und Schriftenreihen in DBT (<https://www.db-thueringen.de/content/index.xml>)

Frage 9: Falls es schon statistische Daten gibt, wie viele amtliche Veröffentlichungen werden in elektronischer Form durchschnittlich pro Jahr gesammelt? Bitte unterscheiden Sie, falls möglich, nach Monografien, Zeitschriften, einzelnen Heften und evtl. Websites.

Antwort: k.A.

Frage 10: Wie viele Mitarbeiter sind mit der Erwerbung, Speicherung und Katalogisierung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form befasst? Bitte rechnen Sie den Personaleinsatz in Vollzeitäquivalente (VZÄ) um, d.h. bilden Sie die Summe der von allen damit befassten Mitarbeitern in diesem Bereich durchschnittlich geleisteten Wochenstunden und teilen Sie diese durch die übliche Wochenarbeitszeit einer Vollzeitkraft.

Antwort: k.A.

## Literaturverzeichnis

- Ahlborn, Benjamin (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Bremen. In: Bibliotheksdienst 47, H. 8-9, S. 616-618.
- Balz, Nina / Schoger, Astrid (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Bayern. In: Bibliotheksdienst 47, H. 8-9, S. 605-608.
- Baur, Nina / Blasius, Jörg (2019): Methoden der empirischen Sozialforschung – Ein Überblick. In: Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Hrsg. von Nina Baur, Jörg Blasius. 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden, Springer. S. 1-28.
- Beger, Gabriele (2000): Das Pflichtexemplarrecht – vom Schrifttum zum digitalen Werk. Eine juristische Betrachtung. In: Regionalbibliotheken in Deutschland. Mit einem Ausblick auf Österreich und die Schweiz. Hrsg. von Bernd Hagenau. Frankfurt am Main, Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie – Sonderhefte 78). S. 36-52.
- Beinert, Tobias (2017): Webarchivierung an der Bayerischen Staatsbibliothek. In: Bibliotheksdienst 51, H. 6, S. 490-499.
- Benesch, Michael / Steiner, Elisabeth (2018): Der Fragebogen. Von der Forschungsidee zur SPSS-Auswertung. 5., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Wien, Facultas.
- Booms, Hans (1977): Amtsdrukschriften – Sorgenkind der Bibliotheken und Archive. In: Bibliothek – Buch – Geschichte. Kurt Köster zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Günther Pflug, Brita Eckert und Heinz Friesenhahn. Frankfurt am Main, Klostermann (Sonderveröffentlichung der Deutschen Bibliothek 5). S. 93-108.
- Dannehl, Wiebke / Johannsen, Jochen / Schütt-Hohenstein, Angelika (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Baden-Württemberg. In: Bibliotheksdienst 47, H. 8-9, S. 597-604.
- Deutsche Nationalbibliothek (2014): Sammelrichtlinien. URN: urn:nbn:de:101-2012022707 (25.03.2019).
- Dittrich, Wolfgang (2000): Niedersachsen und Bremen. In: Regionalbibliotheken in Deutschland. Mit einem Ausblick auf Österreich und die Schweiz. Hrsg. von Bernd Hagenau. Frankfurt am Main, Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie – Sonderhefte 78). S. 160-202.
- Dörr, Mariann (2005): Das elektronische Pflichtexemplar – auf dem Weg zur gesetzlichen Regelung. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 52, H. 3-4, S. 111-119.
- Droese, Katharina (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Berlin. In: Bibliotheksdienst 47, H. 8-9, S. 609-610.
- Dupuis, Caroline (2017): Web-Archivierung an der Saarländischen Universitäts- und Landesbibliothek (SULB). In: Bibliotheksdienst 51, H. 6, S. 529-536.

- Eigenwill, Reinhard / Safert, Hans-Jürgen (2000): Sachsen. In: Regionalbibliotheken in Deutschland. Mit einem Ausblick auf Österreich und die Schweiz. Hrsg. von Bernd Hagenau. Frankfurt am Main, Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie – Sonderhefte 78). S. 296-317.
- Feldmann, Reinhard (2000): Nordrhein-Westfalen. In: Regionalbibliotheken in Deutschland. Mit einem Ausblick auf Österreich und die Schweiz. Hrsg. von Bernd Hagenau. Frankfurt am Main, Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie – Sonderhefte 78). S. 215-245.
- Flachmann, Holger (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Nordrhein-Westfalen. In: Bibliotheksdienst 47, H. 8-9, S. 630-633.
- Fligge, Jörg (2000): Schleswig-Holstein und Hamburg. In: Regionalbibliotheken in Deutschland. Mit einem Ausblick auf Österreich und die Schweiz. Hrsg. von Bernd Hagenau. Frankfurt am Main, Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie – Sonderhefte 78). S. 91-113.
- Fromm / Nordemann (Hrsg.) (2018): Kommentar zum Urheberrechtsgesetz, 12. Auflage, Stuttgart, Kohlhammer.
- Gantert, Klaus (2016): Bibliothekarisches Grundwissen. Berlin, Walter de Gruyter.
- Gantert, Klaus (2015): Wandel, Vielfalt und Kooperation – Aufgaben, Typen und Träger von Bibliotheken. In: Praxishandbuch Bibliotheksmanagement Band 1. Hrsg. von Rolf Griebel, Hildegard Schäffler und Konstanze Söllner. Berlin, Boston, De Gruyter Saur. S. 5-16.
- Geisler, Felix / Dannehl, Wiebke / Kettel, Christian / Wolf, Stefan (2017): Zum Stand der Webarchivierung in Baden-Württemberg. In: Bibliotheksdienst 51, H. 6, S. 481-489.
- Government Information and Official Publikation Section – GIOPS (o.J.): Access to Government Information in the Post 2015. URL: [https://www.ifla.org/files/assets/giops/publications/giops-brief\\_1.pdf](https://www.ifla.org/files/assets/giops/publications/giops-brief_1.pdf) (28.04.2019).
- Haase, Yorck A. (2000): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Hessen. In: Regionalbibliotheken in Deutschland. Mit einem Ausblick auf Österreich und die Schweiz. Hrsg. von Bernd Hagenau. Frankfurt am Main, Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie – Sonderhefte 78). S. 246-269.
- Hagenah, Ulrich / Helm, Annett (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Hamburg. In: Bibliotheksdienst 47, H. 8-9, S. 619-623.
- Hagenah, Ulrich (2017): Webarchivierung in der SUB Hamburg: kleine Schritte in der Region – Bausteine zu einem größeren Ganzen? In: Bibliotheksdienst 51, H. 6, S. 500-515.
- Harthausen, Hartmut (2000): Rheinland-Pfalz, Saarland. In: Regionalbibliotheken in Deutschland. Mit einem Ausblick auf Österreich und die Schweiz. Hrsg. von Bernd Hagenau. Frankfurt am Main, Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie – Sonderhefte 78). S. 318-346.



- Hübner, Ramona (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Brandenburg. In: Bibliotheksdienst 47, H. 8-9, S. 611-615.
- Jendral, Lars / Dirx, Carsten (2008): Der rheinland-pfälzische Archivserver edoweb – Stand und Perspektive der Langzeitarchivierung von Online-Publikationen an einer Regionalbibliothek. In: Bibliotheksdienst 42, H. 10, S. 969-983.
- Jendral, Lars (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Rheinland-Pfalz. In: Bibliotheksdienst 47, H. 8-9, S. 634-641.
- Jendral, Lars (2017): Sammlungen von Websites an deutschen Regionalbibliotheken. Einleitung. In: Bibliotheksdienst 51, H. 6, S. 476-480.
- Jendral, Lars (2017): edoweb als Webarchiv des Landesbibliothekszenentrums Rheinland-Pfalz. In: Bibliotheksdienst 51, H. 6, S. 516-528.
- Kratz-Lucas, Karl-Heinz (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Hessen. In: Bibliotheksdienst 47, H. 8-9, S. 624-625.
- Kultusministerkonferenz (2006): Bericht zur Abgabe amtlicher Veröffentlichungen an Bibliotheken. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 17.03.2006.
- Lux, Claudia (2000): Berlin und Brandenburg. In: Regionalbibliotheken in Deutschland. Mit einem Ausblick auf Österreich und die Schweiz. Hrsg. von Bernd Hagenau. Frankfurt am Main, Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie – Sonderhefte 78). S. 134-159.
- Marmein, Peter (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Niedersachsen. In: Bibliotheksdienst 47, H. 8-9, S. 626-629.
- Marwinski, Konrad (2000): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Thüringen. In: Regionalbibliotheken in Deutschland. Mit einem Ausblick auf Österreich und die Schweiz. Hrsg. von Bernd Hagenau. Frankfurt am Main, Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie – Sonderhefte 78). S. 270-295.
- Pfeiffer, Friedrich Wilhelm (1913): Das materielle Recht der Pflichtexemplare in Deutschland. Eine historisch-dogmatische Untersuchung. München, Rieger in Kommission.
- Schnelling, Heiner (2000): Sachsen-Anhalt. In: Regionalbibliotheken in Deutschland. Mit einem Ausblick auf Österreich und die Schweiz. Hrsg. von Bernd Hagenau. Frankfurt am Main, Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie – Sonderhefte 78). S. 203-214.
- Schwarzer, Karin (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Sachsen-Anhalt. In: Bibliotheksdienst 47, H. 8-9, S. 651-655.
- Sommer, Dorothea (2017): Landesbibliotheken heute – Chancen und Herausforderungen. In: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie 64, H. 6, S. 315-320.
- Staatsbibliothek zu Berlin (o.J.): Internationaler Amtlicher Schriftentausch. URL: <https://staatsbibliothek-berlin.de/de/die-staatsbibliothek/abteilungen/bestandsaufbau/amtsdruckschriften/internationaler-amtlicher-schriftentausch/> (25.04.2019).

- 
- Staatsbibliothek zu Berlin (o.J.): Amtliche Publikationen. URL: <https://staatsbibliothek-berlin.de/die-staatsbibliothek/abteilungen/bestandsaufbau/amtsdruckschriften/> (22.04.2019).
- Stanek, Ursula (2006): Amtsdrukschriften in der Staatsbibliothek zu Berlin: Tradition und Zukunft. In: Bibliotheksmagazin – Mitteilungen aus der Staatsbibliothek zu Berlin, 3 (2006), S. 20-23.
- Steinhauer, Eric W. (2015): Das Pflichtexemplarrecht. In: Praxishandbuch Bibliotheksmanagement Band 2. Hrsg. von Rolf Griebel, Hildegard Schäffler und Kosntanze Söllner. Berlin, Boston, De Gruyter Saur. S. 959-969.
- Strauch, Dietmar / Rehm, Margarete (2007): Lexikon Buch, Bibliothek, Neue Medien. München, K.G. Saur.
- Sühl-Strohmenger, Wilfried (2000): Baden-Württemberg. In: Regionalbibliotheken in Deutschland. Mit einem Ausblick auf Österreich und die Schweiz. Hrsg. von Bernd Hagenau. Frankfurt am Main, Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie – Sonderhefte 78). S. 347-372.
- Syré, Ludger (2000): Typ und Typologie von Regionalbibliotheken. In: Regionalbibliotheken in Deutschland. Mit einem Ausblick auf Österreich und die Schweiz. Hrsg. von Bernd Hagenau. Frankfurt am Main, Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie – Sonderhefte 78). S. 13-35.
- Umlauf, Konrad / Gradmann, Stefan (2011): Lexikon der Bibliotheks- und Informationswissenschaft, Band 1 (A bis J). Stuttgart, Hiersemann.
- Wartenberg, Anke (2013): Die elektronische Pflicht in den Bundesländern: Sachsen. In: Bibliotheksdienst 47, H. 8-9, S. 646-650.
- Wegener, Rolf-Jürgen (2000): Mecklenburg-Vorpommern. In: Regionalbibliotheken in Deutschland. Mit einem Ausblick auf Österreich und die Schweiz. Hrsg. von Bernd Hagenau. Frankfurt am Main, Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie – Sonderhefte 78). S. 114-134.

## Eidesstattliche Versicherung

Name: Pfau

Vorname: Pia

Matrikel-Nr.:

Studiengang: BI

Hiermit versichere ich, Pia Pfau, an Eides statt, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit mit dem Titel *Die Behandlung von amtlichen Veröffentlichungen in elektronischer Form an regionalen Pflichtexemplarbibliotheken in Deutschland* selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinne nach anderen Werken entnommen wurden, sind in jedem Fall unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht. Die Arbeit ist noch nicht veröffentlicht oder in anderer Form als Prüfungsleistung vorgelegt worden.

Ich habe die Bedeutung der eidesstattlichen Versicherung und prüfungsrechtlichen Folgen (§ 26 Abs. 2 Bachelor-SPO der Hochschule der Medien Stuttgart) sowie die strafrechtlichen Folgen (siehe unten) einer unrichtigen oder unvollständigen eidesstattlichen Versicherung zur Kenntnis genommen.

### Auszug aus dem Strafgesetzbuch (StGB)

#### **§ 156 StGB** Falsche Versicherung an Eides Statt

Wer von einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

---

Unterschrift